

1 Rr

DAS
GRABMAL

DES
LEONIDAS.

ALLEN
CHUR-SAECHSSISCHEN
PATRIOTEN

GEWIDMET.



1798.

*Dic, hospes, Spartae, nos te hic vidisse
jacentes,*

Dum sanctis patriae legibus obsequimur.



I.

Es ist im vorigen Jahre eine Abhandlung „über die Beförderung des „Zutrauens zwischen Regenten und Unterthanen“ herausgekommen, deren Verfasser in der Vorrede sich mit den Buchstaben *C. A. A.* zu *D.* unterschrieben hat.

Hätte der Mann sich auf allgemeine Sätze eingeschränkt, so hätte bey dem vielen Guten, was er wirklich gesagt hat, seine Schrift ihren Platz in den Buchläden ruhig und ohne Anfechtung behaupten mögen.

Berühmt wäre er dadurch weiter nicht worden; denn wer von seinem Namen blos die Anfangsbuchstaben hergiebt, kann nicht verlangen, daß das Publicum sich die Mühe geben solle, solche zu entziffern.

Doch hätte er das von seinem Verleger *Meissner* in Germanien bedungene Honorarium — den ersten und in mehreren Fällen den wesentlichsten Vortheil der hochgerühmten Publicität — bey guter Gesundheit verzehren können:

Und seine Abhandlung wäre, gleich so vielen anderen wolgemeinten Erinnerungen an das bald unachtsame, bald undankbare Publicum, gelesen — oder auch nicht gelesen, und — vergessen worden.

Allein, da der Mann überall durchblicken läset, daß er Chur-Sachsen im Sinne habe: Da er selbst bey den Gebrechen, die seiner Meinung nach dem Zutrauen zwischen Herrn und Unterthanen im Wege stehen, seine Beyspiele vorzüglich von Chur-Sachsen hernimmt; So verdient er darüber um so mehr die in dem Motto seiner Schrift selbst verlangte Zurechtweisung, da wol schwerlich dermalen ein Land in Europa ist, wo das Vertrauen zwischen dem Regenten und Unterthanen auf besseren und festeren Gründen bestehet,

het, und wo mithin seine Belehrung weniger nöthig gewesen wäre, als eben in Chur-Sachsen.

2.

Nur muß, wenn von den Gründen eines solchen Zutrauens, und dem davon abhängenden Glück einer Nation, die Rede ist, der Billigkeit nach allemal zweyerley vorausgesetzt werden. Zuerst, daß keine, auch die beste, Verfassung, wo Menschen von andern Menschen, oder auch, in soferne es möglich ist, von sich selbst regiert werden, ohne Mängel und Fehler sey: eben deswegen, weil sie menschlich ist: Daß eine ganz vollkommene Verfassung unter Menschen noch nie vorhanden gewesen sey, auch nie existiren werde: Und daß man dahero nichts mehr, als gerecht sey, wenn man mit Horaz sagt:

— *Ubi plurima nitent,*

Ego non paucis offendar maculis.

3.

Wäre es aber auch möglich, noch diese *paucas maculas* wegzuwischen, so wür-

de es dennoch zweytens niemals an Stimmen des Misvergnügens fehlen: Theils weil das gemeine Beste nothwendig Aufopferungen des privat Bestens erfordert, die demjenigen, der solche machen soll, allerdings wehe thun, so lange er nicht von sothaner Nothwendigkeit gründlich überzeuget ist. Der Unterthan, der sein Geld in die Steuer tragen, und seine Söhne zu Soldaten hergeben soll, schreyet allemal, so lange er nicht bedenket, das zu den ohnumgänglichen Ausgaben des Staats, worauf auch sein Wohl und seine Sicherheit beruhet, sein Beytrag erforderlich sey, und das das Vaterland nicht ohne Soldaten vertheidiget werden könne. Theils wird es aber auch noch aus einer andern Ursache in keiner Staatsverfassung, sie mag so gut seyn, als sie will, an Misvergnüchten und Schreyern fehlen. Ward doch selbst in der Israelitischen Theocratie schon gegen diejenigen, so die Göttliche Vorsehung zur Regierung verordnet hatte, von seinen verständigen Männern gemurret, die

die das Ding eben so gut zu verstehen glaubten, und deshalb auf eine reine Demokratie antrugen; *Num. XVI, 2. 3.*

4.

Dem Verfasser gedachter Schrift ist es nicht gefällig gewesen, seine Gedanken in eine gewisse zusammenhängende Ordnung zu bringen. Man muß ihm dahero schon folgen, so wie er sie einzeln und abgerissen hingeworfen hat. Er fängt S. 1. mit einer Abhandlung über die Vaterlandsliebe an, und beschreibt solche S. 5. als das vernünftige Bestreben, das Beste seiner Mitbürger auf alle Art zu befördern, und demselben seinen Privat-Vortheil, so bald es nöthig ist, aufzuopfern. Hierwider wird wol nicht so leicht jemand etwas einzuwenden haben. Wir wollen aber doch sehen, ob sich die alten Griechen, denen der Verfasser ganz vorzüglich ächte Vaterlandsliebe zutrauet, nicht noch kürzer und kräftiger hierüber ausgedrückt haben.

Als LEONIDAS mit seinem Häuflein tapferer Spartaner sich dem Vaterland freiwillig und mit unerschrocknem Muthe aufgeopfert hatte, ward ihm ein öffentliches Denkmal gesetzt, und der Dichter SIMONIDES fertigte die Innchrift dazu:

Verkündige, Wanderer, zu Sparta,
dass wir hier liegen, aus Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlandes.

Die ganze schöne Stelle verdienet in des *CICERONIS Qu aest. Tuscul. Lib. I. Cap. XLII. §. 101.* nachgelesen zu werden.

5.

Ehe wir aus dieser merkwürdigen Denkschrift wahrer Patrioten die nöthigen Nutzenanwendungen ziehen, wird der Verfasser der Vorschläge zur Beförderung des Vertrauens etc. erlauben, dass wir ein paar Worte über die alte Griechische und Römische Geschichte mit ihm reden, in denen er nicht eben völlig zu Hause zu seyn scheint. Er behauptet S. 3. dass die er-
ha-

haben Beyspiele von Griechenland und Rom nicht auf uns anwendbar, und ein solcher Enthusiasmus, als die Spartaner bey Thermopylae beseelt habe, nur in Freystaaten möglich sey. Und gleichwol waren jene Helden keine Bürger eines Freystaats! Sie stunden unter Königen, unter Ephoren, unter dem Rathe der Alten, und unter dem für weichere Seelen ganz ohnerträglichen Despotismo der Gesetze des LYGURGUS, so ihnen den Genuß der unschuldigsten Freuden und Bequemlichkeiten des Lebens unterlagte. Die Heloten, so eben sowol, als die Bürger von Sparta, Mitglieder des Staats waren, seufzeten unter der grausamsten Slaverey.

Demohnerachtet begleiteten in die Schlacht von Plataea jeden Bürger von Sparta 7 Heloten, und fochten so tapfer, als er, gegen den gemeinsamen Feind von Griechenland.

Athen, ein wahrer Freystaat, hat allerdings, so lange es arm und in Noth war,

große und mit Gemeingeist ausgerüstete Männer aufgestellt.

Wenn aber ein MILTIADES, der in der Schlacht bey Marathon Athen gerettet hatte, bald darauf zum Tode verurtheilet, ARISTIDES seiner Gerechtigkeit wegen des Landes verwiesen, und SOCRATES für seine Weisheit mit dem Giftbecher belohnet wurde; So waren das wol eben keine besondere Aufmunterungen zur Vaterlandsliebe. Die Früchte davon blieben auch nicht aussen. THEMISTOCLES, PAUSANIAS, ALCIBIADES und andere haben so hervorleuchtende Beyspiele von Landes-Verrätherey gegeben, als nur immer in neueren Zeiten und Staaten vorgekommen sind.

Rom war in älteren Zeiten nichts weniger, als ein Freystaat. Nach Vertreibung der Könige herrschten die Patricier mit königlicher Gewalt über das Volk so lange, bis solches im Gefühl der Misbräuche, und seiner Kräfte, einen Theil der höchsten Gewalt an sich riss. Beyde Zeitpunkte stellen uns allerdings hohe Beyspiele von

Vaterlandsliebe auf, die uns aber um deswillen so vorzüglich in die Augen leuchten, weil wir in unserer Jugend aus den sogenannten classischen Schriftstellern der Römer vorzüglich ihre Sprache und ihre Geschichte lernen. Denn in der sehr übel zusammengesetzten und zu beständigen innerlichen Unruhen Veranlassung gebenden Verfassung der Römischen Republik lag kein besonderer Grund zur Vaterlandsliebe, der nicht auch bey andern Völkern, die keine Geschichtschreiber hatten, sollte haben statt finden können. Als aber Carthago zerstöret, und Aſien geplündert war, blieb zwar Vaterlands-Stolz in hohem Grad zu Rom: Aber Vaterlandsliebe verschwand gänzlich, und machte dem Egoismo, dem Eigennutz und der Herrschsucht der Demagogen Platz.

Es ist wirklich von übler Vorbedeutung, wenn ein neuer Freystaat mit gleichem Grad von hoher Cultur und äußerster Sitten-Verderbnis seine Laufbahn anfängt, womit Rom die seinige endigte.

6.

So wenig demnach der Satz: daß wahrer patriotischer Enthusiasmus nur in Freystaaten möglich sey, mit der Geschichte übereinstimmt; So wenig fließet er aus der Natur der Sache und der gegebenen Beschreibung der Vaterlandsliebe. S. §. 4. In jeder bürgerlichen Verfassung kann und soll man das Beste seiner Mitbürger befördern, und demselben seinen Privatvortheil aufopfern.

Freylich aber fallen die Schluß-Folgen ganz anders aus, wenn man bey jener Beschreibung dasjenige voraussetzet, was mehrere neue sogenannte Patrioten theils im Herzen denken, theils auch wol laut herauszusagen sich nicht scheuen, daß es nemlich überall kein Vaterland gebe, wo sie selbst nicht mit zu regieren haben.

7.

Ohne uns um dergleichen Ansprüche, denen doch ohnmöglich für alle, die sie heimlich oder öffentlich machen — es wä-

re denn etwa in den Freystaaten Gersau oder San Marino, — ein Genüge geschehen kann, weiter zu bekümmern, kehren wir zu dem Grabmal des LEONIDAS und seiner edlen Mitstreiter zurück, und lernen, was ächte Vaterlandsliebe sey. Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands begreift alles in sich, was die Spartaner von einem ächten Sohn des Vaterlands forderten, und was auch bey uns noch den wahren Patrioten ausmacht.

Liebe des Gesetzes ist das Ziel moralischer Vollkommenheit vernünftiger Wesen, sagt TIEFTRUNK in einer dem 3ten Band der Stäudlinischen Beyträge S. 112. einverleibten Abhandlung. Es wäre traurig, wenn man diese Liebe des Gesetzes und des Vaterlandes bey uns nicht eben so gut, und bey der uns durch die Religion und so manche den Alten noch nicht, oder doch nicht so vollständig bekannten Wissenschaften angehenden mehreren Aufklärung noch besser, als in den alten Griechischen Freystaaten, finden sollte. Man muß sie nur
nicht

nicht ausschliesslich bey jenen eccentricischen Köpfen und grossen Geistern suchen, die bloß glänzenden Thaten nachjagen, und über Planen zur Verbesserung des Ganzen brüten. Die Solon's und Lycurge wachsen freylich nicht so häufig, sind auch zum tagtäglichem Gebrauch in der menschlichen Gesellschaft eben nicht nöthig. Das Licht, so dergleichen grosse Männer anzünden, brennet Jahrhunderte fort: Und gute Wachlichter bedürfen nicht beständigen Putzens, worüber in ungeschickten Händen das Licht öfters gar ausgelöschet wird.

8.

Desto mehr kommt darauf an, daß von den vielen einzelnen, grossen oder kleinen, wichtigen oder unwichtigen Mitgliedern, woraus das grosse Ganze eines Staats zusammengesetzt ist, ein jedes, oder doch der grössere Theil, den ihm von der Vorsehung angewiesenen Platz recht ausfülle.

Wenn der Regent, innigst durchdrungen vom Gefühl der Wichtigkeit seiner
Pflicht-

Pflichten gegen sein Land und die ihm anvertrauten Unterthanen, solchen ein Genüge zu thun sich bestrebet;

Wenn seine Räthe und Diener allen Fleiß anwenden, seine wolmeinenden Absichten zu vollstrecken, und ihre Amts-Obliegenheiten mit Eifer und Treue zu erfüllen;

Wenn der Edelmann seine Dienste schuldigermaassen dem Staate widmet, oder auch, als Gutsbesitzer, seinem Haushalt und seinen Unterfassen wol vorstehet;

Wenn der Lehrer, gute Bürger zu ziehen, und das Licht der wahren Aufklärung immer weiter zu verbreiten, sich angelegen seyn läßet;

Wenn der Bürger und Handwerksmann, durch Fertigung tüchtiger, dem Bedürfnis und Geschmack der Zeit angemessener Waaren, für sich und die seinigen Brod zu erwerben, und der Kaufmann durch den Vertrieb solcher Waaren fremdes Geld ins Land zu ziehen suchet;

Wenn

Wenn der Bergmann, die unter der Erde verborgenen Schätze aufzufuchen, und über der Erde zuzubereiten, sich durch keine seiner Gesundheit und seinem Leben drohende Gefahr abhalten läset;

Wenn der Bauer seinen Feldbau unverdrossen betreibt, seinem Acker die möglichste Verbesserung zu geben sich beflüssiget, und seine Kinder zu Fortstellung seiner Nahrung und zum gemeinen Dienste wol erziehet:

Alsdenn fehlet es in einem Lande, dessen Verfassung mag übrigens seyn, welche sie wolle, gewis nicht an ächter Vaterlandsliebe.

9.

Dafs dieses der Fall unseres Landes sey, dafür bürget uns dessen innerlicher Flor und Wohlstand im Ganzen, und dessen auch auswärts habender Credit und Achtung. Die Göttliche Güte hat uns zeithero so sichtbarlich mit Seegen überschüttet, und für denen uns drohenden Gefahren beschüzet, dafs jeder Einwohner, dem ein füh-

fühlendes Herz im Busen schlägt, weit ehender sich gedrunken finden wird, dafür ein freudiges Dankopfer zu bringen, als darüber zu murren, daß nicht alles noch besser und seiner Einbildung nach vollkommener sey.

10.

Dagegen erfordert aber auch der Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands, daß man dessen Regenten und Verfassung, wobey sich zeithero wenigstens der größte Theil der Nation wol befunden hat, in gebührenden Ehren halte.

Unter denen Gesetzen LYCURGS war ein und das andere, wogegen auch wol der gemeine Menschenverstand etwas hätte erinnern mögen. Gleichwol starb LEONIDAS, so sehr auch seine eigene Königliche Gewalt durch diese Gesetze beschränket war, nebst seinen Kriegs-Gesellen für die Erhaltung des auf selbige gegründeten Staats: Und es möchte dem gemeinen Spartaner

B

übel

übel bekommen seyn, der sich hätte wollen beygehen lassen, darüber zu critisiren.

Ueberhaupt ist es ein kizlich Ding um die Gesetzgebung: Und wer nicht einen rechten bestimmten Beruf dazu hat, dem ist, um seiner eigenen Ehre willen, wolmeinend anzurathen, dafs er sich lieber damit nicht abgebe. Es gehöret viel Weisheit und Erfahrung dazu, bey Abfassung eines einzelnen Gesetzes alle mögliche Fälle, Folgen und Widersprüche zu überdenken. Wer aber vollends das ganze Räderwerk einer alten Verfassung aus einander nehmen und von neuem zusammensetzen, auch etwa, wie LYCURGUS, eine neue und gleiche Vertheilung des Eigenthums vornehmen will, der muß entweder so weise und ohneigennützig seyn, und das Vertrauen seiner Nation in einem so ohneingeschränkten Grad besitzen, als jener alte Gesetzgeber; oder er ist ein ausgemachter Bösewicht, der nur Proben auf anderer Leute Unkosten machen, und einsweilen
im

im Trüben fischen will. Beyspiele in Menge giebt uns die Geschichte einer neuentstandenen Republik, wo, die himmelschreyenden Ungerechtigkeiten, die an so vielen tausend unschuldigen Familien und einzelnen Personen, und besonders an den Gläubigern des Staats, verübet worden, ohngerechnet, bey der gesetzgebenden Versammlung nunmehr selbst eingestanden werden muß, daß die selten mit kaltem Blut gegebene, und eben deswegen häufig einander widersprechende, neue Gesetze binnen wenig Jahren bereits zu der ungeheuren Anzahl von mehreren Tausenden angewachsen, und einer Haupt-Revision bedürftig wären.

11.

Zum Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlandes gehöret demnächst auch williger Beytrag zu dessen Lasten aller Art. Es läßt sich ohne großen Aufwand von Überlegung begreifen, daß der Staat zu Erhaltung des öffentlichen

Credits, zu seiner Beschützung gegen Auswärtige, und zu mancherley innerlichen guten Anstalten grofse Ausgaben nöthig habe, die nicht anders bestritten werden können, als wenn jeder getreue Sohn des Vaterlandes seinen Antheil dazu ohne Widerrede beyträgt.

Seinen Antheil! Gut! ruft wohl etwa hier und da eine mismüthige Stimme, — wenn mir nur mein Antheil nach Recht und Billigkeit zugemessen wäre! So aber muß ich mit Ärgernüß sehen, daß mein Nachbar von seiner gröfseren Befitzung weniger giebt, als ich von der meinigen. Prüfe dich — antwortet ihr der gemeine Menschen-Verstand — ob du die Verfassung und das Vermögen des Landes vollständig genug kenneft, um einen Plan zu gleicherer Eintheilung der Abgaben im Ganzen zu entwerfen, der nicht auf Gemein-Orte und Raiffonnements, sondern auf solide Rechts- und Rechnungs-Data gebauet sey. Haft du dergleichen, so lege ihn denen für, die darüber zu urtheilen befugt find; doch

doch mit geziemender Bescheidenheit, damit nicht deine Stimme, gleich der Posaune des Aufruhrs, ertöne. Erwarte den darüber zu fassenden Schluß mit Gelassenheit, und unterwirf dich, er mag ausfallen, wie er wolle: denn viele sehen mehr, als einer. Bis dahin lege das vom Neid gelb gefärbte Augen-Glas, womit du nach deines Nachbars Besizung schieltest, bey Seite, und bekümmere dich nur um deine eigene. Hast du oder deine Vorfahren solche erkaufet, so ist ohnfehlbar der Kauf-Preis in Verhältniß der höheren Abgaben vermindert worden. Es stehet dir aber demohnerachtet frey, bey dem denen öffentlichen Anlagen vorgesezten *Collegio*, um die alljährlich so vielen ange-deyende Verminderung dessen, womit du beschweret zu seyn glaubest, einzukommen, ohne dafs es deshalb einer Veränderung der Verfassung im Ganzen bedürfe.

Doch von allen diesen wird weiter unten noch ausführlicher zu reden sich Gelegenheit finden.

Immittelst läſset ſich der allergrößte Theil der Nation mit Recht daran begnügen, daß nun ſeit mehr als 30 Jahren den Landſtänden die vollſtändigen Rechnungen über die gemeinen Anlagen, bey jeder Landes-Verſammlung vorgeleget werden; aus welchen erhellet, daß auch kein Groſchen von den eingehenden Geldern anders, als der Bewilligung gemäs, angewendet, und ſelbſt von dem außerordentlichen Credit, ſo das Land in Kriegszeiten für den Nothfall bewilliget hat, noch kein Gebrauch gemacht worden iſt.

Auch hat der allergrößte Theil der Nation noch nie den bloß unter einer gewiſſen Claſſe des Mittelſtandes, die gerade am wenigſten beyzutragen hat, laut gewordenen Wunſch nach einer andern Eintheilung der Abgaben im Ganzen geäuſert; vielmehr nach der jetzigen Verfaſſung, wobey Fleiß und Arbeitsamkeit im Großen gar wol beſtehen können, das ſeinige ſo willig beygetragen, daß im lezteren Rechnungsjahre 1797 nicht allein die currenten

Steu-

Steuern mit einem gar beträchtlichen Über-
 maaß gegen den gewöhnlichen Anschlag,
 sondern auch daneben noch eine ansehn-
 liche Summe alter Rückstände einge-
 kommen sind.

Sollte wol ein klärerer Beweis, nicht
 allein von dem Wohlstand des Landes, son-
 dern auch von der ächten Vaterlandsliebe
 seiner Einwohner gefordert werden kön-
 nen?

12.

Doch eben diese Liebe und der Gehor-
 sam gegen die heiligen Gesetze des
 Vaterlandes äußert sich auch, wenn es
 darauf ankommt, für selbiges Blut und Le-
 ben aufzuopfern. Die Sächsishe Armee
 hat wenig Ausländer; sondern bestehet al-
 lergrößten Theils aus treuen und zuver-
 lässigen Landes-Kindern, deren zu Frie-
 dens-Zeiten mehrere viele Monat im Jahr
 Urlaub haben, um ihren Eltern und Ver-
 wandten die Feldarbeit verrichten zu hel-
 fen, oder auch in Städten nützliche Ge-
 werbe zu treiben.

In Kriegs-Zeiten weiß der Soldat, daß er nicht für fremdes Geld verkauft, noch für fremdes Interesse ins Feld geführt wird. Er unterwirft sich daher um desto williger den Mühseeligkeiten des Krieges, und stehet fest auf dem Posten, den ihm sein Beruf und der Befehl seines Vorgesetzten anweist. Die größeren Armeen, bey welchen die Sächsischen Truppen im Kriege gegen den Reichs-Feind gestanden, haben ihnen allemal das rühmlichste Zeugniß der Tapferkeit und des Wolverhaltens gegeben. In den zwey warmen Tagen bey Morlautern am 29. und 30. November 1793. haben sie die ungestümsten feindlichen Angriffe mit ohnerschütterlichem Muth ausgehalten, zwey Tage und Nächte hindurch das Gewehr nicht weggelegt, und zuletzt den Feind von den eingenommenen Anhöhen herunter werfen helfen.

Im Gefecht bey Wezlar, am 15. Juny 1796. hat ihr tapferer Angriff den Sieg entschieden.

Soll-

Sollte nicht denen, so bey diesen und andern Gelegenheiten ihr Leben für das Vaterland und für die Ehre der Nation aufgeopfert, mit Recht eben das Ehrendenkmal, als den Spartanern bey Thermopylae, gebühren:

Hier liegen wir, aus Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands.

13.

Bey so vielen redenden Beweisen der Liebe unsers Volks zu seinem Vaterland und dessen Gesetzen bleibt schier nichts übrig, als demjenigen, der es gleichwol (S. 7.) für leichter hält, Kosmopolit, als Patriot zu seyn, und der es für ziemlich gleichgültig ansiehet, ob er dem einen oder dem andern Regenten gehorchen müsse, aus Klopstocks Ode: Wir und Sie zuzurufen:

Was that dir, Thor! dein Vaterland?
Dein spott ich, glüht dein Herz dir nicht
Bey seines Nahmens Schall!

Doch Herr C. A. A. thut ja, vermutlich gleichwol aus Liebe zu seinem Vaterland, Vorschläge zu dessen Besten, und zur Befestigung, oder wol gar zur Wiederherstellung, des Vertrauens zwischen dem Regenten und den Unterthanen; Und es ist billig das man ihn damit höre; obwol im Parlement von Grossbritannien der ermunternde Zuruf: *Hear him*, eben nicht jedem angeblichen Patrioten wiederfähret.

Über den vorerst mit Recht S. 8. von ihm getadelten Grundsatz: „das dem Unterthan gerade nur so viel, als er zu seinem kümmerlichen Unterhalt brauche, gelassen werden müsse,“ wäre es überflüssig, bey uns ein Wort zu verlieren. Inn- und Ausländer bezeugen den zunehmenden Wolstand der Nation im Ganzen. Gleichwol ist seit vielen Jahren die Anzahl der ordentlichen Steuern nicht vermehret worden. Es folget also wol von selbst, das der Unterthan, wenigstens grossentheils, und sobald er nur Fleiss anwenden will, etwas mehr, als den kümmerli-

lichen Unterhalt übrig behalte: Obwol freylich mancher, der nun einmal kein Geschick, etwas beyzulegen, hat, und nur immer aus der Hand in den Mund arbeitet, sich allerdings mit dem kümmerlichen Unterhalt behelfen muß, aber auch dann, wenn gar keine Abgaben wären, dennoch nichts vor sich bringen würde.

14.

Soll die folgende Bemerkung S. 9. daß die Regierungs-Verwaltung zu sehr erkünstelt gewesen, und daß man Geheime Räthe an Plätze gesetzt habe, wo öffentliche hingehöret hätten, nur der ehemaligen Französischen Verwaltung gelten, so vergisset der Verfasser die übeln Folgen, so die vom Herrn Neker dem Französischen Publico gemachten Vertraulichkeiten gehabt haben. Nach der Revolution hat freylich die Gallerie an den Berathschlungen lebhaften Antheil genommen: die Sachen sind aber deswegen nicht besser gegangen. Denn der größte Theil der Zuschauer

schauer hat aus Zeitungschreibern, oder aus Müßiggängern bestanden, so von den Factionen bezahlt waren, um Beyfall zuzuklatschen, oder Lärm anzufangen. Deswegen hat auch wolweislich die neue Constitution der Gallerie Stillschweigen auferleget; und sobald geheime Sachen vorkommen, werden die Zuschauer zu Paris, so wie zu London, ausgeschaffet. Es kann solches auch nicht anders seyn, wenn nicht die Geheimnisse des Staats, wozu hauptsächlich auch seine Schwäche und Stärke gehöret, alsobald in ungewaschene, auch wohl feindliche Hände kommen sollen.

Will aber der Verfasser, daß bey uns das Volk Unterricht erlange, wozu seine Beyträge und Anlagen verwendet werden, so kommt nach dem, was §. 11. gesagt worden, seine Erinnerung viel zu spät.

Die Bestimmung der Staats-Beyträge kann jeder aus der Landtags-Proposition und Abschied ersehen, die, sobald sie in der Versammlung abgelesen worden, für niemanden ein Geheimniß sind.

Um

Um die Verwendung derselben sich zu bekümmern, dazu hat der größte Theil der Nation, der nahrhafte Bürger und Bauer, weder Zeit noch Lust, so lange nicht große Misbräuche ihm in die Augen fallen und ihn auf die Vermuthung bringen, daß zu deren Unterstützung ihm mehr Geld, als nöthig, abgefordert werde. Denenjenigen aber, so ein besonderes Recht, nach solcher Verwendung zu fragen, haben, nemlich denen Ständen von der Ritterlschaft und Städten, werden die Steuer-Rechnungen von Landtügen zu Landtügen vorgeleget: Und zwar nicht aus Gnaden, sondern weil es der Regent ein vor allemal versprochen hat, und weil ihm sein einmal gegebenes Wort heilig ist.

15.

Nun folget S. 10. und 17. eine Episode, von der man nicht absehen kann, wie sie sich an diesen Ort verirret hat.

Die Diener des Regenten sollen, wenn er eine Handlung der Gerechtigkeit ausge-

geübet hat, nicht die gewöhnlichen Canzley-Flosculn von Huld und Gnade brauchen. Ein gewisser Cammerherr, dem der Regent die Entschädigung seiner Unterthanen wegen eines vor langen Jahren erlittenen Unrechts aufgetragen, habe dabey von Gnade gesprochen, sey aber deswegen von dem Rechts-Consulenten der Unterthanen augenblicklich corrigiret, und dafür: Gerechtigkeitsliebe, zu setzen angewiesen worden.

Erzählet man die Sache nach ihren wahren Umständen, so verschwindet sofort aller hierbey gesuchte Witz, wie der Nebel in der Sonne. Vor mehr als 100 Jahren hatte der damalige Landes-Herr eine ziemlich beträchtliche Menge Äcker in der Nachbarschaft von *D.* in einen angelegten grossen Parc ziehen lassen. Die Bezahlung des Werths an die Eigenthümer war, wegen des damals öfters in der Rent-Cammer regierenden Geldmangels, erst von Zeit zu Zeit verschoben, hernach aber gänzlich abgeschlagen worden.

Unter dem jetzigen Regenten, der schon mehrere alte in die Tonnen Goldes ansteigende Schulden in der Stille, und ohne deshalb vor sich her posaunen zu lassen, bezahlt hat, meldeten sich die Nachkommen der Eigenthümer wieder. Sobald Er von der innern Gerechtigkeit der Forderung überzeugt war, dachte Er zu edel, um dagegen, wie wol mehr als ein Privatus an seiner Stelle 'gethan haben würde, die rechtliche Ausflucht der Verjährung geltend zu machen. Er trug vielmehr dem Creifshauptmann des M. Creisses auf, die *Legitimationes* der Bittenden zu untersuchen, und, wo solche ihre Richtigkeit hätten, Haupt-Stamm und Zinsen zu bezahlen. Dafs dieser Commissarius daneben den Character als Cammerherr hat, darauf kommt bey der Sache ganz und gar nichts an, da der Auftrag ihm nicht als Cammerherr, sondern als Creifshauptmann desjenigen Creisses, in dem die Grundstücke gelegen sind, geschehen ist. Dafs er bey Vollziehung dieses Auftrags

nicht

nicht allein von Gerechtigkeit, sondern auch von Huld und Gnade gesprochen hat, daran hat er, vorangeführten Umständen nach, doch wol nicht so ganz unrecht gethan. Er ist aber auch bekanntermaassen der Mann nicht, der sich von einem ungezogenen Sachwalter in Amts-Sachen sollte corrigiren lassen. Vielmehr soll der Rechts-Consulent der Eigenthümer, so sich bey solcher Gelegenheit einige ungebürliche Ausdrücke erlaubt hat, von ihm so nachdrücklich zurecht gewiesen worden seyn, daß er aus Besorgniß härterer Ahndung demüthig gebeten hat, die ihm entfallenen Worte nicht zum Protocoll zu nehmen.

16.

Nach dieser Episode kommt Herr C. A. A. ohne weiteren Umschweif S. 12 — 22. zu der ihm am Herzen liegenden Hauptsache.

Die Völker sind — Dank sey es der Aufklärung! — den Kinder-Jahren (S. 19.) erwachsen, und lassen sich nicht mehr am
Gän-

Gängelbände der Furcht (S. 18.) und veralteter Vorurtheile leiten. Glaubte man ehemals, alle Obrigkeit sey von Gott, so weiß man jetzo das Ding besser. Fürsten und Herren regieren lediglich vermöge eines Contracts, den sie sowol, als ihre Unterthanen, erfüllen müssen, wenn er bey Kräften bleiben soll. (S. 12.). Es ist nicht rathsam, hierbey es bloß auf ihren guten Willen ankommen zu lassen. Denn, wenn Gott auch einmal einem Lande einen guten Regenten bescheeret, so kann doch sein Nachfolger leicht anders denken.

Um dieser Veränderlichkeit in den Gesinnungen zuvor zu kommen (S. 16.), und den Regenten das Vertrauen der Völker zu erwerben und zu erhalten, müssen sowol die bisherigen Finanz-Systeme (S. 13.), als auch die Gesetze, dergestalt verbessert werden, daß sie, nicht ohne Zuziehung der eigentlichen Nation (S. 15. 16.) wieder abgeändert werden können. Jetzo ist noch der Zeitpunkt, wo Fürsten und Regenten in unserem teutschen Vaterland

(S. 16.) Patriotismus bey ihren Unterthanen gründen können, wenn sie solches aus freyem Antriebe (S. 13.) thun, ehe es ihnen abgenöthiget wird (S. 14.). Ihr Andenken wird sodann nach ihrem Tode immer im Seegen bleiben; und sie werden leuchten, wie die Sterne erster Gröfse am Himmel.

17.

Ohngefehr eben dieses ward dem unglücklichen LUDWIG XVI. vorgespiegelt, als er sich durch die, von der eigentlichen Nation dazu nicht bevollmächtigten Volks-
Repräsentanten, die Verwaltung der Finanzen und die Gesetzgebende Macht, bis auf ein zweydeutiges *Veto*, hatte aus den Händen winden, und eine neue, zum Umsturz der Monarchie den Weg bahnende, Constitution aufdringen lassen. Er ward als der Wiederhersteller der französischen Freyheit ausgerufen und hochgepriesen: bezahlte aber kurze Zeit darauf seine Gutwilligkeit auf dem Blutgerüste. Sollte also ein Schriftsteller, der unsern teutschen Für-

Fürsten die Nachahmung dieses Beyspiels im Ernste anrath, und der durch eben diese Treuherzigkeit vom Verdacht des Auf-
ruhrs freygesprochen wird, nicht wenig-
stens dafür den Dank aus dem HORAZ ver-
dienen:

— *Di te, Damasippe, Deaeque,
Bonum ob consilium donent tonsore.*

Doch um den Werth des guten Rathes vollkommen einzusehen, ist nöthig, genauer zu untersuchen, was für Begriffe der Rath-
geber mit den Worten: Zuziehung der
eigentlichen Nation, verbinde.

Wir haben in den teutschen Staaten
fast überall hergebrachte Verfassungen, die
großentheils monarchisch, aber nur selten
willkührlich despotisch sind.

In den größten Ländern sind Landstän-
de, die oft laut genug reden, wie aus
den Beyspielen alter und neuerer Zeiten
zu Tage liegt. In Sachsen insbesondere
wird nach Ablauf jeder Bewilligung oder
auch bey eintretenden außerordentlichen

Fällen mit der Ritterschaft und den Abgeordneten der Städte überleget, was die Nothdurft des Staats erfordern, und was das Land dazu beytragen könne. Denn immer trägt auch der Landesherr einen beträchtlichen Theil der Last von seinen eigenen Einkünften. Keine Steuern werden ausgeschrieben, als die von den Ständen bewilliget worden; und über die zweckmäßige Verwendung des Bewilligten werden ihnen die Rechnungen vorgeleget.

Keine Gesetze werden willkürlich gegeben, oder abgeändert, sondern allemal erst in den *Collegiis*, wohin die Gegenstände gehörig, von Männern, die der Sache gewachsen, und keine Slaven des Fürsten sind, behörig, und gewis ohne Über-eilung, vorbereitet:

Was soll denn also noch mehr geschehen, um dem Regenten das Vertrauen der Nation, dessen er schon genießt, zu erwerben oder zu befestigen?

Zu dem eigentlichen Corps der Nation werden gemeiniglich diejenigen gerechnet, die zu den gemeinen Lasten hauptsächlich beytragen, und bey dem Wohl- oder Übelstande des gemeinen Wesens etwas zu gewinnen oder zu verlieren haben; mithin vor allen Dingen die Grundbesitzer in Städten und auf dem Lande, beträchtliche Geldbesitzer, Verleger der Manufacturen und Handelsleute, betriebsame Bürger, fleißige Ackersleute.

Von allen diesen fühlet gewiß der bey weitem größte Theil das Glück, so ihm unter einer weisen Regierung angedeyet, zu sehn, um sich nach einer Umwälzung der Staats-Verfassung zu sehn. Er weiß aus der Erfahrung, daß der Staat so wenig, als seine eigene Haushaltung, ohne Ausgaben bestehen kann; und er begreift leichtlich, daß solche durch Abgaben bestritten werden müssen. Das Beyspiel anderer Völker belehret ihn, daß es für den vermögenden Staatsbürger immer noch rathsamer sey, diese Anlagen, wenn sie

auch nicht ganz gleich eingetheilt seyn sollten, zu tragen, als bey einer Revolution sein ganzes Eigenthum, und wol gar sein Leben aufs Spiel zu setzen. Laß seyn, daß ein oder der andere von dieser Classe eine gerechte Beschwerde über einen Staats-Diener hat, oder zu haben glaubet, so geht er damit an die vorgesetzte Behörde, und findet bey solcher, oder auch endlich beym Landes-Herrn selbst, Gerechtigkeit.

Laß auch seyn, daß ein oder der andere im vertraulichen Zirkel guter Freunde und Bekannten sich über einen Theil der Staats-Verwaltung, der seiner Meinung nach besser eingerichtet seyn könnte, freymüthige Äußerungen erlaubet, so ist es doch damit nicht böse gemeinet. Er gehet nichts desto weniger ruhig zu Bette, und stehet am anderen Morgen frölich zur Betreibung seiner Berufs-Geschäfte wieder auf, ohne sich um die Würde und Bürde der Staats-Verwaltung weiter zu bekümmern.

18.

Ein anderer Theil der Nation, so eigentlich die Hände und Füße des Staats vorstellt, bestehet aus denjenigen, so bloß aus der Hand in den Mund arbeiten, und zufrieden sind, wenn sie ihr täglich Brod täglich erwerben können. Und diesen fehlt es warlich an Lust, Zeit und Einsichten, um nach einer Zuziehung zur Staatsverwaltung Verlangen zu tragen. Sie sind von der Vorsehung dazu bestimmt, ihren Mitbürgern nützliche Dienste zu leisten, dabey aber anderen zu gehorchen, und andere für sich sorgen zu lassen.

Eben deswegen ist auch fast in allen wolgeordneten Democratien jene Classe, die keinen Antheil an väterlichem Grund und Boden, und, wie MÖSER sagt, keine Actie in der großen Staats-Societät hatte, vom Recht des Sitzes und der Stimme in den Volks-Verfassungen ausgeschlossen worden.

Neuere Beyspiele haben gezeigt, welches ein thätiges Werkzeug die physischen Kräfte

dieser Volks - Classe in der Hand wütender Demagogen seyn, wenn sie durch ausge- theiltes Geld erkauft, und durch vorgespie- gelte Plünderungen zum Mord dererjeni- gen, so den Absichten und Leidenschaften der Faction entgegen sind, angereizet wer- den. Allein glücklicherweise haben unsere eingebildete teutsche Demagogen selten Geld auszutheilen: Und der teutsche *Sans- culotte* hat kälteres Blut, und grosentheils mehr Religion, als in manchen anderen Ländern.

19.

Es giebt aber auch, ausser diesen beyden Classen von Mitgliedern des Staats, noch ei- ne dritte, die, wenigstens grosentheils, dem Kopfe nach zur ersten, dem Vermögen nach aber zur letzteren gerechnet werden möchte; und die sich in unsern Zeiten über alles Verhältnüß vermehret hat. Nachdem die Aufklärung und die Neigung zu Kennt- nüssen auch unter den niedrigen Ständen sich ausgebreitet hat, und das Lesen guter und schlechter Bücher zu einer Art von Zeit-

Zeitvertreibe worden ist, rechnen sich es mehrere Eltern zur Schande, ihre Söhne die väterliche Handthierung ergreifen zu lassen. Sie trauen ihnen, öfters ohne gehörige Prüfung, Verstand und Witz genung zu, um auch künftig einmal solche feine Bücher zu schreiben, und vornehme, weit über ihre Nachbarn erhabene, Männer zu werden.

Bey aller der Menge von Schreiberey, so der gegenwärtige Gang der Geschäfte erfordert, ist es gleichwol schlechterdings unmöglich, daß der Staat so viel Stellen, als zur Versorgung einer solchen Menge von Mäusen-Söhnen erforderlich seyn würde, erschaffen, und ihnen zu ihrem Unterhalt, den sie bey einer bürgerlichen Handthierung weit leichter gefunden haben würden, auch nur das nothdürftige Auskommen gewähren könnte.

Der natürliche Gang der Dinge bringt es mit sich, daß von denen, die im Dienst des Staats angestellet sind, nur diejenigen sich empor schwingen, deren vorzügliche

Geschicklichkeit durch glückliche Umstände unterstützt wird. Andere, die sich wol eben so gut dünken, bleiben zurück, werden bey langem Zuwarten auf Befoldung und Brod mißmüthig, und murren gegen göttliche und menschliche Vorsehung. Noch andere, die gar kein Amt erlangen können, werden privatisirende Gelehrte; Schriftsteller, wenn sie es vermögen; ausserdem Büchermacher, die die Schriftstellerey zum Handwerk herabwürdigen, und uns alle Messen mit Büchern überschwemmen, die ein halb Jahr darauf vergessen sind; oder auch wol, wenn es nicht weiter gehet, Schreiber und Schreiber-Gesellen.

Bey der Noth, die den grossen Haufen dieser Classe drückt, wäre es wol keine sehr befremdliche Erscheinung, wenn ein oder dem anderen im Traume der Gedanke einkäme, es würde um den Staat, und hauptsächlich auch um ihn, ohnvergleichlich besser stehen, wenn das Land in kleine Districte eingetheilet, Urversammlungen in selbigen eingerichtet, und von diesen, statt
der

der bisherigen Land-Stände, er und seines gleichen zu Volks-Repräsentanten gewählt würden; unter deren Zuziehung sodann eine gleichere Eintheilung der Abgaben, und eine weisere Gesetzgebung hervortreten, hauptsächlich aber seinem wertheften Ich ein besseres Auskommen angedeyen könnte.

Sangen doch auch in WIELANDS Winter-Mährchen die bezauberten Fische des Sultans der schwarzen Inseln, *Uzim Oschantey*:

Der Pflicht vergessen
Wir Fische nie,
Haben viel Müh,
Und karg zu essen;
Bau'n spät und früh
Uns lustige Schlösser;
Hättens gern besser,
Und treffen's nie,

Doch für der Volks-Repräsentation dieser Herren, die nur gerne Proben in der Staats-Verwaltung auf anderer Leute Unkosten machen möchten, behüte uns, lieber Herr Gott! Das beste ist, daß eine Regie-

gierung, deren Truppen und Finanzen in guter Ordnung sind, und die Gelindigkeit und Schärfe, jedes zu seiner Zeit, anzuwenden weifs, sich für diesen Herren und ihren Träumen zu fürchten eben nicht Ursache hat.

20.

Das erste, wobey die aufgeklärte Nation, oder vielmehr — da sie doch wol nicht in Masse deshalb zusammen kommen wird — deren Stellvertreter, nach des Verfassers Meinung S. 21. die Probe des Läuterns und Säuberns von hergebrachten Irrthümern machen soll, ist die Religion. Dann soll die Staats-Verwaltung auch an die Reihe kommen.

Er ereifert sich S. 22 und 23. über diejenigen, so keine Untersuchung der Wahrheit hergebrachter Religions - Meinungen gestatten, vielmehr behaupten wollen, dafs Souverainität auf Orthodoxie beruhe, und beyde mit einander stehen und fallen.

Hierbey sind offenbar zwey ganz verschiedene Begriffe mit einander vermenget.

get. Es ist gesagt worden, und kann nicht oft genug gesagt werden, daß die Religion die Stütze der Thronen sey.

WIELAND, der, in seiner Abhandlung, über den Gebrauch der Vernunft in Glaubens-Sachen, den Rechten der Vernunft gewiß allen nur möglichen Spielraum giebt, behauptet doch am Ende, „daß, den Glauben an Gott, nicht nur als die erste Grund-„Ursache aller Dinge, sondern auch als „höchsten und unumschränkten Gesetzgeber, Regenten und Richter der Menschen, „nebst dem Glauben an einen künftigen „Zustand nach dem Tode, anzufechten, „und durch Zweifel und Scheingründe in „den Gemüthern der Menschen wankend „zu machen oder gar umzustossen, im „Grunde nichts besser sey, als ein öffentlicher Angriff auf die Grundverfassung „des Staats, wovon die Religion einen „wesentlichen Theil ausmachet, und auf „die öffentliche Ruhe und Sicherheit, deren Stütze sie ist.“

Der-

Derjenige Regent also, der dergleichen öffentliche Angriffe gestattet, und, daß dadurch der Glaube seiner Unterthanen an die Grundpfeiler der Religion und Moralität wankend gemacht werde, zuläßet, vernachlässigt die Wohlfarth seines Volks, und verkennet sein eigenes Interesse, wenn er auch sonst noch so weise und Staatsklug wäre.

Der Baum des Unglaubens trägt bittere Früchte, wie die Erfahrung unserer Tage zeigt. Wo der Unglaube die Oberhand hat, ist er gegen anders denkende eben so unduldsam und grausam, als jemals der Aberglaube gewesen ist.

21.

Manche andere zum Kirchlichen System der Landes-Religion gehörige Lehr-Sätze haben keinen so ohnmittelbaren Einfluß auf die Wohlfarth des Staats. Man kann allerdings ein guter Bürger und friedlicher Unterthan seyn, und muß nicht deswegen, wie Herr C. A. A. S. 23. der Orthodoxie

doxie zur Last leget, verfolgt werden, wenn man auch, nach des Verfassers auffallenden und unschicklichen Zusammenstellung, keine Dreyeinigkeit, keine Erb-Sünde und keinen Teufel glaubet.

In Fällen, wo die Bürgerliche Gesellschaft ein öffentliches Bekenntniß zum Christenthum erfordert, bleibt eines jeden Gewissen heimgestellet, was er für einen Begriff mit diesem Wort verbinden wolle. Wer aber ein wahrer Christ seyn will, muß eine Offenbarung glauben. Trägt er alsdenn für Gott und sein Wort die gebührende Ehrfurcht, so wird er den Buchstaben seiner Offenbarung, ohne solchen nach vorgefassten Meinungen verdrehen zu wollen, für wahr halten, sollte er auch an der menschlichen Kunstsprache, in welcher dieser Buchstabe zusammengesetzt, und Schlussfolgen daraus gezogen worden, noch ein und das andere zu erinnern finden. Er wird in Demuth glauben, was Gott von seinem Sohn und Geist geoffenbaret hat. Für dem Inneren des Geheimnisses be-
decken

decken selbst Engel ihr Antlitz. Lehret uns doch die Vernunft und Erfahrung so viel natürliche Geheimnisse, wovon wir die Art und Weise nicht einsehen können: warum sollte sie denn keine Geheimnisse in übersinnlichen Dingen zulassen wollen? Er wird ferner in dem Lehrsatz von der Erb-Sünde nichts widersinniges finden, da die Erfahrung bey jedem Menschen, ohne auch nur eine einzige, durch die beste Erziehungs-Methode bewürkte Ausnahme vorzeigen zu können, das natürliche Verderben, die Übermacht der Sinnlichkeit, und das selbst von der critischen Philosophie anerkannte radicale Übel leider mehr als zu klar für Augen leget.

Er wird endlich weder unmöglich, noch auch nur unwahrscheinlich finden, daß es in der Stufenleiter der Schöpfung außer und über uns noch manche Arten von Geistern gebe, und unter selbigen auch solche geben könne, die sich von der moralischen Vollkommenheit ihres Wesens entfernt haben: Ob man gleich weder letz-

tern

tern alles Böse in der Welt zuzuschreiben, noch jeden Schatten an der Wand für den Teufel anzusehen Ursache hat.

Indefs ist hierbey niemand für seine Person an den gemeinen Lehrbegriff gebunden; er kann auch seine Zweifel andern vorlegen, wenn es nur mit gehöriger Bescheidenheit geschiehet, und ohne die anders denkenden, worunter doch auch wol brave und einsichtsvolle Männer sind, für Dummköpfe zu schelten.

Wer aber freylich bey uns eine Raths-Stelle, oder ein Obrigkeitliches- oder Lehr-Amt suchet, der muß sich eidlich verbinden, bey der reinen Lehre, wie solche in dem Worte Gottes und den Symbolischen Büchern unserer Kirche enthalten, bis an sein Ende zu beharren, weder heimlich noch öffentlich dawider etwas zu practiciren, und wenn er sich davon abwenden würde, solches bey der Behörde ohngescheuet anzuzeigen, und weitere Resolution zu erwarten.

D

Bey

Bey Räthen und Obrigkeitlichen Personen, so mit dem Vortrag der Religions-Lehren nichts zu thun haben, findet dieses keine Schwierigkeit.

Beym Lehr-Stand, der täglich in Gottes Worte forschen soll, und bey der Menge Einwürfe, die ohne Unterlaß zum Vorschein kommen, wol dann und wann seine Einsichten ändern kann, entsteht die Frage, ob es recht und zweckmäfsig sey, die Gewissen durch dergleichen Eid zu binden?

Die Entscheidung dieser Frage gehöret nicht hierher: KUNZE hat in seiner practischen Anweisung zur Anwendung des Chur-Sächsischen Kirchen-Rechts, Th. III. Kap. 1. §. 9. ziemlich alles dasjenige zusammengefaßt, was darüber gesagt werden kann.

Dem Patrioten genüget daran, daß unsere Vorfahren wol gute Ursachen gehabt haben mögen, durch solchen Eid beständigen Neuerungen vorzubauen; und daß ihre Nachfolger gute Ursachen haben, solchen

chen beyzubehalten. Er ist nach dem Willen der Nation und auf angelegentliches Bitten der Stände eingeführet worden. Sollte er abgeschaffet werden, so würde doch wol die Nation darum gefragt werden müssen: Und da dürfte die Antwort mit einer grossen Mehrheit verneinend ausfallen.

Wer also ein Amt suchet, mag sich prüfen. Hat er den Eid freywillig abgelegt, so darf er sich hernach über keinen Zwang beschweren; sondern es bleibet ihm nichts übrig, als seine vermeintliche bessere Einsichten, und den dadurch zu erlangenden Ruhm, zufolge der Denkschrift des weisen SIMONIDES,

dem Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands aufzuopfern; oder, wenn er nicht schweigen zu dürfen glaubet, sein Amt niederzulegen.

22.

Wer Reformen in der Kirche und im Staat beabsichtigt, muß allerdings, um

zweckmäßsig zu handeln, eine unbefchränkte Pressfreyheit vertheidigen, als das geschwindeste und sicherste Mittel, guten und bösen Saamen auszustreuen, Wahrheiten und Irrthümer unter dem Volke auszubreiten, und selbiges zu gewissen Absichten und Meinungen zu stimmen.

GENZ in seiner Anrede an König FRIEDRICH WILHELM III. vertheidiget die Pressfreyheit so, als ob man einen *Ciceronem pro domo sua* sprechen hörte. Die von ihm gebrauchte Gründe sind zweyerley.

Einmal sey es in unseren Tagen, und bey der Leichtigkeit, Ideen ins Publicum zu bringen, unmöglich, einem Verbiethungs-Gesetz Ansehen zu verschaffen. Sodann bekämen die armseeligsten Producte, denen ihr innerer Gehalt nicht ein Leben von zwey Stunden sichern würde, durch das Verbot eine Art von Wichtigkeit. Allein der erste Grund saget eben so viel, als wenn man behaupten wollte, die Policy müsse gar keine Visitationen bey Weinschenken anstellen, weil doch nicht alle Wein-

Wein - Verfälschungen vermieden werden könnten. Hiernächst sind aber auch nicht alle der Censur unterliegende Schriften armseelige Producte; vielmehr ist an manchen derselben der bey deren Verfassung verschwendete Verstand und Witz zu bedauern, und sie sind eben deswegen um desto gefährlicher. Indefs lenket vorbelobter GENZ am Ende selbst wieder ein, und giebt zu, daß so wie für gesetzwidrige Thaten, also auch für Schriften, die den Character solcher Thaten anziehen, jeder verantwortlich, strenge verantwortlich seyn müsse.

23.

Und so verhält sich denn auch die Sache in der That, man mag sich drehen und wenden, wie man will, um die eingebildeten Menschen - Rechte über die wirklichen Bürger - Pflichten zu erheben.

Der Mensch darf denken, was er will, ohne daß ihm jemand dabey Zwang anlegen kann: Ausgenommen der Richter in der Brust, und der von selbigem gebotene erste Grundsatz der Sittlichkeit.

Eben so darf er reden und schreiben, was er will: ausgenommen, wenn es wider die Gesetze der bürgerlichen Gesellschaft, von der er ein Mitglied ist, und deren Vortheile er genießen will, oder wider die Rechte des dritten Mannes läuft. Welcher vernünftige Mann wird wol die von Herrn C. A. A. so hochgerühmte Pressfreyheit verkennen? Aber *est modus in rebus, sunt certi denique fines*: Und diese *fines* müssen weder zu enge eingeschränket, noch zu weit erstreckt werden, wenn Wahrheit, Sittlichkeit und gute Ordnung bestehen, und vorzüglich zu dieser Zeit, deren Geist alle Schranken zu übersteigen, und alle Bande zu zerreißen suchet, die Menschen für ihren eigenen und fremden Ausschweifungen beschützt werden sollen, ohne ihre Kräfte zu lähmen.

In einem wolgeordnetem Staat fragt die Policy bey jedem ankommenden Fremden nach seinem Pafs und Gewerbe, um, so viel möglich, verdächtige Auspäher und Beutelschneider abzuhalten.

In

In den Gränz-Einnahmen wird möglichste Wachsamkeit angewendet, damit keine Contrebande, zum Nachtheil der Landes-Manufacturen, eingeschwärzet werde.

Wenn in auswärtigen Ländern ansteckende Seuchen herrschen, wird kein von daher kommender Fremder ohne Gesundheits-Paß eingelassen; auch werden die eingebrachten Waaren, so das Gift fortpflanzen können, ohne Nachsicht verbrannt.

Warum sollten denn allein die Producte des Geistes und der Feder, die doch wegen ihrer leichten und allgemeinen Ausbreitung weit mehr Schaden, als verdächtige Personen und Waaren anrichten können, ganz keiner Aufsicht und Wachsamkeit unterworfen seyn?

Hat doch bey einer Nation, so sich gegenwärtig die freyeste auf Gottes Erdboden zu seyn dünket, die gesetzgebende Versammlung, ohnerachtet aller von Anfang für eine ganz ohnbeschränkte Press-Freyheit aufgestellten Grundsätze, neuer-

lich vor nothwendig erachtet, gegen solche Freyheit dem ausübenden *Directorio* auf eine gewisse Zeit volle Macht und Gewalt zu geben: Und dieses bedienet sich selbiger in so voller Maasse, daß es schon mehrmalen Journale und Flug-Schriften, blos um der angeblichen Ursache willen, daß durch selbige die öffentliche Meinung verdorben werde, verboten hat. Auch sind zum Theil deren Verfasser in Verhaft genommen, und in entfernte Länder deportiret worden.

Wie würden nicht die Schriftsteller, die jetzo ganz demüthig schweigen, geschrien haben, wenn unter der ehemaligen Regierung dergleichen Schärfe gegen diejenigen, so damals die öffentliche Meinung verderbten, und das Volk zur Geringschätzung der Religion, und zum Aufruhr vorbereiteten, gebraucht, und dadurch vielleicht die Monarchie gerettet worden wäre?

24.

In einem wolgeordnetem und ruhigem Staat würden nun zwar so scharfe Maas-

re-

regeln weder nöthig noch rathsam seyn. Auch bedarf es weder einer Inquisition, noch eines *Indicis librorum prohibitorum*, noch einer Gränz- und Haus-Visitation wegen solcher Bücher, die jemand zu seinem eigenem Gebrauch, und nicht zum Handel, kommen läßet. Will jemand, aller Warnung ohnerachtet, sich selbst vergiften, welche menschliche Gewalt vermag ihn davon abzuhalten? Eine vernünftige Bücher-Censur wacht nur gegen die öffentliche Ausbreitung schädlicher Grundsätze; giebt sich auch nicht mit Kleinigkeiten ab, die ohnedem bey der Menge Schriften, die jährlich kommen und vergehen, ohnmöglich zu übersehen seyn würden.

Wenn aber eine Schrift Lästerungen und Spöttereien gegen die Religion enthält, und dasjenige, was dem Menschen das ehrwürdigste seyn sollte, lächerlich zu machen suchet; wenn sie Aufruhr prediget; oder wenn die Absicht des Verfassers, die öffentlichen Sitten zu verderben, und das Laster angenehm und reizend darzu-

stellen, klar zu Tage lieget: Alsdenn erfordert die öffentliche Wolfarth, daß ihr weder der Druck im Lande, noch, wenn sie auswärts gedruckt ist, der Vertrieb durch den Buchhandel gestattet werde.

Denn das allgemeine Beste ist dem Privat-Interesse derer Schriftsteller und Buchhändler, denen es zum größten Theil mehr um Brod, als um Wahrheit zu thun ist, weit vorzuziehen.

25.

Ein besonderer Zweig der Pressfreyheit ist die sogenannte Publicität, kraft deren mancher Schriftsteller unter dem Vorwand, das Kind müsse beym rechten Namen genennet werden, es für erlaubt hält, jeden, der ihm in den Weg kommt, mit Kothe zu werfen, jede Anekdote, so ihm eingesendet wird, drucken zu lassen, und Thatfachen, die er dem Bezüchtigten unter vier Augen zu sagen, wol schwerlich Muth genung haben würde, dem ganzen Publico vor Augen zu legen; *quia littera non erubescit.*

Herr

Herr C. A. A. gestehet selbst S. 28. ein, daß ein großer Theil der statistischen Schriftsteller gefehlet habe, indem er auf die Fehler der Regierungen und persönliche Schwachheiten der Regenten unaufhörlich Jagd gemacht, ohne vorher zu untersuchen, ob der Tadel gegründet, oder nicht sey.

Die alten Egypter richteten auch ihre Könige, aber weislich erst nach dem Tode, ehe der verblichene Leichnam in Charons Nachen über den See Möris in die heiligen Gräber des Labyrinths abgeführt wurde. Die Ruhe des Staats war ihnen zu lieb, als daß sie ein solches Gericht bey Lebzeiten des Regenten hätten anstellen sollen.

Und was soll denn auch der Tadel des Lebenden helfen? Sehr selten ist ein Schriftsteller im Stande, den wahren Gesichtspunct mancher Verhältnisse im Staat zu fassen, und die Ursachen öffentlicher Handlungen, die gemeiniglich erst die Folge der Zeit aufdecket, zu übersehen. Er mischet daher unter das Wahre, so er errathen

then hat, so viel falsche Schatten, daß er sich dadurch bey Sachkundigen alles Glaubens verlustig macht. Trift nun der Tadel einen guten Regenten, der der Liebe seines Volkes gewiß ist, so thut er gerade so viel Wirkung, als das Bellen des Hundes gegen den Schein des seinen Weg ruhig fortwallenden Mondes.

Wird aber ein schlimmer Regent von einem solchen unberufenen Stimmvertreter der Nation angezapfet, so bekommt er entweder die Flugschrift gar nicht zu Gesicht; oder er läßt sich dadurch in Befolgung seiner herrschenden Leidenschaften, derentwegen er sich zu schämen längst aufgehöret hat, nicht stören; oder sperret auch wol den Schriftsteller, wenn er sein habhaft werden kann, auf ein altes Schloß ein, da denn der arme Sünder Muse bekommt, statt Satyren Buß-Psalmen zu dichten.

26.

Es gibt aber auch noch außer den Fürsten zwey Classen von angesehenen Mitgliedern

gliedern des Staats, welchen manche Schriftsteller *publice* alle Ungezogenheiten zu sagen sich berechtigt halten. Seitdem man in Frankreich den Adel, und mit der Christlichen Religion die Geistlichkeit abgeschaffet hat, bildet sich manches teutsche Schriftstellerlein was groses darauf ein, wenn es Gelegenheit findet, die längst abgedroschenen Declamationen gegen beyde Stände zu wiederholen, und darunter den geheimen Wunsch zu verstecken, das selbige je ehender je lieber auch in andern Ländern abgeschaffet werden möchten.

Es ist indessen sehr ungerecht, ganzen Ständen es zur Last zu legen, wenn irgend ein Mitglied des an sich so ehrwürdigen und dem Staat so nothwendigen Lehr-Standes sich durch Hab- oder Herrschsucht entehret; wenn ein Edelmann sich, statt eigener Verdienste, auf den Namen seiner Vorfahren etwas zu gute thut, oder den kleinen Tyrannen gegen seine Erb-Unterthanen spielet; welches doch, der Er-
fah-

fahrung nach, von Ritterguts-Besitzern aus dem Bürger-Stande wol eben so oft geschehen soll.

Nicht einmal Witz liegt in solchen Declamationen: denn nie werden vernünftige Leute in dem Gebrauch eines schwarzen Rockes, oder des Beyworts: Von, etwas lächerliches finden. Indefs verachten billig beyde Stände dergleichen Ausfälle, so lange die heiligen Gesetze des Vaterlandes ihnen ihren Stand und Würde sichern.

27.

Wenn aber die Publicität sich unterfängt, einzelne Mitglieder der bürgerlichen Gesellschaft, die unter dem Schutze der Gesetze stehen, an den Pranger zu stellen, so artet sie, nachdem der Schriftsteller seinen Namen unterschreibt, oder nicht, in Injurie oder Pasquill aus; und die Gesetze geben klare Maasse, was für Genugthuung in solchem Fall dem Beleidigten, und was für Strafe dem Beleidiger gebühre; selbst wenn er *exceptionem veritatis* für

für sich anzuziehen vermöchte. „Wehe dem Regenten und Lande, wo, wie Herr C. A. A. S. 32. und 33. sagt, „der Fürst allererst durch die Publicität seine Diener, „Beamten und Stellvertreter kennen lernen muß; und wo Pressfreyheit das einzige ohnfehlbare Mittel ist, die unterdrückte Unschuld zu retten, und die unbändige Grausamkeit im Zaum zu halten.“ Alle untere und obere Instanzen müßten schon in hohem Grad verdorben, und mit lauter unredlichen Männern besetzt, ja die ganze Machine des Staats müßte äusserst zerrüttet seyn, wenn der unterdrückten Unschuld kein anderer Weg, sich hören zu lassen, übrig bliebe, als der so unsichere, und von willkürlicher Gewalt so leicht zu verschliessende Weg der Presse. Kein ehrlicher Mann würde mehr sicher seyn, wenn der Fürst sein Ohr öffentlichen, oder gar heimlichen Verläumdern und Angebern leihen wollte.

Id maxime exitiabile tulere ista tempora, schreibt *TACITUS Annal. L. VI. C. 7.*
quum

quum primores Senatus infimas etiam delationes exercerent, alii propalam, multi per occultum: neque discerneres alienos a conjunctis, amicos ab ignotis.

Es ist eine sonderbare Forderung, S. 27. dafs der angegriffene sich gegen dergleichen Bezüchtigung verantworten, und widerigensfalls sich selbst es zuzuschreiben haben solle, wenn man ihn des bezüchtigten für schuldig erkenne, und solches für stillschweigend eingeräumt annehme. Wer hat denn noch je den Liebhabern dieser Art von Publicität eine rechtliche Instanz eingeräumt, vor welcher sie jeden ehrlichen Mann *sub poena confessi et convicti* vorladen, und wenn er ihrer Gerichtsbarkeit sich zu unterwerfen Bedenken trägt, ihn für schuldig erkennen können?

Wie mag ein solcher angemaafter Gerichtstuhl mit der Freyheit und Gleichheit der Mitglieder des Staats bestehen, die niemand, als das Gesetz, über sich anerkennet?

Wer

Wer seine Berufs-Geschäfte treulich abwartet, hat selten Zeit, alle herauskommende Journale und Flugschriften, deren Nahme *Legio* ist, durchzulesen, und darinnen nachzufuchen, ob seines Namens in Ehren oder Uehren gedacht ist. Auch ist es nicht jedermanns Sache, Injurien-Processse anzufangen, oder sich mit Pasquillanten abzugeben. Man denkt dafür lieber: *Quasi me asinus etc.* Da immittelst doch aber auch das Sprüchwort wahr bleibt: *Calumniare audacter, semper aliquid haeret*, so ist öfters der beste Rath, einer dergleichen Verläumdung, wenn man sie erfähret, nicht mit einer weitläuftigen Verantwortung, sondern mit einem derben Trumpf öffentlich entgegen zu treten, und gelassen abzuwarten, ob der feige Verläumder sich weiter blos geben will.

28.

Dafs übrigens hier zu Lande noch Pressfreyheit in hinreichender Maasse vorhanden sey, kann Herr C. A. A. schon an seinem eignen Beyspiel abnehmen, indem

weder wegen seiner Person, noch wegen seines Büchleins, einige Nachfrage oder Untersuchung angestellet worden ist. Ob und in wie ferne solches einigen Einfluß auf die Staats-Verwaltung haben, und ob er wegen seiner Vorschläge, wie er S. 32. zu wünschen scheint, werde ans Licht gerufen, und öffentlich belobet und belohnet werden, muß er von der Zeit erwarten. Dem wahren Weisen genüget allenfalls an der inneren Überzeugung, recht und wohl gehandelt, und zum Wohl seiner Nebenmenschen mitgewürket zu haben.

Man muß ihm indess die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er von dem wichtigen Theile der Staats-Verwaltung, der Rechts-Pflege, viel Gutes saget. Es gehören dazu Männer, denen solche anvertrauet wird; und Gesetze, die Recht und Unrecht, nebst den Folgen davon bestimmen. Niemand wird bey uns, als Sachwalter, zugelassen, niemand als Richter bestellet, als nach mehrmaliger Prüfung. Gleichwol giebt es bey uns, wie anderwärts, Sachwal-

walter und Richter, denen es theils am Kopf, theils am Herzen fehlet: Aus der ganz einfachen Ursache, weil der Staat Menschen nicht zu Engeln machen kann.

Indefs ist dafür gesorgt, daß Sachwalter, die ihr Amt mißbrauchen, und sich des öffentlichen Vertrauens unwürdig machen, nach Befinden auf eine Zeit lang suspendiret, oder auch gänzlich removiret werden.

Findet sich jemand durch ein Urtheil oder Bescheid beschweret, so stehen ihm dagegen die gesetzmäßigen Rechtsmittel, nach Beschaffenheit der Sache, bis zum höchsten Tribunal, und auch bey selbigem mehr als einmal, offen.

Beklaget er sich aber über das persönliche Verfahren des Richters, so kann er an die selbigem vorgesetzte Collegia, und zuletzt an den Landesherrn selbst gehen, und genauer Untersuchung seiner Sache gewärtig seyn. Ohne dergleichen Untersuchung mag freylich kein Richter bestraft,

vielweniger abgesetzt, noch auf das gewöhnliche Geschrey einer sachfälligen Parthey Rücksicht genommen werden, der ihr Sachwalter den glücklichen Ausgang ihres Prozesses, als gewiß, vorgespiegelt hatte, und die sich am Ende in ihrer Hofnung getäuscht, und wol gar noch oben drein in die Kosten verurtheilet siehet.

29.

An Gesetzen, selbst an heilsamen wol durchgedachten Gesetzen, ist bey uns kein Mangel. Vielmehr dürfte über manche Gegenstände ein Überfluß vorhanden seyn; weil man nicht allemal bey Abfassung eines neuen Gesetzes die ganze Materie erschöpft, und die alten, von eben derselben handelnden, Gesetze außer Cours gesetzt hat.

Dem Preussischen Land-Recht wird kein vernünftiger Rechtsgelehrter seine Vorzüge absprechen. In den meisten Fällen findet man, wenn man solches zu Rathe ziehet, Ausprüche des gefunden Menschen-

Ver-

Verstandes und bestimmte, kurzgefaßte, Grundsätze darinnen, wie sie billig in allen Gesetzen seyn sollten. Dafs aber die Chur-Sachsen überhaupt mit Lüfternheit darnach hinsehen sollten, möchte sich wol schwerlich behaupten lassen.

Alten Räthen und Rechtsgelehrten ist keinerley Veränderung in der Gesetzgebung willkommen, wobey sie die mit Mühe und Anstrengung erlernte und bisher ausgeübte Wissenschaft bey Seite legen, und etwas neues erlernen müssen.

Angehenden Rechtsgelehrten möchte wol ehender ein neues ganz teutsches Gesetzbuch erfreulich seyn, wobey sie, ihrer Meinung nach, des ihnen so beschwerlichen *Studii* der gelehrten Sprachen, und der alten Tröster, so in selbigen geschrieben haben, überhoben bleiben könnten.

Allein sie werden sich sehr irren, wenn sie darinnen ganz Teutsche Rechte zu finden glauben.

Wir haben keine Alt-Teutsche Sitten mehr. Die *Capitularia* der Fränkischen

Könige, die Gesetze anderer ausgewanderten Teutschen Völker, ja selbst der Sachsen- und Schwaben-Spiegel würden uns bey unsern weit ausgebreiteteren Bedürfnissen schlechten Trost geben. Diesen Bedürfnissen sind unsere Mittel, das Eigenthum zu erwerben, unsere Contracte, unsere Testamente u. s. w. angemessen, und diese sind überall nach Römischer Form gemodelt. Wehe also dem Rechtsgelehrten, der, im Vertrauen auf ein Teutsches Land-Recht, die Quellen, so bey dessen Fertigung nothwendigen Einfluß gehabt haben, das Römische, und im Prozeß das Canonische Recht vernachlässiget!

30.

An einem vollständigen Gesetzbuch des peinlichen Rechts fehlet es allerdings noch: nicht aber an einzelnen Gesetzen.

Man würde solche ohne Noth vervielfältigen, wenn man jede Art des Betrugs, die ohnehin schon nach Befinden der Umstände und Ermäßigung des Richters, in
so-

ferne einem dritten dadurch wirklicher Schade zugefüget worden, mit Geld oder Gefängniß bestraft wird, mit einem besonderem Gesetz brandmarken wollte. Müste nicht solchenfalls auch dergleichen gegen Schriftsteller gemacht werden, die durch vielversprechenden Titel und wenig leistenden Inhalt ihre Leser ums Geld bringen?

Übrigens hat doch wohl die Menschlichkeit über die Schärfe der peinlichen Gesetzgebung sich nicht zu beschweren, in einem Lande, wo die peinliche Frage vorlängst abgeschaffet ist; wo Todes-Strafe nur wegen vorsetzlichen Mords, und gewaltfamer Störung der öffentlichen Sicherheit, und überall äußerst selten, statt findet; und wo nur erst in vorigem Jahre der Landesherr einem tollkühnen Bösewicht, der, aus Verdruss über einen verlornen Prozeß, gegen seine Obrigkeit und des Landesherrn eigene Person die größten Lästereien ausgestossen, und wiederholt Aufruhrs-Zeddel ausgestreuet hatte, das ihm durch zwey

Urthel abgesprochene Leben geschenket hat.

31.

Allerdings aber müssen, wenn die Zahl der Todes-Strafen sich vermindert, die Zucht-haus-Strafen hingegen sich vermehren. In den Chur-Sächsischen Zucht- und Arbeits-Häusern werden die Verbrecher nur auf gewisse Jahre aufbewahret, nicht wegen der zu häufigen Concurrenz, sondern weil nur bey wenigen die gemeine Sicherheit störenden, oder sonst zur Todes-Strafe sich qualificirenden Verbrechen auf lebenswürige Aufbewahrung erkannt werden kann, und außerdem es höchst ungerecht seyn würde, einen Menschen, von dem wol noch Besserung und nützliche Dienste für die bürgerliche Gesellschaft zu erwarten wären, auf immerdar seiner Freyheit zu berauben.

Überdem wird auch noch in jenen Häusern eine beträchtliche Menge Wahnsinniger verpfleget.

Man

Man würde also dem Staat einen sehr ohnüberlegten Dienst thun, wenn man die allerdings beträchtlichen *Fonds* dieser Häuser, so grossentheils auf Landschaftlicher Bewilligung beruhen, ihnen ganz oder zum Theil abnehmen, und zu Erziehungs-Anstalten widmen wollte; in der Hofnung, daß bey der besser erzogenen künftigen Generation keine Zuchthäuser mehr nöthig seyn würden. Denn wo sollen, bis diese heranwächst, die Verbrecher der jetzigen aufbewahret werden, wenn man gegenwärtig schon die dazu bestimmten Anstalten verminderte?

Überdem ist es ein sehr irriger und durch die Erfahrung widerlegter Glaube, daß das Verderben des menschlichen Herzens allein eine Frucht schlechter Erziehung sey.

Es fehlet aber auch nicht in unserm Vaterlande an Waisenhäusern. Theils sind solche mit den Zuchthäusern verbunden; theils besonders angeleget: Und die Soldaten-Kinder werden in einer eigenen weitläuftigen Anstalt erzogen.

Auch giebt es hohe und niedrige Schulen in Menge, und es kommt nur darauf an, daß in Ansehung der Lehrer allemal eine gute Wahl von denen, die das Recht dazu haben, getroffen werde.

Wenn aber auf dem Lande, zumal in kleinen und armen Dörfern, der für den Schulmeister ausgesetzte Gehalt öfters nicht hinreicht, um einen auch nur halbgeschickten Mann zu ernähren; wenn die Eltern fast den ganzen Sommer hindurch ihre Kinder von der Feldarbeit und vom Viehhüten nicht entbehren können, oder nicht entbehren zu können glauben: So ist es allemal eine schwere Aufgabe, wie die einem besserem Unterricht in den Weg tretende physische Unmöglichkeit zu heben seyn möchte.

32.

Eben so wenig fehlt es in Ansehung der Policey, und besonders des Bettelwesens, an guten Gesetzen: wol aber hin und wieder an deren Handhabung.

Wenn

Wenn die allgemeine Klage nicht ganz ungegründet ist, so werden die Gränzorte mit ausländischen Bettlern und Landstreichern, und die inneren Theile des Landes von verarmten Handwerksleuten und Müßiggängern aus den Städten geplaget.

Will man hierbey gerecht seyn, so muß man die Betrachtung nicht aus den Augen setzen, daß nicht alle Anstalten, so in einer einzigen, noch dazu so reichen, Stadt, wie Hamburg ist, mit gutem Erfolg getroffen, auch wol zum Theil in einem kleinen geschlossenen Lande von wenig Meilen im Umkreiß angewendet werden können, in einem so großen, weit ausgedehnten, und mit so vielerley Gränzen durchschnittenen Lande, wie Chur-Sachsen, thunlich sind.

Hierzu kommt noch, während des dermaligen unseligen Krieges, die Menge und traurige Lage so vieler Unglücklichen, so um ihr Vermögen und ganze häusliche Glückseligkeit gekommen sind, und für welche die Stimme der Menschlichkeit viel

zu laut redet, als das man ihnen ein Allmosen sollte verfagen können.

Das Betteln der Innländer, besonders derer, so aus den Städten auf das Land laufen, sollte indess wol grossen Theils abgestellt werden können, wenn mehrere Stadt-Räthe, denen die Policey anvertrauet ist, dem löblichen Beyspiel einiger unter ihnen folgten, und nur so viel thäten, als wirklich in ihren Kräften stehet. Jeder Stadt-Rath kann dafür sorgen, das die Armen-Casse seines Orts durch verhältnissmässige Beyträge der Einwohner unterhalten werde. Er kann diejenigen, so sich aus Lieblosigkeit oder Eigendünkel davon entziehen wollen, dazu an- und diejenigen, so, aus Eitelkeit oder missverstandener Christlicher Liebe die Allmosen lieber in ihren Häusern austheilen wollen, davon abhalten. Er kann und soll von denen Armen seines Orts und ihren Bedürfnissen genaue Kenntniss sich verschaffen, und, wenn er sich zu unvermögend findet, hierunter allenthalben zu helfen, so kann er
hö-

höheren Orts Bericht erstatten, damit von der Landesherrlichen Unterstützung, so der Residenz und anderen Städten in nicht ohnbeträchtlichen Summen jährlich ange-
deydet, nach Befinden auch seinem Orte et-
was zufließe.

Schwerer ist die Aufgabe, wie dem Un-
wesen derer auf dem Lande von allen Sei-
ten zuströmenden inn- und ausländischen
Bettler Einhalt zu thun seyn möchte. Doch
ist auf dem Landtage 1793. in Vorschlag
gekommen, dagegen in jedem Creflse ein
Arbeits-Haus zu errichten. Die Ritter-
und Freyguts-Besitzer sammeln seitdem
das dazu nöthige Capital durch jährliche
Beyträge, ohne die steuerbaren Innfassen
zur Mitleidenheit zu ziehen: Und sobald
ein hinreichender *Fond* zu Eröffnung der-
gleichen Anstalten vorhanden, werden von
Seiten des Landes-Herrn die Häuser dazu
hergegeben werden, auch nahmhafte Geld-
Beyträge gelchehen.

Für ein nothwendiges Erfordernüß zur Erhaltung des Zutrauens der Nation hält Herr C. A. A. ferner S. 50., daß der Fürst ein vollkommenes Verhältniß unter den öffentlichen Abgaben herstelle, woran es noch häufig fehle. Die Grundlage dazu soll das Vermögen der Staats-Bürger abgeben, es bestehe aus liegenden Gründen, oder aus Capitalien und Gewerbe. Jeder soll nach Verhältniß des Vortheils beytragen, den er in der Gesellschaft genießet. Dieses ist in der Theorie recht schön gesagt: Allein in der Praxi gehet es nicht an: Nicht, wie der Verfasser S. 52. sagt, weil das Staats-Recht dergleichen Einrichtung für Verfassungswidrig ausgiebt: Sondern weil sie nicht ausführbar ist, ohne alljährlich die Beutel und Rechnungen sämtlicher Staats-Bürger zu untersuchen: Ein Verfahren, welches mit der höchsten Tyranney verbunden seyn, und gar bald alle wolhabende Bürger aus dem Lande treiben würde.

Zwar

Zwar scheint der Verfasser ein dergleichen Verfahren eben nicht zu misbilligen, indem er S. 53. den heroischen Rath giebt:

Ense recidendum est —

Und es ist der überhand nehmenden Den-
kungs-Art dererjenigen, die nichts zu ver-
lieren haben, ganz angemessen, alle Mittel
für zulässig zu halten, wodurch — sollte
es auch mit völligem Umsturz des ihren
Neid erregenden Eigenthums derer, die et-
was haben, geschehen müssen — die Gleich-
heit des Standes der Natur, wo niemand
nichts eigenes hat, hergestellt werden könn-
te. Wie wehe würde aber dergleichen
Rath ihnen thun, wenn sie selbst etwas zu
verlieren hätten!

34.

In wieferne eine zwar nicht vollkom-
men gleiche Vertheilung der Abgaben —
denn dieses Ideal ist noch in keinem Staat
in der Welt ansführbar befunden worden —
jedoch ein der Gleichheit am nächsten kom-
mendes Verhältniß derselben in unserem
Vaterland, ohne Verletzung des Rechts und
der

der Billigkeit, eingeführet werden könne und müsse? Das ist eine Frage, zu deren Beantwortung man bis auf den Ursprung unserer dermaligen Landtage und Landes-Abgaben zurückgehen muß. Denn ehe man auf Abänderung einer Jahrhunderte hindurch bestandenen Verfassung mit Grunde antragen kann, muß man vor allen Dingen deren Grund und Beschaffenheit mehr, als oberflächlich, kennen lernen.

Nach Anleitung dererjenigen Materialien, so

WECK in der Beschreibung von Dresden,
SCHREBER von den Sächsischen Land- und
Auschuß-Tagen,

ZACHARIAE in den Bemerkungen über die
Steuer-Freyheit der Chur-Sächsischen
Ritter-Güter in WEISSENS *Museo* für
die Sächsische Geschichte, II. B. 2. St.
S. 195: Und

HAUSSMANN in den beyden Abhandlungen
von den Verhältnissen des Bürger-
Standes in Meissen und Thüringen:

gen: Und von den Kur-Sächsischen Landes-Verfassungen, zusammengetragen haben, dürfte es nicht schwer halten, hierunter so ziemlich ins klare zu kommen.

Dafs im XIII. Jahrhundert bereits Landes-Anlagen von den Ständen bewilliget worden, möchte eben so wenig erweislich seyn, als dafs es gemeinschaftliche Landes-Verfassungen von Ritterschaft und Städten gegeben.

Die *Primates in Marchia*, mit deren Einwilligung Herzog Luther zu Sachsen 1125., nach dem Zeugniß des *Annalista Saxonis*, in *Eccardi Corp. Histor. med. aevi*, T. I, p. 651., den vom Kaiser aufgedrungenen Marggrafen, Wiprecht von Groitsch verjagte, und die einsweilige Regierung der Mark Meissen übernahm, waren gewiß weder *Burgenses*, noch *Ministeriales*, die damals noch nicht *Nobiles* genannt wurden, sondern die in der Mark gefessene Bischöffe, Grafen und Herren. Die von Marggraf Conrad Ao. 1155., befa-

ge des *Chronici Montis Sereni*, auf dem Lauterberg zusammenberufene *Viri Nobiles ecclesiastici et seculares atque Ministeriales* sollten durch ihre Gegenwart der Stiftung dasigen Klosters mehreren Glanz geben. Dafs aber der Marggraf ihre Einwilligung oder Beystand dazu, oder auch zu der bey diesem Jahre in den *Annalibus Vetero-Cellensibus* erwähnten Vertheilung seiner Länder unter seine Söhne, verlangt habe, davon findet sich keine Spur.

Die Regierungs-Geschäfte derer Landgrafen in Thüringen und Marggrafen zu Meissen waren damals bey weitem noch nicht von dem Umfang, als in den folgenden Zeiten. Sie bestritten ihre ordentlichen, in Ermangelung stehender Heere und beständiger Gesandtschaften nicht so gar ins weite gehenden, Ausgaben von dem Ertrag ihres ansehnlichen Privat-Eigenthums, von den Renten und Gülten ihrer Unterthanen, und von den Zöllen und Geleiten, so ihnen der Durchreisende für Schutz

Schutz und Sicherheit entrichten mußte. Die Gerechtigkeit über ihre Unterthanen ließen sie durch ihre Amt-Leute und Voigte verwalten; so wie die Bischöffe, Herren und Ritter über die ihrigen, und die Stadt-Räthe, hin und wieder auch Landesherrliche Voigte, über die Bürger Recht sprachen.

Konnten die Streitigkeiten auf solche Weise nicht geschlichtet werden, oder erforderten solche ein *judicium parium*, so wurden *placita provincialia* ausgeschrieben: Und, wenn der Landesherr einen Feldzug vorhatte, so bewafneten, nach genommener Abrede, die Grafen, Herren und Ritter sich und ihre Knechte, so wie auf besonderes Erfordern die Städte ihre Bürger, ohne dafs letztere deswegen ordentlicherweise an den *Placitis* Theil genommen hätten.

35.

Nichts anders, als dergleichen *Placita*, sind wahrscheinlich die von WECK, S. 435.

F 2

436.

436. aufgezeichnete älteste sogenannte Landtage gewesen, so in den Jahren 1185. 1197. 1198. 1200. und 1218. zu Colmen, Skölen und Döliz gehalten worden. Die Verzeichnisse derer, so dabey anwesend gewesen, enthalten Bischöffe, Prälaten, Grafen, Herren und Ritter, aber keine Abgeordnete der Städte, und es sind dabey keine Anlagen bewilliget worden.

In einer auf dem am 28. October 1218. zu Skölen gehaltenen Landtage ausgestellten Urkunde werden zwar Gifeler, Voigt zu Lipzk, auch Herrmann von Sahla, und Gottfried von Ripert, beyde Kaufleute all-da, als gegenwärtig angegeben. Allein Marggraf Dietrich zu Meissen hatte viele Handel mit den Bürgern zu Leipzig gehabt, und die Stadt erst 1218. wieder zum Gehorsam gebracht. S. RITTERS Meissnische Geschichte, S. 457—465. Es sind daher sehr viel Ursachen möglich, warum er seinen Voigt und zwey Kaufleute von Leipzig auf das *Placitum* berufen, oder, warum sie freywillig erschienen: ohne daß
man

man deswegen an eine Repräsentation der Stadt Leipzig, oder gar der Städte überhaupt zu denken Ursache hätte.

Mit denen in den Jahren 1219. 1222. 1233. 1254. 1259. und 1271. gehaltenen Landtagen hat es gleiche Bewandnüss, als mit denen vor 1218.

In Thüringen soll, wie das *Chronicon St. Petri* in MENKEN's *Script. T. III. S. 318.* erzählt, im Jahr 1308. Landgraf FRIEDRICH *omnes nobiles terrae Thuringiae cum civitatibus* zu einem *Plebiscito* zusammenberufen haben. Allein da dieses eben das Jahr ist, worinnen besagter Landgraf die Wartburg eingenommen, und seinen Vater gänzlich verdrängt hat, so mag ihm eine Versammlung der Edlen, Herren und Städte seines Landes wol nöthig gewesen seyn, um sich in seiner neuen Regierung festzusetzen; ohne dafs dabey, auf eine gemeinschaftliche Landes-Bewilligung anzutragen, an der Zeit gewesen wäre.

HAUSSMANN behauptet dahero in seiner Darstellung der Verhältnisse des Bürger-Standes etc. S. 8. richtig, daß in älteren Zeiten Ritter und Bürger zwar unter einem Fürsten vereint, und hier und da durch nachbarliche Verträge, keinesweges aber im Ganzen, als Mitglieder eines und desselben Staats durch eine allgemeine Landes - Constitution verbunden gewesen. Nimmt man hierzu vorerwähnte *data* aus der Geschichts-Kunde, so ergiebt sich um desto klärer, daß, so wenig die Länder Thüringen, Meissen und Osterland von Ursprung an von einerley Nation bewohnt worden, und unter einerley Regierung gestanden, eben so wenig die darinn gesessenen Bischöffe, Grafen, Herren, Ritter und Mannen mit denen Städten, noch auch nur die Städte unter sich selbst, einen gemeinfamen Staats-Körper ausgemacht haben, unter dessen Mitgliedern eine Gleichheit hätte stattfinden können.

Wie mag man also von ursprünglichen und ohnwiderruflichen Rechten der Menschheit

heit träumen, vermöge deren die Ritters-
schaft, und die Ritterschaft allein, gleiche
Lasten mit den Städten zu tragen verbun-
den seyn soll?

36.

Auf dem 1350. zu Leipzig gehaltenem
Landtag ward zuerst den Fürsten, zu Ab-
kommung ihrer Schulden, eine Steuer von
der Landschaft bewilliget. Worinnen aber
selbige bestanden, führet WECK, S. 437.,
nicht an. So viel ersiehet man wol, daß
die Städte dabey mit der Ritterschaft nicht
gemeinschaftliche Sache gemacht haben.
Denn die vornehmsten unter ihnen ließen
sich absonderliche Revers-Briefe geben.

Von diesem Jahre an muß man zwey-
erley Zeiträume unterscheiden; nemlich
vor und nach dem Jahre 1561., wo zuerst
eine beständige Grundsteuer aufgekommen.

In dem ersten Zeitraum kamen die Be-
willigungen Anfangs selten vor, und der
Fuß, wornach sie eingetheilet wurden, war
ganz willkürlich.

Am 1376. verwilligten Herren, Ritter, Knechte, Pfaffen, Klöster und Bürger, einen halben Zins von allen ihren Gütern. Ein gleiches geschahe 1385., gegen Revers, das solches, außer besonderen Nothfall, nicht wieder verlangt werden solle.

Allein 1411. forderte Marggraf Wilhelm in Osterland von seinen Städten allein eine Bethe: in Verfolg der zwischen ihm und seinem Bruder, Marggraf Friedrich, am 31. August desselben Jahres errichteten Örterung (S. HORN's Leben Friedrichs des Streitbaren, *Dipl. CLVII.*) worinnen bedungen worden war, „dass jeder von ihnen eine Bethe von den Städten seines Orts fordern und nehmen möchte: Wollten sie aber eine Landbethe nehmen, die sollten sie gemeiniglich über alle ihre Lande nehmen, und mit einander theilen.“

WECK l. c. giebt das Verzeichnüss der verwilligten Summen folgendergestalt an:
Omnes civitates concordaverunt ad sol-
ven-

vendum eandem petitionem, modo, ut sequitur :

Altinburg — 250. Marc. arg.

Ronneburg — 15. Sexag. grofs. nov.

Werde — 30. Sexag. — —

Friburg — 26. Marc. arg. puri.

Neber — 40. Marc. — —

Mühelde — 36. Marc. — —

Rode — 34. Sexag. grofs. nov.

Triptis — 200. Floren.

Nuenstad — 70. Marc. und obir ein

Jahr sollen sie 20 Mark

geben;

Uhma — 30. Sexag. grofs. nov.

Burgeln — 40. Sexag. — —

Dornenburg — 60. Sexag. — —

Isenberg — 200. Floren.

Kal — 40. Marc. arg.

Wisenfels — 90. Marc. arg.

Salveld — 100. Marc.

Orlamunde — 30. Sexag. nov. grofs.

Jehne — 250. Marc. und obir ein

Jahr noch 50. Mark

auf Weynachten.

Koburg — 3000. Gülden.

Königsberg — 1500. Gülden.

Die namhaft gemachten ganz ungleichen Summen zeigen deutlich, daß mit jeder Stadt besonders und willkürlich gehandelt worden: Und aus dem ganzen Vorgang erhellet, daß die Städte in mehrerer Unterwürfigkeit gegen die Landes-Fürsten, als die übrige Landschaft, mit letzterer aber noch in keiner Vereinigung gestanden.

37.

In der Mitte des XVten Jahrhunderts scheint endlich diese Vereinigung zu Stande gekommen zu seyn. Ao. 1428. kamen Grafen, Herren, Ritter und Städte zu Gotha zusammen, jedoch nicht um Steuern zu bewilligen, sondern um Zuzug gegen die Hufsitzen zu beschließen. Allein Ao. 1451. bewilligten auf dem Landtag zu Grimma sämmtliche Stände eine gemeinschaftliche Hülfe und Steuer. Sie bestellten dazu eigene Einnehmer von Ritterschaft und Städten, und legten damit den Grund zu der
noch

noch jetzo bestehenden Steuer-Einnahme. Da zu dieser Vereinigung vorher keine Obliegenheit vorhanden gewesen, so war solche ganz freywillig, und zog keinesweges, als eine nothwendige Folge, die völlige Gleichsetzung beyder *Corporum*, noch die Verbindlichkeit, in allen und jeden Stücken gleiche Lasten zu tragen, nach sich. Am wenigsten war damals von dergleichen Verbindlichkeit in Ansehung der Grund-Steuern die Rede. Denn noch lange Zeit behalf man sich mit Kopf- Consumtions- und Vermögen-Steuern, ohne die Grundstücke zu schätzen.

Auf dem Landtag zu Leipzig 1454. ward eine gemeine Stadt- und Land-Steuer bewilliget, von jedem Kopf, es sey Mann oder Weib, Zwey Groschen. Ungleicher konnte doch wol keine Gleichheit seyn!

Ao. 1458. ward auf dem Landtag zu Grimma eine Steuer von allen fremden und einheimischen Kaufmanns-Gütern, so man Ziese (Accise) nannte, beliebt; ingleichen
der

der 30ste Pfennig von der Lofung aller Handwerker.

Ao. 1466. bewilligten die Prälaten, Domherren, Klöster, gemeine Priesterschaft, Ritter und Mannschaft, jeglicher einen ganzen Jahres-Zins, so er von seinen Unterthanen einzunehmen hätte; die Städte aber gewisse Summen Geldes, wahrscheinlich auf dem Fuß der vormaligen Bethen: S. WECK S. 440. Ao. 1469. ward der Bier-Zehende, oder die Abgabe des Zehnten Theils vom Werth jeden gebraueten Fasses Biers, so damals gemeiniglich 50 gl. galt, eingeführet, und von Zeit zu Zeit beybehalten; bis endlich daraus die gegenwärtige Trank-Steuer vom Bier, Wein und Brandewein entstanden ist.

Ao. 1488. ward wieder eine Kopf-Steuer, daneben aber eine Abgabe von 2 Procent, von allem beweglichen und ohnbeweglichen Vermögen bewilliget.

Ao. 1541. verstand sich, nach WECK's Angabe S. 447., die Ritterschaft zu einer Abgabe von 1 Procent des Werths ihrer

Gü-

Güter, mittlerweile Bürger und Bauern $1\frac{1}{2}$ Procent steuerten. Wie solches zu verstehen, ergiebt sich aus den Acten des 1546. zu Freyberg gehaltenen Ausschufs - Tags, wo die Ritterschaft, neben den Ritter-Dien-
 lten, den roten Pfennig von werbenden Gütern übernommen, jedoch unter der Bedingung, daß dagegen der Landes - Fürst ihnen für Leibes - und Pferde - Schaden vor dem Feinde stünde.

Im Jahr 1550. ward, wie HAUSSMANN von Landtügen S. 88. bezeuget, eine Grund - Steuer von 2 Pfennigen vom Schock angeleget: Allein der Adel, so Ritter - Dienste vor Magdeburg zu leisten hatte, blieb davon sowol damals, als 1553. befreyet. Als hingegen eine Reichssteuer gegen den Türken aufgebracht werden sollte, verstand sich auf den Landtügen zu Dresden 1552. und zu Torgau 1557. die Ritterschaft dazu, auch von ihren Ritter- und Lehn-Gütern, ingleichen von werbender Baarschaft, 2 Pfennige vom Schock beyzutragen; dagegen Bürger und Bauern mit 3 Pfennigen angeleget wurden.

Indem es nun folchergestalt, nach Verschiedenheit der Zeiten und Umstände, hierunter verschiedentlich gehalten wurde, kam den Städten schon damals der Gedanke bey, daß die Ritterschaft auch in den Grund-Steuern ihnen durchgängig gleichgehalten werden müßte. Sie äuferten solchen bey der auf dem Landtag zu Dresden 1554. bewilligten Grund- und Vermögen-Steuer, an 14 Pfennigen vom Schock, binnen 3 Jahren zu entrichten. S. HAUSSMANN S. 91. Allein die Ritterschaft behauptete, ihres Widerspruchs ohnerachtet, die Freyheit ihrer Lehn-Güter; obwol sie sich der Mitleidenheit bey der Vermögen-Steuer nicht entbrechen mochte.

38.

Eben diese Mitleidenheit der verbenden Baarschaft und der Erb-Güter dauerte fort, als 1561. die ordentliche Land-Steuer ihren Anfang nahm; wie die Ausschreiben von 1561. 1565. 1576. 1582. 1601. 1609. 1612. und 1628. im *Cod. Aug. P. II. S. 1371.* — 1409. bezeugen.

Da

Da man dabey den Contribuenten nicht in den Beutel greifen konnte, so mußte man sich damit begnügen, ihnen ins Gewissen zu greifen. Ein jeder sollte sich selbst schätzen; die Ritterschaft auf ihre Pflicht, Bürger und Bauern mittelst leiblichen Eides. Diese Schatzung ward jeden Orts in Register oder *Catastra* eingetragen: und daraus erwuchsen die Steuer - Schocke, so noch jetzt bey den Grund - Steuern zum Anhalten dienen. Die dabey mit vorkommende, mit dem wahren Vermögen damaliger, bey dem blühenden Bergbau und Gewerbe gewis nicht armer Zeiten in keinem Verhältniß stehender, sogenannte werbende Baarschafts-Schocke, zeigen genungsam, wie viel heimliche Vorbehalte sich das verpflichtete oder beschworne Gewissen erlaubt haben möge.

Allein auch Grund und Boden ward willkürlich, und mithin sehr ungleich, geschätzt. Man suchet noch heut zu Tage, wenn Ortschaften über allzu hohe Belegung in Schocken klagen, solchem Uebel durch
Local-

Local-Revisiones und *Moderationes* abzuhelfen. Sollte aber eine, der §. 33. angeführten Theorie gemäße Gleichheit, auch nur unter den steuerbaren Landes-Einwohnern zu Stande kommen, so würde dazu vor allen Dingen eine General-Revision erforderlich seyn; die nicht leicht jemand, der die Schwürigkeit einer nur einzelnen Local-Revision kennet, in Vorschlag bringen wird.

39.

Das im XVIIten Jahrhundert immer höher steigende Bedürfnüß des Staats erforderte, außer der Land- und Vermögens-Steuer, auch dem Bier-Zehenden, stets neue Mittel. Auch die Consumption und das Gewerbe mußten zur Mitleidenheit gezogen werden.

Da man mit der Wichtigkeit des Leipziger Meßhandels für die Wohlfahrt des Landes noch nicht genungsam bekannt war, so verfiel man 1615. auf den unglücklichen Gedanken, die nach Leipzig ein- und von da

da weiter gehende inn- und ausländische Waaren mit einer Cammer- Abgabe zu belegen: mußte aber dieses Mittel bald wiederum fahren lassen.

Dagegen ward 1628. die Fleisch- Steuer, und 1641. die Land- Accise von der innländischen Industrie, Handlung und Gewerbe eingeführet; deren verführte Erstreckung auf den Leipziger Melshandel aber wiederum gar bald, wegen der dagegen von den Hansee- Städten beschehenen nachdrücklichen Vorstellungen, für unthunlich befunden.

Ao. 1646. erforderte der Unterhalt des stehenden Kriegs- Heeres im Lande schleunige und erkleckliche Hülfe. Die Stände bewilligten daher wiederum eine Gewerbesteuer, und demnächst von jedem Haupt der Menschen, so über 15 und unter 70 Jahren, monatlich 1 gl.

Das Auschreiben stehet im *Cod. Aug. P. II.* an einem Orte, wo man es eigentlich nicht suchen sollte, nemlich S. 2673. Das dadurch monatlich an jedem Orte ein-

G

kom-

kommende, anfangs nach Ermessen derer dasselbe einnehmenden Unter-Obrigkeiten zu vermehrende oder zu vermindernde, Quantum ward ein Current-Monat genennet: Und dieser Current-Monate wurden 1653. zwey bewilliget. Als solche Bewilligung im Jahr 1659. bis auf 4 stieg, wurden aus Monaten Quatember; S. WECK S. 450.

Und diesen Nahmen behielt diese Steuer, ohnerachtet die Zahl der Quatember in neueren Zeiten bis auf 49 gestiegen ist, und eben deswegen, zu Aufbringung der nunmehr catastrirten Local-*Quantorum*, nebst den Köpfen und dem Gewerbe, auch die Grundstücken zur Hülfe haben gezogen werden müssen. Wie wenig Gleichheit auch hierbey obwalte, zeigen die fortwährenden Local-Revisionen und Moderationen.

40.

Ao. 1682. ward der Stempel- Impost, und auf einige Zeitlang der Mahl-Groschen; zu Anfang dieses Jahrhunderts aber, um besonders den Städten die Aufbringung der Grund-

Grund - Steuern zu erleichtern, die General - Consumtions - Accise eingeführet.

Als aber Ao. 1746. die Landes - Schulden auf das höchste gestiegen waren, und fast kein Credit, wodurch man sich bis dahin zu helfen gesucht hatte, mehr zu finden war, kam abermals eine allgemeine Kopf - daneben aber auch eine Vermögen - Steuer in Vorschlag, und mußte von den Ständen verwilliget werden. Da der Staat einmal dergleichen außerordentliche Beyhülfe bedurfte, so war gegen den ersten Theil dieser Anlage nichts einzuwenden; außer daß die geringere Classe des Volks, so bereits bey den Quatembern ihren Kopf und ihr Gewerbe versteuerte, hierbey noch einmal betroffen wurde. Recht und gut war es hingegen, daß auch die höheren und mittleren Classen, ohne Unterschied, jeder nach seinem Stande, Würde, Character, und nach der Stufe der Achtung, so er von und im gemeinen Wesen genoß, beysteuern mußte. Dahero ist auch dieser Theil der Personen - Steuer bis jetzo, da der Ab-

trag derer vormals auf das Land gemachten Schulden noch keine Verminderung der Abgaben gestattet hat, beybehalten worden.

Allein der zweyte Theil jener Verwilligung, die Vermögen-Steuer (S. *Cod. Aug. Suppl. II.* S. 460. und 492) war desto fehlerhafter. Jeder Vasall und Unterthan sollte sein gesamntes Vermögen an Grundstücken, in so ferne solche den Werth von 1000 Thalern, und seine verbende Capitalien, in so ferne sie den Werth von 500 Thalern erreichten, nach einer immer höher steigenden *Scala* versteuern, wovon der unterste Satz $\frac{1}{6}$ und der oberste $\frac{2}{3}$ *pro Mille* war.

Um sothanen Werth auszumitteln, sollten die lezten Kauf-Contracte, Erbverträge und andere Urkunden zum Grunde gelegt werden; die doch, nachdem ein Grundstück lange oder kurze Zeit bey einem Geschlecht gewesen war, nothwendig sehr ungleiche Resultate geben mußten.

Bey gerichtlich versicherten Capitalien dienten allerdings die Hypothecken-Bücher zum sicheren Anhalten. Wer vermochte
aber

aber den bloßen Rentenirer, und besonders den Handelsstand zu übersehen, oder auch nur zu erwarten, daß solcher das in seiner Briefftasche oder in seinem Hauptbuch enthaltene Vermögen auf seine Unterthanen-Pflicht angeben sollte? Nicht sowol die Höhe dieser Abgaben, als die damit verbundene, wenigstens scheinbare, Nothwendigkeit der Veroffenbarung des Vermögens-Zustandes, erregte allgemeinen Unwillen.

Die Vermögen-Steuer brachte weniger ein, als man davon erwartet hatte; Sie ward deswegen im Jahr 1749. noch weiter erstreckt: Kam aber bey eingetretenem Siebenjährigem Kriege, wo das Vermögen durch feindliche Schatzungen ohnehin aufs äußerste angegriffen wurde, außer Uebung; und ist seitdem nicht wieder hervorgesucht worden.

Die Erfahrung hat gelehret, daß man dem Rentenirer nicht anders, als durch Consumtions-Abgaben, beykommen kann. Auch diese treffen den Sparer nicht in gleichem Verhältniß mit dem Verzehrer: Ei-

ne genauere Untersuchung aber verjagt den wolhabenden Staatsbürger, so lange noch Länder offen sind, wo nicht gleicher Zwang herrschet: Und mit ihm verlieret das Land nicht allein desselben eigene Consumtion, sondern auch die Consumtion dererjenigen, denen er für ihre Arbeit Brod gab.

Es ist und bleibt dahero eine vergebliche und noch dazu für das Ganze schädliche Mühe, hierunter vollkommene Gleichheit luchen zu wollen.

41.

So wenig nun solche bey denen bisher, der Verwandtschaft der Materie halber ohnunterbrochen nach einander durchgegangen, Personal - Abgaben hat gefunden werden mögen: So wenig darf man darauf rechnen, solche bey denen Real - Abgaben anzutreffen, oder einführen zu können, von welchen nunmehr die zweyte Epoche von 1561. an näher zu beleuchten seyn will. Es waren zwar bis dahin auch schon Land-Steuern, aber unterbrochen, bewilliget worden.

den. S. §. 37. Allein der weise Churfürst AUGUSTUS wußte den Ständen begreiflich zu machen, daß die immer höher ansteigende Lasten der Regierung fortwährende Real-Abgaben erforderten. Dahero wurden die Schocke, wornach schon seit 1550. das bewegliche und ohnbewegliche Vermögen geschätzt worden war, in ordentliche *Catastra* gebracht, und auf dem Landtag zu Torgau 1561. eine Land-Steuer an 6 Pfennigen vom Schock des Werths der Güter und des werbenden Vermögens bewilliget; die seitdem nicht wieder abgekommen, wol aber von Zeit zu Zeit erhöht worden ist. Das Ausschreiben im *Cod. Aug. P. II. S. 1371.* ist für die Verfassung sehr lehrreich, und verdienet dahero genauere Betrachtung.

Der Churfürst sagt darinnen gleich zu Anfang: „Was sich die Bischöffe und Grafen, nach ihren gehaltenen Bedenken, dieser Steuer halber erklären, des sollen die Einnehmer förderlich berichtet werden.“ Die Bischöffe und Grafen nemlich, so vorhin in einzelnen Nothfällen mit der

übrigen Landschaft gesteuert, hatten sich, da sie vermerkten, daß es auf eine fortwährende Besteuerung angesehen sey, Bedenkzeit genommen. Sie mögen auch, da eben diese Ausdrücke in dem Ausschreiben von 1565. vorkommen, damals noch nicht ganz schlüssig gewesen seyn, wol aber nachgehends sich auf die besondere Verfassung ihrer Stifter und Lande beharrlich bezogen haben: Und der Churfürst mag Ursachen gefunden haben, deshalb nicht weiter in sie zu dringen; denn in dem Ausschreiben von 1576. und folgenden heisset es: „Wie es mit der Bischöffe, Grafen und Stifts-Steuer-Einnahme gehalten werden soll, wollen Wir Unfern und der Landschaft Verordneten zu befehlen wissen.“ In dessen Verfolg sind auch in folgenden Zeiten die Bischöffe, und nach deren Abgang die Dom-Capitul, ingleichen die Grafen, auf den allgemeinen Landes-Versammlungen jederzeit erschienen; erscheinen auch noch jetzo, nehmen aber an der allgemeinen Bewilligung keinen Antheil, sondern die Dom-

Dom - Capitul bitten um besondere in den Stiftern zu haltende Landtäge: die Grafen aber beziehen sich auf ihre Receffe.

Weiter wird in dem Ausschreiben von 1561. „denen Grafen und Herren in Ansehung derer Aemter, Klöster - Ritter - und anderer dergleichen Güter, so sie an sich gebracht, und so Ritterdienste auf sich haben,“ die Steuer - Freyheit zugestanden. Diese Freyheit war also nichts besonders für die Ritterschaft; und es konnte letzterer nicht übel gedeutet werden, wenn sie solche in Ansehung ihrer mit Ritterdiensten belegten Lehngüter, so wie schon auf mehreren Landtügen geschehen war, behauptete; mittlerweile sie, so wie auch die Grafen, Herren, weltliche Ritter - Brüder, Pröbste, und Besitzer der Kloster - Güter von Lehngütern, so keine Ritterdienste hätten, in gleichen Erb - Gütern und verbender Baarschaft, gleiche Steuer mit den Bürgern und Bauern, übernahmen.

Es erhellet aus dem allen so viel, wie man von jeher geglaubet hat, dals es über-

haupt *partes integrantes* hiesiger Lande geben könne, die, ohne eben kleine Staaten im Staat zu bilden, sich auf besondere Verfassung, Freyheiten und Verträge berufen dürften; dafs so unterschiedene Elemente eines Staats, in welchem kein Ur-Vertrag vorhanden ist, über einen Leisten schlagen zu wollen, wider Recht und Billigkeit seyn würde: Und dafs die Ritterschaft die bisher behauptete Freyheit ihrer Ritter - Lehne Preiſs zu geben, eben so wenig schuldig gewesen ist, als die Bischöffe, Grafen und Herren ihrer Stifter und Lande besondere Verfassung. Der Churfürst hat hierbey keinesweges, wie HAUSSMANN von Landtügen S. 93 vermeinet, die Ritterschaft wegen der Bewilligung für die Bauern schonen müssen: denn die Ritterschaft bewilliget nicht für die Bauern, wenigstens für keine andere, als ihre Unterfalsen, dahingegen der grölsere Theil der Bauern ohnmittelbare Landesherrliche Amts - Unterthanen sind, und deren Bestes auf Landtügen dahero vom Landesherrn selbst besorget wird. Wohl aber
hat

hat Er auf den zwischen Ihm und der Ritterschaft von länger her, als je Landtage gewesen sind, bestehenden Lehns-Vertrag billige Rücksicht nehmen müssen; vermöge dessen ihm von den Lehnen Ritterdienst, oder in dessen Ermangelung eine Vergütung in Gelde zukam. Wie denn auch wirklich bald darauf 1563. mit Verwandelung der Dienste in Geld bis auf Widerruf, und Einforderung 5 fl. von jedem Ritter-Pferde der Anfang gemacht worden ist. S. *Cod. Aug. P. I. p. 2293.*

42.

Die Ausschreiben von 1565. 1576. 1582. 1601. und 1605. blieben in Ansehung der Befreyungen dem von 1561. vollkommen gleich. Auf dem Landtag zu Torgau 1609. schränkten die Städte ihr billiges Begehren darauf ein, daß die Ritterschaft, wie 1576. geschehen, mithin in Ansehung ihrer nicht mit Ritter-Pferden verdienender Güter, zur Mitleidenheit gezogen werden möchte: Und auf dem Landtag von 1612. verlangten sie, daß die Ritterschaft, wie sonst

sonst auch geschehen, Steuern erlegen möchte. Sie dachten also an keine ursprüngliche Menschen - Rechte vollkommener Gleichheit — so weit war damals die Aufklärung noch nicht gestiegen — sondern begnügten sich mit dem, was dem Herkommen und der Verfassung gemäß war.

In dieser Maasse ward denn auch die Bewilligung der auf 10 Pfennige vom Schock erhöhten Land-Steuer eingerichtet. Die von der Ritterschaft und übrigen Besitzer solcher Lehne, so mit Ritter-Pferden verdienet werden, blieben dieserhalb vor, wie nach, befreyet; mußten aber die übrigen Lehne, so sie nicht selbst oder durch andere verdienten, ingleichen die Erbgüter und werbende Baarschaft, gleich den Bürgern und Bauern versteuern.

S. Ausschreiben im *Cod. Aug. Part. II.*
S. 1393.

43.

In dem Ausschreiben von 1622. (*l. c.* S. 1405.) geschieht zum erstenmal noch an-
de-

derer Befreyungen, aufer der durch Ritterdienste, Erwähnung. Es fand sich nach und nach, das auch noch andere *Tituli* möglich wären, um mit der Landsteuer verschonet zu werden. „Die „Ritterschaft,“ heist es daselbst, „soll von „allen ihren Lehn-Gütern, so mit Ritter- „diensten belegt sind, von dieser Steuer „gänzlich befreyet seyn: Aber die Lehn- „güter, so nicht verdienet werden, sowol, „als Erbgüter und werbende Baarschaft, „sollen sie, jedes Schock mit 18 Pfennigen, versteuren: Sie wären denn des „von Uns, dem Landes-Fürsten, ausdrück- „lich anders befreyet.“ Diese sonderbare Befreyung ist in dem Ausschreiben von 1628. (l. c. S. 1409.), zu Gunsten des Bürgerstandes selbst, noch weiter erstreckt worden. Es ward darinnen, dem vorhergegangenen Landtags-Schluss gemäß, festgesetzt: „Die von der Ritterschaft, sowol „andere, die Lehngüter haben, welche „mit Ritterdiensten belegt, sollten der „Steuer gänzlich frey seyn. Da sie aber „ne-

„neben denselben ausgekaufte Güter,
„so unverdient, hätten, sollten sie davon
„die Land-Steuer, an 22 Pfennigen vom
„Schock, nach dem alten Anschlag
„erlegen; wenn auch selbige gleich in Lehn
„verwandelt; so sie nicht hierüber son-
„derbar befreyet, und bis anhero
„deffen überhoben gewesen. Aus-
„länder, so Güter auf dem Lande haben,
„sowol Städte, Bürger und Communen von
„liegenden Gütern, so mit Ritterpferden
„nicht verdienet werden, sollten die Steuer
„entrichten. Welche aber deswegen son-
„derbare Befreyung vorzuweisen, oder
„niemals nichts an Land-Steuer
„hätten entrichten dürfen, die soll-
„ten auch bey solcher ihrer Freyheit ge-
„lassen; auch mit den Freyhäusern in
„Städten es gleichergestalt gehalten
„werden.“ Man nahm also auch den *Ti-
tulum* der Verjährung damals für gültig
an.

Und dieses Ausschreiben nebst dem da-
mals gefertigten Schock-*Catastro* ist von
der

der Zeit an beständig, als das Fundament der Verfassung der Grund-Steuern, angesehen, und durch eine fast 200jährige Observanz bestätigt worden.

44.

Vorstehende durch Landtags-*Acta* und Landes-Gesetze bewährte, von Herrn C. A. A. aber gänzlich vernachlässigte, Geschichtskunde widerleget sofort dessen kecke Behauptung S. 65., daß die dem schwächerem Theil des Landes von dem mächtigerem auferlegte, und bisher von ersterem gedultig getragene Bürde der alleinigen Besteuerung keine Verjährung begründen könne; daß das usurpirte Recht der Steuer-Freyheit gegen die Ordnung der Natur laufe, und dem Wohl des Ganzen Eintrag thue, mithin abgeschafft werden müsse; weil Verbindlichkeiten, so lediglich durch das Recht des Stärkeren eingeführt worden, auch durch das Recht des Stärkeren wieder aufgehoben werden dürfen.

Die

Die Vaterländische Geschichte zeigt uns keinen Zeitpunkt, wo die Ritterschaft mächtiger, als die Städte, oder, selbigen einige Lasten wider ihren Willen aufzubürden im Stande gewesen wäre. Von jeher waren die Bürger eben so frey, als der Adel, auch Mannlehn zu erwerben und zu besitzen fähig; wie *BIENER in Diss. de civibus Saxoniciis feudorum equestrium capacibus* gezeiget, und *HAUSSMANN* in obangezogener Abhandlung vom Verhältnüß des Bürgerstandes etc. mit mehreren Urkunden aus dem XIII. Jahrhundert belegt hat.

In Kriegen bewafneten die Städte ihre Bürger so gut, als die Ritter ihre reißigen Knechte. Der ganze Unterschied scheint darinnen bestanden zu haben, — denn die alte Geschichte verbreitet über den Ursprung der Lehne bey uns nicht Licht genug, um etwas gewisses behaupten zu können — daß die Bürger zu Fuß und nicht außer Landes, die Ritter aber nebst ihren Knechten zu Pferde dienen, auch solche Pferde selbst anschaffen und erhalten,

ten, und den Landes-Fürsten öfters in ihren kleinen Fehden inn- und auferhalb Landes zuziehen mußten.

Dafür, und für die Bewahrung der Landesfürstlichen Burgwarten, erhielten sie ihren Sold nicht in Geld — dessen damals zu wenig war — sondern in Grundstücken von Fürstlichem Eigenthum. Wenn es also darauf ankam, dem Landesherrn mit Geld unter die Arme zu greifen, so vertheilten die Städte die von ihnen verlangten Bethen unter ihre Bürger, und die Ritter steuerten von ihrem Eigenthum, gleich den Bürgern und Bauern. Aber von ihrem Sold konnte ihnen keine Steuer abgefordert werden; sonst hätte der Rosdienst darunter leiden müssen. Die solchergestalt hergebrachte, nicht aber durch Übermacht oder durch das Recht des Stärkern eingeführte Befreyung der Ritterlehne, wurde auch hernachmals, als fortdauernde Landes-Abgaben nothwendig wurden, auf den Landtügen, wo Ritterschaft und Städte zu gemeinschaftlichen Bewilligungen zusam-

H

men

men kamen, für bekannt angenommen. Die Städte, so doch vor 200 Jahren auch ihre Rechte und Vorthelle verstanden, und keiner Übermacht zu weichen nöthig hatten, sahen keinesweges solche Befreyung, nebst deren Ao. 1628. mit ihrem freyen Beytritt gemachten Erweiterungen, als der Ordnung der Natur zuwider laufend, an.

Zwar sollen sie sich deshalb hernachmals 1651. 1664. und 1681. gereget haben. Allein ein Widerspruch, der ohne Wirkung bleibet, und in dem offenstehenden Wege Rechtens nicht fortgestellet wird, bestärket vielmehr das Recht des im Besitz sich befindenden Gegentheils, als dafs es solches entkräften sollte. Auch ist in gegenwärtigem ganzen Jahrhundert davon nicht weiter die Rede gewesen, bis auf dem Landtag 1793. die Deputirte einiger der kleinsten Städte, vom Geist der Zeiten hingerissen, sich beykommen lassen, darüber einen Staub aufzutreiben.

45.

Unter einer weisen und gerechten Regierung ist jede Berufung auf das Recht des Stärkern (§. 44.) der bürgerlichen Ordnung zuwider, mithin strafbar. Sie verdienet aber vielmehr Mitleiden, wenn sie sich ohnüberlegter Weise äulert, ohne die Mehrheit der Stimmen, und die damit verbundenen Kräfte berechnet zu haben.

Um solche zu überschlagen, muß zu-
 förderst die Frage untersucht werden: Wer
 denn die Nation, oder vielmehr der Theil
 der Nation sey, dessen Zutrauen der Fürst
 durch Herstellung eines vollkommen glei-
 chen Verhältnüßes in den Abgaben erhal-
 ten soll?

Nun verlangen aber keine Veränderung
 in dem bisherigen Verhältnüßs

1.) der Landes-Fürst, der wegen seiner
 Cammer-Güter von jeher nicht zur Land-
 schaft gesteuert, wol aber von deren Er-
 trag einen sehr beträchtlichen Theil zum
 Schutz und zur Wolfahrt des Landes auf-

gewendet hat: Und der bey aufhörender Freyheit der Ritterlehne von selbigen weiter kein Donativ, — so zwar bey der Steuer eingenommen, aber als etwas, so nicht unter der allgemeinen Landes - Bewilligung begriffen, zu seiner Privat-Casse eingeliefert wird — erhalten könnte; vielmehr sich selbst die Besteuerung der ihm anfallenden und bereits angefallenen Ritterlehne, so wie derer den Cammer-Gütern einverleibten, vorher beschockten, Grundstücke gefallen lassen müste.

2.) Die Besitzer der Ritter-Güter, welche mit Einschließung der Domainen, nach der Angabe des Herrn C. A. A. Seite 54., die wir ihm zu Gefallen auf einen Augenblick für bekannt annehmen wollen, den größten, oder wenigstens den besten Theil des Landes ausmachen; deren Stimmen deshalb doch wol auch gezählt zu werden verdienen, besonders wo es auf *jura singulorum* ankommt.

3.) Der unter den Cammer- und Rittergütern gefessene Landmann, der gleich-
wol

wol in der Bevölkerung sich zu den Städten, wie 2 zu 1 verhält.

Dieser soll sich, nach der an nur angeführtem Orte befindlichen Versicherung, „schon zu helfen, und seine Abgaben auf „die Preise der nothwendigen Lebensmittel, die er den Städten zuführet, zu „schlagen wissen.“

Der ohngedungene Sachwalter der Städte vergisst aber hierbey, daß hinwiederum auch der bürgerliche Kauf- und Handwerks-Mann sich sehr wol darauf versteht, seine Abgaben auf den Preis der dem Landmann ohnentberlichen Waaren zu schlagen. Überhaupt aber steht der Landmann, besonders gegenwärtig, zu gut, um eine Veränderung, wobey er nichts gewinnen könnte, zu wünschen; und, wenn es auf den Gebrauch des Rechts des Stärkern ankäme, so möchte der Städter, von dem er sich durch den Bier- und Innungs-Zwang bedrückt zu seyn glaubet, sich schwerlich seines Beystandes zu erfreuen haben.

4.) Eben so wenig würden zu einer Veränderung stimmen die Besitzer derer zu den Rittergütern angekauften Grundstücke, so sonderbar befreyet, und bis zum Jahr 1628. der Besteuerung überhoben gewesen;

5.) Die Besitzer der bürgerlichen Güter, so sonderbare Befreyung vorzuweisen haben, oder niemals nichts an Land-Steuer entrichtet haben;

6.) Die Besitzer der Freyhäuser in Städten: Alle *sub Nis.* 4. 5. 6. bemerkte in Verfolg des Steuer-Ausschreibens von 1628.

7.) Die Städte selbst, so Rittergüter besitzen, z. B. Leipzig, Wittenberg, Freyberg.

8.) Die Städte, so von Alters her ganz, wie z. B. Schöneck, oder zur Hälfte, wie z. B. Weissenfee, von Steuern befreyet sind:

9.) Die Bergstädte, so vermöge der *Resolut. Grav. de 1601. Tit.* von Cammer-Sachen §. 48. nur die Hälfte der Land- und Trank-Steuern, sowol in ordentlichen, als
außer-

außerordentlichen Anlagen, entrichten; ohnerachtet bey verschiedenen unter ihnen der Bergbau nicht mehr, als der Ritterdienst bey den Lehen, im Gange ist.

10.) Die Theilhaber an den Bergwerken, denen Verfassungsmäßig die Grundsteuern von allen zum Betrieb der Gruben erkauf-ten Grundstücken abgeschrieben werden.

11.) Die Nutznießer derer von Steuern befreieten geistlichen Güter und milden Stiftungen.

46.

Alle diese Grundbesitzer haben ein Recht auf Steuer-Freyheit, das ihnen so wenig, als irgend ein anderer Theil ihres Eigenthums, wider ihren Willen durch einen Macht-Spruch entzogen werden kann. Dieses Recht beruhet, so viel die Rittergüter anlanget, nicht auf persönlicher Freyheit oder ehemaligen Ritterdiensten des Adels, sondern auf dem ursprünglichen Lehns-Vertrag, zwischen selbigem, und dem ihm das *Dominium utile* seines von jeher be-

freyeten Cammer-Guts überlassenden Lehn-
herrn; und auf der nachhero hinzugekom-
menen Übereinstimmung der auf Landtügen
versammelten Ritterschaft und Städte:

In Ansehung der übrigen befreyeten
aber auf Herkommen, Verjährung, auf ei-
genen Bitten der Stände, und erfolgten
Landtags-Schlüssen.

Die Befreyung der Rittergüter kommt
auch denen Personen bürgerlichen Standes
zu statten, in deren Händen sich ein gros-
ser Theil derselben befindet. Auf die von
Herrn C. A. A. Seite 64. aufgeworfene Fra-
ge: Wer hiefs die Besitzer auf ewige Steuer-
Freyheit rechnen? ist die Antwort leicht
und ausreichend: Öffentliche Treu und
Glauben. So lange diese noch in Ehren
und Würden bleiben — und wehe dem
Lande, wo sie ein Spiel der hinter neue
Meinungen sich versteckenden Leidenschaf-
ten und Factionen werden! — so lange
muss jeder Bürger des Staats, er besitze
nun ein befreyetes, oder ein beschocktes
Grundstück, sich auf öffentlich geschlosse-
ne

ne und gerichtlich bestätigte Contracte, als auf ohnumstößliche Gründe seines Besitz-Standes und Eigenthums, verlassen können.

47.

Da der Besitz-Stand anerkannt ist, auch auf *bona fide* und *justis titulis* beruhet, so würde, wenn anders nicht bürgerliche Ruhe und Ordnung unterbrochen werden soll, dasjenige Ständische *Corpus*, so die Steuer-Freyheit anfechten wollte, das *Petitorium* im Wege Rechtens anstellen müssen.

Für die Besitzer der Rittergüter würde es solchenfalls Pflicht seyn, den Lehnherren um rechtlichen Beystand anzugehen, da, wenn sie verlieren sollten und könnten, die natürliche Folge davon seyn würde, daß auch das Lehnherrliche Eigenthum seine ursprüngliche Freyheit verlöre, ja die ganze Lehns-Verbindung, so forthin dem Lehnmann nur Beschwerlichkeit und Kosten verursachen, aber keinen Vortheil gewähren würde, aufgehoben werden müßte.

Es würden aber auch die klagenden Städte *exceptionem: Tua non interest, quae omnem agentem repellit,*

WERNHER P. I. Observ. 203. n. 6.

aus dem Wege zu räumen, und ihr dabey habendes Interesse zu erweisen haben. Denn sie irren sich, wenn sie glauben, daß sie zeither den Antheil der Rittergüter an den gemeinen Lasten übertragen hätten, oder daß durch deren Besteuerung ihr Antheil sich vermindern werde. Die gegenwärtigen Abgaben sind durch die Landes-Bewilligungen jedem Contribuenten nach seinen eigenen Kräften zugemessen.

Daß sie, wenigstens im Ganzen, erträglich sind, hat das Einkommen bey dem Steuer-*Aerario*, und besonders die seit letzter Bewilligung von 1793. erlangte Übermalse dargethan. Die Besteuerung der Rittergüter und übrigen befreyeten würde also nicht den gegenwärtig steuerbaren Unterthanen, sondern besagtem *Aerario* zu gute kommen: Und da muß doch billig ein jeder warten, ob der Landesherr, so bey der

in

in seinen Finanzen eingeführten und standhaft gehandhabten guten Ordnung seit 30 Jahren, außer Kriegs-Zeiten, dem Lande keine neue Grund-Steuer angefonnen hat, dergleichen Zuwachs für das gemeine Beste nothwendig erachten werde.

48.

Auf dem Landtag von 1793. erschien eine Vorstellung der allgemeinen Städte an den Engern Ausschufs des Städtischen *Collegii*, die mehr Aufsehen wegen des darinn herrschenden, und auf unsern Landtügen zeithero ganz ungewöhnlichen Tons, als wegen der Wichtigkeit der darinn enthaltenen Ideen, erregte; und von welcher des Herrn C. A. A. Schrift in mancher Rücksicht nur der Nachhall ist. Diese, ohne auf alle vorstehende Betrachtungen und die daraus entspringenden rechtlichen Gegensätze einzugehen, vermeinet eine Schuldigkeit der Ritterschaft, den Städten einen Theil ihrer Lasten abzunehmen, auf die allzugroße Ungleichheit der Abgaben von einem Rit-

Rittergut und von einer Stadt, wenn beyde von gleichem Flächen - Inhalt angenommen würden, und auf den allgemeinen Verfall der Städte zu begründen. Es ist nöthig, die bey beyden Gründen zu Schulden gebrachten Rechnungs - Irrthümer näher zu beleuchten, damit nicht mancher, der nicht nachrechnen kann, sie für ohnbezweifelte Wahrheiten annehme, und sich dadurch von Prüfung der daraus gezogenen Schluss-Folge abhalten lasse.

49.

Bey dem ersten Punkt nimmt der Verfasser zur Vergleichung der Abgaben von einem Rittergut und einer Stadt, gleichen Flächen - Inhalts, an, der Besitzer des Ritterguts zahle nur von 1 Ritter - Pferd jährlich - höchstens 20 Thaler und an Personen - Steuer 2 Thaler: mittlerweile die Stadt

1100 Thlr. an Schock - und Quatember -
Steuern,

100 — an Land - Accise,

1200

Tsp. 1200

Tsp, 1200

50 — an Geleite,
 1800 — an Generalaccise,
 200 — an Personen-Steuer,
 300 — an erblichen Gefällen, Zin-
 sen etc.
 150 — an Fleisch-Steuer,
 150 — an Service.

3850 Thlr. in Sa. entrichte.

Herr C. A. A. zieht beyde Summen kurz zusammen, und findet daraus das Verhältnüß, wie 1 — 180.

Es ist dem Verfasser jener Vorstellung von 1793. wol zuzutrauen, daß er, als Deputirter einer kleinen Stadt, selbige zum Muster genommen, und nur runde, keinesweges aber geflissentlich falsche, Zahlen gesetzt haben werde: Obwolen in den beyden Zahlen von 1100 Thaler für Schock- und Quatember-Steuern, und 1800 Thaler für General-Accise, vielleicht, wenigstens zum Theil, ein doppelter Ansatz liegen möchte, da ein großer Theil der Schock- und Qua-

tem-

tember - Steuern von der General - Accise übertragen wird.

Allein die daraus gezogene Folge, daß besagte Stadt dadurch in 20 Jahren um 77000 Thaler ärmer worden, ist irrig. Denn die Bürger haben ihre Abgaben, nicht von ihrem Haupt - Stamm, der außerdem vorlängst erschöpft worden seyn müste, sondern von dessen Ertrag genommen, und sind mithin dadurch nicht ärmer worden. Das Beyspiel der Englischen Nation zeigt, daß man bey hohen Abgaben sogar reicher werden könne: So wie hingegen die Erfahrung lehret, daß einige unserer Städte bey halber oder ganzer Steuer - Freyheit nicht reicher, als andere, worden sind.

Die Abgaben des Rittergutes kann man nicht zuverlässig nachrechnen, so lange man nicht weiß, welches Gut der Verfasser im Sinne gehabt hat.

Schwerlich wird ein Rittergut, dessen Flächen - Inhalt dem Weichbild einer ganzen Stadt gleich käme, nur 1 Ritter - Pferd zu vergeben haben: wol aber giebt es manche

che geringere, die deren 3, 4 und 5 über sich haben. Sodann giebt das Rittergut, eben sowol als die Stadt, Land - Accise, Dorfhandlungs - Accise, Fleisch-Steuer und Trank-Steuer, in soferne es des Brau-Urbars berechtigt ist. Ferner ist der Flächen-Innhalt eines Ritterguts keinesweges ganz, ja nicht einmal zum größten Theil, als steuerfrey anzunehmen. Schwerlich wird ein Gut ohne steuerbare Zubehörungen seyn; ja diese machen bey vielen den größten Theil des Gutes aus. Auch ist unter dem Gut das zugehörige Dorf — auch wol deren mehrere — nebst der steuerbaren Länderey der Unterthanen mit begriffen; und es giebt mehrere Ritterschaftliche Dörfer, die den Landes-Cassen 2 — 3000 Thaler einbringen. Solchemnach sind vielleicht in einem Flächen-Innhalt von 200 Hufen nicht 20 Hufen wirklich steuerfreyes Land zu finden: Und diese 20 Hufen werden nicht, wie die 200 Hufen eines gleich großen Stadt-Weichbildes, in den Grund-Steuern von der General-Accise übertragen.

Die

Die Kosten der Beurbarung steigen auch, wie jeder Landwirth weiß, bey einem Gute um desto höher, je mehr Gesinde, Schiff und Geschirr darauf gehalten werden muß. Zwanzig Bürger, deren jeder 1 Hufe zu bebauen hat, brauchen weniger darauf zu wenden, als der Landmann, so 20 Hufen unter dem Pfluge hat; Und sie können die Erzeugnisse davon in ihren Häusern absetzen, mittlerweile der Landmann sie zum Markte fahren und erwarten muß, ob der Städter sie ihm abkaufen, und wie hoch er ihm dagegen seinen Kunstfleiß anschlagen will. Dahero denn auch ein Acker in Stadt-Weichbild gewöhnlicherweise höher im Preise steht, als ein beschockter Acker eines benachbarten, geschweige denn eines von einer nahrhaften Stadt entfernten Dorfes.

Aus allen diesen Umständen ergibt sich, daß es um die vorgespiegelte ohnerträgliche Beschwerung der Städte gegen die Rittergüter größtentheils ein leeres Blendwerk sey.

50.
Gesezt aber auch, es wäre etwas davon in der Wahrheit gegründet, was würde daraus folgen? Kann mein Nachbar, dessen Gut mit einer starken ohnablöslichen, 6 Procent verzinsenden Hypothek beschweret ist, von mir, der ich ein schuldenfreyes Gut besitze, mit Recht, oder auch nur der Billigkeit nach, verlangen, daß ich ihm einen Theil seiner Hypothek abnehme?

Das System der Gleichheit ist zeither noch nie bey uns, und selbst bey keiner Classe von Landes-Insassen unter sich angenommen worden. Es ist kein genaues Haupt - *Catastrum* im Lande vorhanden. Die Zahl der Ritter - Pferde stehet eben so wenig in Verhältniß mit dem Ertrag der Güter, als die Zahl der Schocke mit dem Ertrag der Häuser und Äcker in Städten und auf dem Lande. Alles kommt auf den Besitzstand und die alten Schatzungen an. Wird die daraus entstehende Beschwerde allzufühlbar, so wird solcher durch einzelne Revisionen und Moderationen abgeholfen.

Sollte eine durchgängige Gleichheit eingeführet werden, so müste solches nicht durch ein über Ungleichheit zu erhebendes Geschrey und leere Declamation, noch durch Schriftstellerische Autorität, sondern durch gründliche Landtägliche Verhandlungen und Landesherrlichen Auspruch geschehen. Allein auch in der Ausführung würden sich mancherley Schwürigkeiten zeigen, die denjenigen, so zeithero darüber geschrieben haben, gänzlich entgangen sind.

Da niemand sich willkürlich schätzen zu lassen schuldig ist, so müste vor allen Dingen, wie Ao. 1743. in Schlesien auf Befehl des Eroberers und mit Beyseitzung aller vorherigen Verfassungen geschehen, und von einem Eroberer allein geschehen konnte, ein allgemeines *Catastrum* über alle steuerbare und steuerfreye Grundstücke — der letzteren Freyheit möchte, auf welchem derer §. 45. angegebenen Titul sie wolle, beruhen — ja selbst über die Besitzungen der Stifter, Grafen und Herren — deren besondere Verfassungen und Verträge keine

keine mehrere Kraft, als die besondere Verfassung der Ritterschaft haben könnten — gefertigt werden.

Vielleicht würde sich dabey finden, daß die eigentlich steuerfreyen Grundstücke der Rittergüter nicht den größten und besten Theil, sondern kaum $\frac{1}{5}$ des Landes ausmachen, mithin das darüber erhobene große Geschrey bey weitem nicht verdienen. Sodann müste der Betrag der Schock- und Quatember-Steuern, in so ferne letztere von Grundstücken eingebracht werden, mit dem Ertrag der Grundstücke verglichen werden, um einen gleichdurchgehenden, und gleichwol auf Verschiedenheit der Lage und Güte Rücksicht nehmenden *Divisorem* auszumitteln. Wäre denn aber auch dieser gefunden, so dürfte doch die auf diesem Wege erzielte höchstmögliche Gleichheit in wenig Jahren wieder verschwinden, wenn der Ertrag des einen Grundstücks durch den Fleiß seines Besitzers sich vermehret, der Ertrag der andern hingegen sich durch dessen Nachlässigkeit vermindert haben wird.

Der Verfasser der Städtischen Vorstelluug von 1793. glaubt kürzer durch einen Machtspruch zum Zweck zu kommen. Er verstellct keinesweges seinen Haß gegen die Ritterschaft, die er mit den Besitzern der Rittergüter vermendet. Ohnerachtet sich kein Bauer willkürlich schätzen läßet, so ermächtigt er sich doch, das ganze *Corps* der Ritterschaft, ohne vorgängige Unterluchung ihres Vermögens, auf wenigstens eine Million Thaler jährlich zu schätzen, die selbiges, über das bisherige Donativ, halb zum Unterhalt der Armee, und halb zur Steuer - Credit - Cassc zahlen soll: dagegen die Abgaben des Landes, und insonderheit der Städte, um soviel erleichtert werden sollten.

Auch nicht ein Schein der Gerechtigkeit und eines billigen Verhältnüßes ist hierunter beybehalten worden. Die Ritterschaft soll ihren beschwerlichen Lehns - *Nexum*, und die *Adaeration* ihrer Ritterpferde über sich behalten, und gleichwol der ihr dagegen

gen zukommenden Freyheit beraubet werden. Da, wie aus den Landtags - Abschieden mit leichter Mühe nachgerechnet werden kann, die Bewilligungen derer von Land und Städten, — mit Inbegriff derer bey den Rittergütern befindlichen beschockten Zubehörungen — aufzubringenden Landes-Bedürfnüsse zeithero ohngefähr 2,380,000 Thal. betragen haben, so sollen davon künftig die steuerfreye Grundstücke der Rittergüter allein 1,000000 Thaler übernehmen! Der Verfasser muß ganz wunderbare Begriffe von den Schätzen und Reichthümern der Rittergutsbesitzer haben.

Wie würden aber die Staats - Bedürfnisse, der so heilige Landes - Credit, und die zum Schutz des Landes nöthige Armee, deren Unterhalt man keinem Probeltück überlassen kann, dabey gedecket seyn? wenn man sie ohne vorgängige Untersuchung auf einen *Fond* weisen wollte, dessen Existenz sogar bey einer solchen Überladung in kurzer Zeit aufhören müste.

C. A. A. schlägt S. 65. einen andern Weg ein. Er will zwar, um jenen Schein der Ungerechtigkeit zu vermeiden, denen Rittergütern die bisherige Steuer - Freyheit gelassen, jedoch selbige in den Landes-Bewilligungen mit einem *Don gratuit* ange-
setzt wissen, das wenigstens zur Unterhaltung der halben Armee, nach deren jedesmaligen *Etat*, hinreiche: da sodann zur Unterhaltung der andern Helfte die übrigen Staatsbürger sich um desto williger verstehen würden. Der Mann erweist dadurch, daß er weder von der Landes - Verfassung, noch von denen zur Unterhaltung der ganzen Armee nöthigen Kosten, noch von den wahren Kräften der Rittergüter, in so ferne sie steuerfrey sind, reine Begriffe habe. Die *Dons gratuits* der Ritterschaft gehören nicht zur Landes - Bewilligung, sondern *privative* dem Landesherrn, dem sie in einer besonderen Schrift dargeboten werden. Noch niemals haben sich die Städte das Recht angemaaßet, demselben wegen deren Anwendung

dung Ziel und Maafs zu setzen. Das Land unterhält, wie aus den Landtags-Bewilligungen und Abschieden sofort zu übersehen ist, keinesweges die ganze Armee nach ihrem jedesmaligen *Etat*; sondern bewilliget dazu nur überhaupt eine Million Thaler. Dagegen die dazu mit gewidmete Cavallerie-Verpflegung vom Landmann, ohne Beytrag der Städte, aufgebracht wird. Wer nur einmal den Verpflegungs-*Etat* von einem Regiment gesehen hat, kann leichtlich berechnen, daß eine Million Thal. zum Unterhalt der Armee, mit allem Zubehör, nicht zur Helfte zureiche; mithin das übrige vom Landesherrn aus seinen Cammer-Einkünften bestritten werden müsse.

Allein auch die Helfte jener Million kann den steuerfreyen Rittergütern eben so wenig, als die ganze Million aufgehört werden, ohne vorher das wahre Verhältniß der Rittergüter gegen das Ganze festzusetzen.

HAUSSMANN von Landtügen, S. 93. — 96. sieht ein, daß es eine Ungerechtigkeit seyn würde, denen Rittergütern ihre Steuer-Freyheit, wenigstens auf einmal, zu entziehen; glaubt jedoch, daß nach und nach ein beträchtlicheres Donativ gefordert, und wenn künftig einmal die Grund- Steuern erhöht würden, solche Erhöhung auch auf die Rittergüter gelegt werden könne. Er hält es der Pflicht eines guten Bürgers gemäß, auf die Begriffe aufmerksam zu machen, die man allgemein über jene Freyheit habe; und die einmal, sie möchten nun richtig oder unrichtig seyn, verbreitet wären, und mit anderen so sehr zusammenhängen, daß daraus, für die Regierung und den unterrichteten Bürger, Besorgnisse für die Zukunft entstünden.

Nun hat die Ritterschaft zeithero schon in Kriegs-Zeiten, wie z. B. Ao. 1778. und 1793. außerordentliche Beysteuern zum Besten des Staats übernommen; Sie wird auch hoffentlich dergleichen künftighin, so viel
in

in ihren Kräften stehet, zu leisten sich nicht weigern. Sie wird aber, wenn sie ihr Interesse versteht, solche nie mit der gemeinen Landes-Bewilligung vermengen, und dadurch ihren Mitständen den Grundsatz der Gleichstellung einräumen: Vielmehr sie in der Donativ-Schrift, da sie ohnehin nach dem Fuß der Ritter-Pferde aufgebracht werden, in die Hände des Landesherrn legen, und um Anwendung zu gewissem Behuf bitten: Und solche Bitte wird unter einer weisen Regierung nicht unerhört bleiben.

Die von einer gewissen Classe Menschen, die das wenigste Interesse an der Erhaltung des Staats haben, ausgebreitete Begriffe sind bekannt, jedoch hoffentlich unter ruhigen und ihr Gewerbe ordentlich abwartenden Staatsbürgern noch nicht allgemein, viel weniger so fest eingewurzelt, daß keine gründliche Belehrung dagegen Platz greifen sollte.

Sie hängen mit revolutionairen Grundsätzen so genau zusammen, daß man nichts

gewinnen würde, wenn man in der guten Meinung, um größeres Übel zu verhüten, Schwäche und Nachgiebigkeit dagegen zeigen wollte. Die geringere Classe von Staats-Bürgern, — unter denen man Mißvergnügen zu verbreiten suchet, damit, wo möglich, Unruhen daraus entstehen möchten, und unter deren Beyhülfe eine neue Ordnung der Dinge eingeführet werden könne, — irret sich sehr, wenn sie glaubet, daß ihre Erleichterung und Wohlfahrt den Urhebern solcher Grundsätze am Herzen liege. Nein! der Umsturz der ganzen Staats-Verfassung und alles Eigenthums ist ihr Zweck: Und ihr geheimer Wunsch, an die Stelle derer, so jetzo dem Staat vorgelegt sind, zu kommen, und, zu Beförderung ihres Eigennutzes, über ihre Mitbürger zu herrschen, wird durch keine Nachgiebigkeit in einzelnen Stücken befriediget werden. Wol aber ist der Staat schuldig, zur Sicherheit ruhiger Bürger, jene Unruhistifter mit Ernst und Nachdruck im Zaum zu halten.

HAUSSMANN selbst sagt daher im Eingang S. 2, sehr richtig: „Ich bin weit entfernt, jene kleinliche Nachgiebigkeit gegen die unkluge Forderung eines grund-
satzlosen Haufens zu loben. Der Schritt des Staats-Manns unserer Zeit muß von weiser Behutsamkeit, aber nie von Furcht und Unentschlossenheit zeugen.“

54.

Der andere Grund, dessen sich der Verfasser der Vorstellung von 1793. bedient, um die Mitleidenheit der Rittergüter zu erlangen, ist der angebliche Verfall der Städte. Nach seiner Versicherung sind Sachsens Städte das nicht mehr, was sie waren; vielmehr hat die Armuth ihren traurigen Wohnsitz in selbigen aufgeschlagen. Die vom siebenjährigen Krieg vor 30 Jahren in nicht wenig Städten zurückgelassenen Schutthaufen liegen noch öde vor unsern Augen da. Das baare Vermögen der Bürger reicht nicht hin zu Anschaffung der nöthigsten Bedürfnisse, die ihr Brod-

Brod-Erwerb erfordert: geschweige denn zur Wiedererbauung der vielen Wüstungen, deren allein

Annaberg	-	-	343
Buchholz	-	-	68
Herzberg	-	-	200
Marienberg	-	-	215
Oschatz	-	-	144 und
Pirna	-	-	60 zählen.

Die um die Städte herumliegenden Rittergüter und Cammer-Vorwerke haben alle Arten des Städtischen Nahrungs-Erwerbs an sich gezogen: Und darum wenden sich täglich mehrere bürgerliche Familien aufs Land.

Diese in hochtragischem Ton abgefaßte Declamation hat damals bey mehreren Städtischen Deputirten, ohne den Grund oder Ungrund davon näher zu untersuchen, Beyfall gefunden.

Die grellen Farben dieses Gemäldes hat vorgedachten Verfassers getreuer Schüler und Waffenträger, C. A. A., wo möglich, noch

noch härter aufzutragen sich bemühet. Er versichert S. 70. daß, wenn auch nicht in der Residenz und großen Handels-Städten, doch in den Provinzial-Städten, dem eigentlichen Sitz des Gewerbflusses, der Manufacturen und Fabricken, die Bevölkerung augenscheinlich und gar geschwind abgenommen habe. Bey Einführung des Mahl-Groschens hätten die Städte noch $\frac{1}{4}$ sämmtlicher Landesbewohner enthalten; im Jahr 1772. nur noch $\frac{1}{5}$.; und gegenwärtig sey nur noch $\frac{1}{7}$ in den Städten vorhanden.

55.

Ein Glück für Chur-Sachsen ist es, daß diese Declamationen, und, ohne irgend einen Gewährsmann anzuführen, aus der Luft gegriffene Behauptungen sofort durch ohnläugbare Thatfachen widerleget werden können. Der Mahl-Groschen ist zuerst im Jahr 1682. bewilliget, kurz hernach aber wieder abgeschaffet; hingegen 1766. von neu-

neuem eingeführet, und seitdem von den Städten freywillig beybehalten worden; die dagegen 3 Pfennige und 3 Quatember weniger, als das Land, steuren. Also seit 30 Jahren soll die Zahl der Stadt-Einwohner, die sonst gegen die Bewohner des Landes, wie 1. zu 4. gestanden, bis zu 1—7. herabgesunken seyn. Dergleichen so ohne alle Kenntniss des wahren Zustandes des Vaterlandes niedergeschriebene Behauptungen würden eher Verachtung, als Widerlegung, verdienen, wenn nicht zu besorgen wäre, daß sie, gleich manchen andern irrigen Sagen in der Staats-Wirthschaft, von anderen für baar Geld angenommen, nachgeredet und nachgeschrieben würden. Von der Bevölkerung eines Landes kann man ohnmöglich mit Grunde urtheilen, wenn man nicht die jährlichen Listen der Gebornen, Getrauten und Gestorbenen vor sich hat. Diese sind in Chur-Sachsen seit 1764. eingeführet, und die Haupt-Resultate davon auf die 20 Jahre von 1764-1783. in des Journals für ältere Litteratur und
neu-

neuere Lecture IIIten Jahrgang, im 1sten Heft, S. 78. gedruckt worden.

Wie solche nur zur Übersicht der Bevölkerung überhaupt dienen; Also zeigt hingegen nachstehender tabellarischer Auszug das Verhältniß der Städte und des Landes in denen Chur-Thüringischen, Meissnischen, Leipziger, Gebürgischen, Voigtländischen und Neustädtischen Creissen der Chur-Sächsischen alten Erblande, wovon hierbey eigentlich die Rede ist, für die gegebene Jahre:

Jahre	den Dörfern	
	Gebohrne	Gestorbne
1701.	37,812	37,857
1702.	37,017	37,537
1721.	37,524	37,823
1725.	37,170	37,431
1726.	37,210	37,413
1741.	37,400	37,370

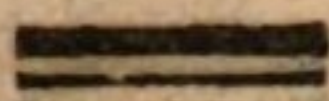
Es waren	In den Städten.				In den Dorfschaften.		
Im Jahr	Getraute.	Geborne.	Gestorbne.	Getraute.	Geborne.	Gestorbne.	
1766.	3835	17,541.	14,421.	7444.	32,400.	22,390.	
1773.	3995.	14,465.	16,195.	7793.	24,546.	23,743.	
1793.	4153.	17,869.	14,707.	8652.	36,126.	24,431.	
1794.	4386.	18,331.	15,349.	8351.	37,354.	21,952.	
1795.	4120.	17,614.	16,124.	7905.	36,017.	26,221.	
1796.	4325.	18,591.	17,592	8451.	37,815	27,827.	

Hieraus ergibt sich, daß im Jahr 1766. das Verhältnüß zwischen den Städten und Dörfern nicht wie 1 zu 4, sondern wie 1 zu beynahe 2 gestanden; daß im Jahr 1773. (da

(da das für Städte und Land in gleicher Maasse unglückliche 1772ste Jahr aus allen dergleichen Berechnungen weggelassen werden muß,) noch eben dieses Verhältnüß statt gefunden: daß solches auch noch gegenwärtig einerley sey; daß seit 1766. die Bevölkerung merklich, aber immer in gleicher Maasse in den Städten und auf dem Lande, gestiegen sey: Und daß solche bey ersteren sich auch seit 1793. nicht vermindert habe, ohnerachtet die von den Deputirten einiger unter ihnen gegen die Landes-Verfassung beschene Anträge von dem Landesherrn mit gerechtem Unwillen verworfen worden.

56.

Eben so ungerecht sind die Klagen über den Verfall des Wolstandes derer Städte überhaupt. Will man solche rechtfertigen, so gebe man bestimmt, und mit zureichenden Belegen, den Zeitpunkt an, wo Sachsens Manufakturen und Fabriken in besserem Flor und Aufnehmen, als jetzo, gestanden; wo mehrere Versendungen ins



Ausland, nicht allein über Leipzig, sondern auch aus den Provinzial-Städten, geschehen sind; wo die Masse des Geldes größer, als jetzo, gewesen ist; und wo man solches zu 4, auch zu $3\frac{1}{2}$. Procent hat haben können. Vor dem siebenjährigen Kriege, auch noch eine Zeitlang nach demselben, war man zufrieden, wenn man solches zu 5. auch 6. Procent finden konnte. Nun wohnen die meisten und größten Capitalisten warlich nicht auf dem Lande, sondern in den Städten.

Dass sie daselbst ihre Renten verzehren, mithin Geld in Umlauf bringen, beweiset unwidersprechlich das immer zunehmende Einkommen bey der General-Consumptions-Accise. Dass solches aber nicht allein in der Residenz und grossen Handels-Städten, sondern auch in mittleren und kleinen Provinzial-Städten geschehe, zeigen, um nur einige anzuführen, die Beyspiele von Mitweyda und Crimmitschau, wo zwey nun verstorbene rechtschaffene Männer, durch den bey ihrem Manufacturverlag erwiesenen

nen

nen Fleiß und gute Wirthschaft sich ein zum Ankauf ansehnlicher Rittergüter zu reichendes Vermögen erworben haben. Und sie haben solches nicht erwerben können, ohne viele Jahre hindurch tausenden ihrer Mitbürger Brod und Erwerb zu geben.

57.

Man darf sich hierbey die von dem Verfasser der Städtischen Vorstellung von 1793. angeführte viele wüste Baustellen in den Städten nicht irren lassen. Der siebenjährige Krieg, auf den die Schuld davon geschoben wird, hat keine Schutthaufen in Sachsens Städten zurückgelassen, ausgenommen zu Drefsden und Wittenberg. An ersterem Orte sind solche allergrößtentheils wieder aufgebauet: Zu Wittenberg noch nicht, weil diese Stadt, außer der Universität, wenige Nahrung hat.

Es giebt jedoch allerdings in mehreren Städten wüste Baustellen, die aber gegen deren Wolstand kein Zeugniß ablegen mögen.

Angenommen, daß die von jenem Schriftsteller aufgestellte Zahlen, S. §. 54., in der Wahrheit gegründet wären, so stehen sie doch mit dem Wolstand der nahmhaft gemachten 6. Städte — unter welchen Pirna bey seinem beträchtlichen Handel und Schiffahrt, so wie Oschatz bey seiner starken Tuch-Manufaktur, gewiß nicht über Mangel des Gewerbes zu klagen Ursache haben — in ganz keiner Verbindung. Es zeigt auch wiederum nachstehender Auszug aus oberwähnten tabellarischen Bevölkerungs-Verzeichnüssen, daß die Menschen-Zahl in gedachten 6. Städten seit 30. Jahren vielmehr zu- als abgenommen habe: Herzberg allein ausgenommen, wo sich einige Verminderung zeigt, und ein örtliches Gebrechen vermuthen läßet, so der Aufmerksamkeit einer weisen Regierung nicht entgehen wird.

Es sind gewe- sen zu	Herzberg			Pirna.			Oschatz.		
	Getraute.	Geborne.	Gestorbene	Getraute	Geborne.	Gestorbene	Getraute.	Geborne.	Gestorbene
im Jahr									
1766	16	111	59	30	232	179	16	125	96
1773	8	48	81	13	163	149	27	86	93
1793	7	74	44	42	154	128	32	157	81
1794	17	72	53	32	165	136	17	117	85
1795	12	75	77	31	149	160	22	127	110
1796	7	67	52	53	271	291	43	152	99

Es sind gewe- sen zu	Annaberg.			Buch- holz.			Marien- berg.		
	Getraute.	Geborne.	Gestorbene.	Getraute.	Geborne.	Gestorbene.	Getraute.	Geborne.	Gestorbene.
im Jahr									
1766	29	154	106	4	60	34	19	73	35
1773	31	109	163	19	31	39	26	77	94
1793	28	196	141	13	51	33	37	147	103
1794	29	196	122	7	54	25	20	130	88
1795	37	208	213	14	49	27	20	104	101
1796	33	190	209	19	53	54	26	133	114

Wenn Steuer-Schocke als ohnerträglich angegeben werden, so erfolgt nach vorgängiger Untersuchung deren Verminderung oder Verletzung aus der currenten in die moderirte oder Decrement-Classe. Es kann dahero der Fall wol nur selten vorkommen, dafs ein Bürger wegen allzuhoher Abgaben Haus und Hof verliesse: er müste denn ein schlechter Wirth seyn, und die Abgaben seit mehreren Jahren haben aufschwellen, das Gehöfte aber verfallen lassen. Die meisten wüsten Baustellen sind schon im vorigen Jahrhundert, und bey weit geringeren Abgaben, vorhanden gewesen. Sie rühren von örtlichen Feuersbrünsten, — wogegen damals noch keine Brand-Ver sicherungs-Casse vorhanden war, — auch wol vom dreyszigjährigen Kriege, oder gar noch von den verwüstenden Einfällen der Hufsitzen her.

S. Erledigung der Landes-Gebrechen von 1661. *Tit.* von Justitien-Sachen §. 103. Sie sind seitdem entweder von den Nachbarn,
als

als Gärten, oder auch von den Communen benutzt worden: und die nachfolgenden Einwohner des Orts haben sich auf andern Plätzen angebauet. Die Stadträthe sehen auch wol zum Theil deren Wiederaufbau nicht einmal gerne, aus Besorgniß, daß sie entweder ihre Gärten hergeben müßten, oder daß der Kauf-Preis und die Hausmiete der übrigen Häuser herunter gesetzt werden möchte.

Auch auf dem Lande finden sich wüste Feld-Marken in Menge, die noch die Nahmen der vormals darauf gestandenen Dörfergen tragen. Man sehe die Zürnerischen Land-Charten, besonders im Chur-Meißner und Thüringischen Kreisse.

Gleichwolen ist Sachsen gegenwärtig, bey dem erlangten hohen Grad von Cultur, gewiß nicht weniger angebaut und bevölkert, als vor dem dreyßsigjährigen, oder gar vor dem Hufsiten-Kriege. Die meisten dieser wüsten Feld-Marken liegen entfernt vom fließenden Wasser. Nachdem also

die Häuser von feindlichen Partheyen verwüftet worden, haben sich die Einwohner in die bessere Bequemlichkeit am Wasser habende Dörfer zusammen gezogen, solche vergrößert, und ihre Felder von da aus benutzet; in soferne sie nicht bey anhaltenden Bedrückungen des Krieges ganz wüste worden, und entweder mit Holz angeflo- gen, oder zu gemeinen Hutungs-Plätzen gebraucht worden.

59.

Da indess der Verfasser der Vorstellung von 1793., wie §. 54. berührt worden, von 6 Städten insbesondere die Wüstungen aufgezählet hat, so ist nöthig gewesen, die Richtigkeit dieser *Datorum* genauer zu beleuchten; damit sich daraus zu Tage lege, wie weit sich unterweilen die Kenntnüss derer auf Landtügen klagenden Städtischen Deputirten von der Beschaffenheit ihrer eigenen Städte erstrecke. Man hat zu dem Ende nicht allein in *Leonhardi* Erdbeschreibung der Sächsischen Lande nachgeschlagen, sondern auch bey den Steuer-Ein-
nah-

nahmen sämmtlicher benannten Orte die genaueste Erkundigung eingezogen. Daraus haben sich folgende zuverlässigere *Data* ergeben.

1.) Annaberg hat Ao. 1697. 294. ohnbewohnte Stellen gehabt. Davon sind, laut des Schock-*Catastri*, schon im Jahr 1604. 211. wüste gewesen, die übrigen aber im dreißigjährigen Kriege entstanden. Des daselbst blühenden Posamentirer- und Spitzen-Gewerbes ohnerachtet, hat die Zahl der Wüstungen in diesem Jahrhundert zugenommen. Anno 1793. sind deren nicht 343., sondern 349. gewesen, seit 1793. aber deren 4 wieder angebauet worden.

2.) Buchholz hatte 1697. 103. Wüstungen, worunter $57\frac{1}{2}$. noch vom dreißigjährigen Kriege herrührten. In diesem Jahrhundert hat sich der Ort durch das Gewerbe der Posamentirer und Karten-Mahler dergestalt erholet, daß 1793. statt der angegebenen 68. nur $59\frac{1}{2}$. Wüstungen vorhanden gewesen sind; zu welchen jedoch neuerlich noch eine gekommen ist.

3.) Herzberg hatte im Jahr 1697. 271 Wohnungen, und 131. Wüstungen. Die Nahrung des Orts bestehet in Ackerbau, Viehzucht, Brauerey, Handel mit Hirse, auch Tuch- und Zeugweberey. Ohnerachtet der 1723. 1729. und 1757. vorgefallenen Brände, sind dennoch 1793. nicht 200., sondern nur 122. Wüstungen vorhanden gewesen, und von selbigen 4. neuerlich wieder erhoben worden.

4.) Marienberg hat im dreysigjährigen Kriege und durch die Brände von 1610. und 1759. allerdings viel erlitten. Im Jahr 1697. waren 240. Wüstungen daselbst. Die Stadt selbst hat aber in den Landtags-*Gravaminibus* von 1793. angeführet, daß davon, seit 1789. 35. von Grund aus neu, und meist massiv erhoben worden. Folglich konnten doch Ao. 1793. nicht mehr 215. Wüstungen übrig, und in der Stadt kein dringender Nothstand seyn.

5.) Oschatz, ein wegen seiner Tuchweberey nahrhafter Ort, war 1616. fast ganz
ab-

abgebrannt, und im dreyßsigjährigen Kriege von neuem ruiniret worden. Im Jahr 1697. zählte man daselbst 123., und im Jahr 1784. 144. Wüstungen; gleichwol waren 1753. nur 2641. und im Jahr 1789. 3250. Einwohner.

Im Jahr 1793. sind sogar 153. Wüstungen angegeben worden: Es haben sich aber seitdem zu 28. Stellen Annehmer gefunden; und die übrigen sind, gegen Verrechnung eines Theils der *Onerum*, zur Benutzung ausgethan worden; bis auf 10., die ganz caduc sind.

6) Endlich ist noch Pirna übrig, von welchem man bey seinem starken Gewerbe am wenigsten Klagen vermuthen sollte. Diese Stadt hatte 1697. 228. Wüstungen. Unter selbigen waren 13 Häuser, so 1639. wegen allzu naher Lage der Vestung Sonnenstein abgebrochen werden müssen, und 18., so bey der Schwedischen Belagerung sothaner Vestung zu Grunde gegangen.

Gleichwolen waren 1793. nicht 60, sondern nur 56 Wüstungen übrig; und auch
von

von diesen haben seitdem 4 Annehmer gefunden, 11 aber werden gegen Verrechtung eines Theils der *Onerum* genutzt. Diese Beyspiele mögen genung seyn, um zu zeigen, wie wenig aus der Zahl der Wüstungen auf den Wol- oder Übelstand eines Orts geschlossen werden könne.

60.

Man begehret indess nicht in Abrede zu stellen, daß es arme Städte gebe. In den größten und wolhabendesten Städten sind arme Bürger zu finden, die in ihrem Gewerbe und Nahrung, theils mit, theils ohne ihr Verschulden, eher zurück- als vorwärts kommen. Selbst in der Residenz erfordert die Armen-Casse die größten Ausgaben und stärksten Landesherrlichen Zuschüsse. Eben so sind die Städte unter einander selbst verschieden. Mittlerweile zu Chemnitz und mehreren Orten im Gebürge, bey dortigen weitausgebreiteten Manufakturen, der Platz zum Anbauen allenthalben zu enge wird, findet sich in manchem

chem kleinen Städtgen im Chur-Creisse nur selten ein neuer Anbauer. Überhaupt erhebt sich schwerlich eine blos vom Ackerbau und der Brauerey lebende Stadt jemals zu der Höhe und dem Wolstand, den Manufakturen und Handlung geben.

Selbst Landesherrliche Veranstaltungen und Aufmunterungen sind hierzu nicht hinreichend, weil vermögende Fabrik-Verleger nicht wol überredet werden können, sich an solchen Orten niederzulassen; mit denen auf eigene Landesherrliche Rechnung aber betriebenen Fabriken es nie langen Bestand hat. Der Ausspruch *SALOMONIS, Proverb. XXII, 2.*: „Es müssen Reiche und „Arme unter einander seyn: der Herr hat „sie alle gemacht“ bleibt daher ewig wahr, und läffet sich durch keine menschliche Klugheit, selbst durch keine Revolution abändern.

Die Pflicht der Menschlichkeit verbindet den Reichen, von seinem Überflus dem Armen zu statten zu kommen: Keinesweges aber stehet dem Armen das Recht zu,
eine

eine gleiche Theilung von dem Reichen zu verlangen, oder gar denselben zu plündern.

Sollte mithin eine Stadt keine Anlage haben, reich zu werden, oder auch durch Unglücksfälle von dem ihr angemessenen Grad des Wohlstandes zurückkommen, so ist mit allgemeinen Klagen eben so wenig ausgerichtet, als mit dem ungerechten Bestreben, die sie drückende Last auf andere Mit-Stände zu wälzen.

Vielmehr müssen örtliche Gebrechen örtlich untersucht werden, damit ihnen örtlich abgeholfen werden könne.

61.

Zu solchen allgemeinen Klagen gehöret auch diejenige, so die Städte vor länger, als 300 Jahren über die Beeinträchtigungen des ihnen zustehenden Brau-Urbars angefangen, und seitdem auf allen Landtagen fortgesetzt haben; dahingegen ihnen auch eben so oft von Seiten der Ritterschaft und des Landes widersprochen worden ist.

Einige verständige Stadträthe haben vorlängst eingesehen, das auf diesem Wege
der

der Sache nicht zu rathen stehe. Sie haben sich dahero durch Vergleiche mit den benachbarten Rittergütern und Dorfschaften, und durch Verbesserung ihres Bieres, selbst geholfen; und befinden sich wol dabey. Möchten doch auch andere diesem Beyspiel folgen, und nicht mit unnützen allgemeinen Klagen Zeit und Papier verschwenden! Herr C. A. A. gedenkt kürzer aus der Sache zu kommen, wenn er S. 67 ohne weitere Untersuchung behauptet, der Landmann habe ehemals sein Bier-Bedürfnüß den Städten abnehmen müssen: und die Rittergüter hätten diese Nahrung der Städte zur Ungebühr an sich gezogen. Eine solche selbstgenugsame Behauptung ist nun freylich leichter, als das mühsame und mit Nachdenken verknüpfte Nachschlagen der Landes-Gesetze.

Nichts wäre leichter, als solche durch allgemeines Verneinen des Vorderatzes abzufertigen. Denn nach dem natürlichen und ohnveräußerlichen Recht der Gleichheit und Freyheit, worauf der Geist der
Zei-

Zeiten, in Sachen des Bürger-Standes gegen die Ritterschaft, sich so gerne berufen, hat schlechterdings niemand ein Recht, den andern zu zwingen, daß er das von ihm gebrauchte Bier, und kein anderes, trinken solle. Hat er aber auch, auf welche Art es wolle, ein Recht erlangt, daß niemand außer ihm ein Brauhaus oder Schenkstätte anlegen solle, so empöret sich gleichwolen der gesunde Menschen-Verstand, wenn verlangt wird, daß, um des von der Ausübung des Bier-Zwangs zu gewartenden Gewinnstes willen, der selbigem unterliegende Mitbürger schlechtes, oder auch nur für seinen Gaumen und seine Gesundheit sich nicht schickendes Bier trinken soll. Es ist aber auch dergleichen widersinniger Zwang nicht einmal ausführbar; denn der Durstige kann sich durch andere Mittel, als Wein, Wasser und *Caffé* helfen, oder über die Gränzen des Bier-Zwanges zu Biere gehen.

62.

Allein man kommt hierbey, so wenig als bey der Steuer-Freyheit der Rittergüter, mit bloßen Raifonnements durch, wenn man nicht dasjenige, was Thatfache, und in den Landes-Gesetzen bestimmt ist, zu Hülfe nimmt.

Unsere freye Vorfahren, *quibus potui humor ex hordeo aut frumento, in quandam similitudinem vini corruptus* (Tacit. Germ. c. 23.) ließen sich gewisslich noch nichts von einem Bier-Zwange träumen. Als hernachmals Städte angelegt wurden, und Gewerbe und Handwerker sich in selbige zogen, konnten durch vereinigten Fleiß und Kosten-Aufwand weit leichter auch zum Bierbrauen die nöthigen Häuser, Bottiche, Kessel und andere Vorrichtungen in den Städten angeschaffet, auch gelernte Brauer bestellet werden, als solches dem einzelnen Landmann möglich war. Hätten die Städte fortgefahren, die Sache solchergestalt Innungsmässig zu betreiben, so würde der Landmann ihnen darunter

L

schwer-

Schwerlich haben nach- und gleichkommen können. Nachdem aber hin und wieder einzelne Bürger pfuschermäßig und schlecht zu brauen anfiengen, und der wolhabender gewordene Landmann den Vortheil, den ihm die selbst zugezogene Gerste, und die Mastung seines eigenen Viehes vorzüglich gewährte, einzusehen anfieng, entstanden Brauereyen auf dem Lande, die mit den Städtischen wetteiferten.

In der Natur der Sache und in der Billigkeit lag kein Grund, dem Landmann die Vortheile, so ihm seine Lage und Wirthschaft darbot, zum Vortheil des bürgerlichen Gewerbes und zum Nachtheil des Ganzen abzuschneiden. Allein der Bürger bezog sich auf die ursprüngliche, doch mehr durch das Herkommen, als durch Gesetze, zu erweisende Verfassung der Städte, und auf die ihm daher zustehende Innungs-Rechte. Wenn die vom Canzler von Ludwig in seiner bekannten *Diff. de Opifice exule in pagis C. III. §. 4* zum Behuf des Städtischen Innungszwangs angeführ-

ten

ten alten Schriftsteller wirklich das sagten, was sie seiner Meinung nach sagen sollen, so wäre freylich die Sache auf einmal ausgemacht.

Allein *WITTEKINDUS*, *L. I. p. 639. edit. Meibom.* saget von Heinrich I. König der Teutschen nicht mehr, als dieses: *Concilia et omnes conventus atque convivium in urbibus voluit celebrari, in quibus extruendis diu noctuque operam dabat. Vilia autem olim extra urbes fuere munia.* Es ist allerdings an dem, daß der König, um seine neuen Städte zu bevölkern, eine Menge Handwerker vom Lande in selbige gezogen, und selbige von dem Flecken der Knechtschaft befreyet hat; weswegen auch Ludwigs Emendation der letzten Zeile, wo er statt: *Vilia autem nulla moenia; vilia olim munia* liest, sich gar wol hören läset. Allein, wenn er aus den *conventibus collegia opificum* machet, so ist dieses eine ganz eigenmächtige Erklärung: Und er wird dabey weder von *CONRADO BOTHONE*, noch von *GOBELINO* unterstützt. Ersterer

sagt in *Chronic. Brunswic. p. 395. De Keyser bot, dat neyne Hochtyt, neyne Market, noch Teyverne, kopen und verkopen scholde bedrive, wann in den Steden: Und der letzte drücket sich in Cosmodrom. e. 47. p. 247: folgendergestalt aus: Henricus mandat, quod nulla esset taberna seu forum aut conventiculum vel solennitas aliqua, nisi tantum in civitatibus. Keiner von beyden redet von collegiis opificum.*

König Heinrich wollte keine feyerliche Zusammenkunft anders, als in den Städten, gehalten wissen. So wenig aber er dadurch den freyen Leuten, auf dem Lande zu hey-rathen oder unter sich zusammenzukommen, verboten hat: So wenig kann seine Meynung gewesen seyn, ihnen zu unter-sagen, daß sie durch ihre Knechte und Unter-sassen dasjenige, wozu selbige im Kopf und Hand Geschicklichkeit genung befäßen, fertigen lassen möchten.

Allein die Sache machte sich bald von selbst. Die mehreren in den Städten versammelten Handwerker traten in geschlossene

sene

sene Gesellschaften zusammen, und beredeten sich, niemand unter sich aufzunehmen, der nicht bey ihnen gelernet hätte. Die Handwerker auf dem Lande waren einzeln nicht im Stande, ihnen das Gleichgewicht zu halten, und gleichgute und wolfeile Waare zu fertigen; und mußten sich daher darauf einschränken, im kleinen und ohne Gefellen zu arbeiten, weil die, so bey ihnen gearbeitet hatten, in den Städten nicht gefördert wurden. Den Städtischen Gesellschaften hielt es daher auch nicht schwer, die Bestätigung der von ihnen entworfenen Innungs-Artikul, und des darinnen bedungenen Verbiets-Rechts von dem Landesherrn zu erlangen.

63.

Auch die Bierbrauerey ward, gleich andern Handwerkern, in den Städten Innungsmäßig betrieben. Doch braueten die Rittergüter ihren Tischtrunk, und Dorf-Gemeinden, die es vermochten, ihr Kessel-Bier: Nur zum feilen Verkauf sollten sie

nicht brauen. Der zu Anfang des XIII. Jahrhunderts geschriebene Sachsen - Spiegel sagt *Lib. III.* des Land-Rechts, *Art. LXVI.* „Man mag keinen Markt bauen dem andern auf eine Meil zu nahe.“ Das erklärt die Lateinische Glosse folgendergestalt: „*Habent singulae civitates fundatum de jure hoc privilegium, ne infra miliare circum circa habeatur vinum et cerevisia aliena venalis, et ne fiant brasia aut decoctiones hujusmodi.*“ Es war demnach damals schon dem Bier-Zwang die Gränze von einer Meile gesetzt.

Eine eben dieser Meile Erwähnung thutende Urkunde von 1379. hat der jezige Herr Geheime Finanz-Rath, P. C. W. Graf von HOHENTHAL, in seinem *Libro de Politia* §. *XCIV.* aufbewahret. Landgraf BALTHASAR in Thüringen empfahl nemlich seinen jezigen und künftigen „Amtleuten zu Ziegenrück, wie er des mit seinem Bruder über-
„eingekommen sey, auch bey andern leihen Städten seinen Amtleuten empfohlen
„habe, das sie in ihrer Pflege bey einer
„Meile

„Meile Weges nirgend neue Handwerker
 „noch Kretschmar haben noch leiden soll-
 „ten. Wo aber vor Alters Kretschmar ge-
 „wesen, die möchten wol schenken; aber
 „sy sollen nicht melzen noch bruven, son-
 „dern sy müssen das Bier kaufen in unsern
 Städten. etc.

Dem allen ohnerachtet mochte wol das
 Bierbrauen und Schenken auf dem Lande
 immer mehr überhand genommen haben.
 Denn hundert Jahre hernach giengen die
 Städte hiesiger Lande Churfürst Ernst
 und Herzog Albrechten an, und klagten,
 gerade wie sie noch gegenwärtig thun, daß
 sie bey entstehender Hülfe in die Länge ver-
 wüßtet werden würden. In der Landes-Ord-
 nung von 1482. ward darauf aus „Fürstli-
 „cher Macht und Gewalt anbefohlen,
 „daß niemand von den Prälaten oder der
 „Ritterschaft in seinem Hause oder in den
 „Dörfern auf seinen Gerichten und Gütern
 „anders, denn für seine Hausshaltung, und
 „nicht für den Kauf, brauen solle.“ Doch
 „werden ausgenommen, die das Brauen

„und Mälzen über Menschen Gedenken
„und verwährte Zeit rechtlichen herge-
„bracht haben; ingleichen die Erb-Kretsch-
„mar, unter gewissen Bedingungen. S.
„*Cod. Aug. P. I. S. 10.*

Churfürst Moritz erachtete es in einem
Auschreiben von 1557. (*Cod. Aug. P. I.*
S. 66.) dem Adelichen Stande ungemäfs,
sich mit Bierbrauen, Malzmachen und
Bier - Schenken, auch anderem bürgerli-
chem Gewerbe auf dem Lande abzugeben,
und gebot, daß die Prälaten, Grafen und
Herren, auch die von Adel und Bauern,
sich deffen gänzlich enthalten; welcher aber
aus Herkommen und über verwährte Zeit
geübten Gebrauch mit dem Brauen und
Mälzen berechtigt zu seyn vermeine, und
seinen Stand nicht bedenken wolle, binnen
Jahres Frist solches beweisen solle. Allein
um dieses vermeintlichen *Point d'honneur*
willen wollte niemand ein Gewerbe, so ihm
sicheres Einkommen gewährte, fahren las-
sen.

Chur-

Churfürst Augustus schärfte in den *sub 1 Octob. 1555.* auf Rath und Bedenken der Landschaft erlassenen Ausschreiben einiger Articul vorbemeldete Landes-Gesetze von neuem ein ; (*ibid.* S. 65. 67.) modificirte jedoch solche dahin, daß die von der Ritterschaft und andere Kretschmar im Lande, so des Brauens und Schenkens wollen befugt seyn, mit dem Beweifs nicht eher, sie werden denn von den Städten oder anderen derwegen angefochten, beladen werden, sodann aber binnen 2. Monaten Beweifs führen, oder wenigstens Commissarien ausbringen, und immittelst gleichwohl im Gebrauch des Brauens und Schenkens bis zu Erörterung der Sache bleiben sollen.

Wodurch denn die 1379. den Beamten aufgetragene officiële Aufsicht hinwegfiel. Dieses Schwanken in der Gesetzgebung beweiset genugsam, wie wenig die Landesherrn in einer an sich ungewissen Sache einen Theil für den andern zu begünstigen gemeinet gewesen. Es hat aber auch nebst der Dunkelheit des Gesetzes an sich, wie na-

türlich, mancherley Rechtfertigungen nach sich gezogen, die zum Theil entschieden, zum Theil verglichen worden.

Für den Chur-Creiß insbesondere, wo sich die Städte nicht nur mit der Ritterschaft, sondern auch unter sich selbst, über das gegen ihre Nebenmenschen auf dem Lande ausübende Zwangs- und Verbiethungs-Recht zankten, ward eine eigene Commission niedergesetzt, welche Ao. 1555. zu Grimma die Städte unter einander vertrug, und, da die von Adel nicht vor ihnen erschienen waren, wegen der Amtfassen, daß sie zufolge der alten Verträge kein Bier zu feilem Verkauf brauen sollten, verabschiedete, wegen der Schriftfassen aber sich Berichtserstattung an den Churfürsten vorbehielt. S. *Cod. Aug. I.* S. 1399. Des weiteren Ausgangs gedenket das Gesetzbuch nicht.

64.

Wol aber haben die Streitigkeiten im ganzen Lande fortgedauert. In der Erledigung der Landes-Gebrechen von 1661.

Tit.

Tit. von Justitien-Sachen §. 118. wurden deshalb Grundsätze zur Regel angenommen, so die Ansprüche der Städte in hohem Grad begünstigten, und gewiss von keiner Übermacht der Ritterschaft zeugten. Der Gesetzgeber bestimmt, daß, Handthierungen, Kaufmannschaften und Handwerke zu treiben, desgleichen Malzen, Brauen und Schenken eigentlich den Bürgern in Städten aus sonderbaren erheblichen Ursachen geeignet, und deren Wesen und Wolstand darauf gegründet sey; daher die Prälaten, Grafen, Herren und von Adel, auch die Ämter und andere Gerichtsherren, Bauern und Dorfschaften, sich solcher bürgerlichen Handthierung enthalten, auch Standes- und adeliche Personen ihres Ritter-Soldes und Güter, die Bauern aber ihres Pflügens und Ackerwerks warten sollten, damit unter Standes-Personen, Adel, Bürger und Bauern ein Unterschied zu finden sey. Er befiehet darauf seinen Amtshauptleuten und anderen Gerichtsherren, wo die Städte einige zur Neuierung, ihren

ren Gerechtigkeiten zuwider, angelegte Malz- Brau- und Wirthshäuser angäben, der Landes-Ordnung gemäfs, ohne Verftattung langwierigen Prozelles, zu verfahren. Weil ſich aber dabey wiederum auf die Landes-Ordnung, und das darinnen denenjenigen von Adel und Dorffchaften, ſo deſſen aus Herkommen und über verwährte Zeit nicht berechtiget, beſchehene Verbot bezogen ward; ſo gieng die ganze Verordnung im Grunde nur auf neuerliche Anmaaßungen, hob aber den alten Streit nicht.

Es ward dahero im Jahr 1676. ein Vergleich zwifchen Ritterschaft und Städten verſuchet, und beyde Theile vereinigten ſich dahin, daſs forthin auf dem Lande unter keinerley Vorwand, und ſelbſt nicht auf Landesherrliche Conceſſion, inn- und auſerhalb der Meile ein neues Brau- und Malzhaus, oder Schenkſtädte angeleget werden ſollte. In Anſehung der Frage aber: Ob dieſes oder jenes Brau- und Malzhaus, oder Schenkſtädte neu oder alt ſey? wurden

den gewisse Grundsätze angenommen, wie es *in possessorio* und *petitorio*, ingleichen bey Bestimmung der Bier-Meile, und mit dem Zwangs-Recht über die außer der Meile gelegenen Dorfschaften gehalten werden sollte. Der Churfürst ratificirte solchen Vergleich mittelst Ausschreibens vom 31. Decemb. 1676. *Cod. Aug. I. S. 1649*; und wenn es bey den darinnen enthaltenen billigen Vorschriften geblieben wäre, so hätte die Sache wol dereinst in Ordnung kommen können. Allein, da nicht alles Privat-Interesse dabey seine volle Rechnung fand, so kam es auf den Landtügen von 1682. und 1688. von neuem darüber zum Streit. Die Ritterschaft reichte, wie aus der Landesherrlichen Resolution vom 5. Febr. 1688. (*Cod. Aug. I. S. 361.*) zu ersehen, ein neues Project ein: Die Städte aber brachen die darüber gepflogene Unterhandlungen ab: Und der Churfürst sahe sich endlich bewogen, anzuordnen, daß die aus der Brau-Convention von 1676. bisher angestellte Proceße, *salvo jure*, einige Zeitlang

lang *in suspenso* zu lassen, diejenigen Klagen aber, so aus den Landes-Ordnungen, und vor 1676. erfolgten *Constitutionibus*, *Pactis* und *Privilegiis* angestellet worden, oder noch angestellet werden würden, ungehindert fortgehen, auch es bey den bisher ergangenen *Judicatis* gelassen, und übrigen die Tractaten nächstens reassumiret werden sollten. Dieses ist seitdem nicht geschehen. Von Landtäten zu Landtäten haben die Städte über Verfall und Beeinträchtigung der Brau-Nahrung geklaget, und die Ritterschaft hat dagegen ihr Recht verwahret. Wenn auch die Städte, wie 1721. (*Codex August. P. II. S. 1946.*) geschehen, angewiesen worden, diejenigen, von denen sie sich beeinträchtigt zu seyn glaubten, *specificce* anzugeben, und sie solches bewerkstelliget haben, so ist doch immer wieder die alte Frage eingetreten, ob nicht jene des Brauens und Schenkens von Alters her berechtiget wären.

65.

Es fehlet also gar viel daran, daß der in der Allgemeinheit gewagte Satz, der Landmann habe ehemals sein Bier den Städten abnehmen müssen, erwiesen und entschieden sey. Der Streit darüber hat nun 300 Jahre gedauert, und beyde Stände haben seitdem, wie es die Zeiten mit sich brachten, zusammen in Noth-Stand, dann aber auch wieder, wie die Resolution von 1688. besaget, in gutem Aufnehmen sich befunden. So wenig also gesagt werden mag, daß die Städte vor 300 Jahren reicher, als jetzo, gewesen, obgleich in Ansehung des Verfalls immer einerley Sprache geführt worden; so wenig würde, wenn auch solcher Verfall wirklich vorhanden wäre, solcher von der Ausübung des Brau-Urbars auf den Rittergütern herzuleiten seyn.

Vielmehr liegt die Schuld davon zum Theil in der Wirthschaft der Städte selbst, wo man die in neueren Zeiten von der Landschaft bewilligten höheren Abgaben
auf

auf das Bier durch dessen Verdünnung in den Kellern wieder zu gewinnen gesucht, und sich in Ansehung dessen Vertriebs auf das Land bloß auf den Zwang verlassen hat, dem gleichwol die natürliche Freyheit und der Gaumen der Landleute jederzeit widerstreben wird. Dresden, Freyberg und einige andere Städte haben das Beyspiel gegeben, daß auch bey den gegenwärtigen Abgaben gutes Bier mit Vortheil gebrauet werden kann, wenn nur gute Ordnung eingeführet, der Brau-Urbar nicht von einzelnen Bürgern, sondern durch gemeinschaftliche tüchtige Brauer, betrieben, gute Gerste zu rechter Zeit gemeinschaftlich eingekaufet, tüchtiges Malz daraus gefertiget, der vorgeschriebene Schutt und Gufs genau inne gehalten, und der Verfälschung in den Kellern gesteuert wird. Zu allen dem gehöret Vereinigung zusammengesetzter Kräfte durch Association der Brau-Gewerken; wie schon vorbelobter Graf von HOHENTHAL, *de Politia* §. XCV. angerathen hat. Seitdem die Stadt Dresden

den diese Maasregeln befolget, ist bey den umliegenden Rittergütern die vorher allerdings sehr einträgliche Nutzung des Brau - Urbars um mehr als die Hälfte gefallen. Sogar das kleine Städtgen Oberwiesenthal im Gebürge hat durch Verbesserung seines Brauwesens sich dergestalt geholfen, das dessen Überschufs ihm nunmehr zu Aufbringung seiner Quatember dient.

Es ist dahero, da gleichwol auf dem Landtag 1787. die Städte die alte Klage über Verfall der Brau-Nahrung in der Allgemeinheit wiederholt hatten, 1793. in der Resolution *ad Gravamina, Tit.* von Justitz- und Policey-Sachen *ad* 8. ihnen der wolmeinende Landesväterliche Rath gegeben worden, ihrer Seits die Verbesserung des Brauwesens, und die Abbräunung guter, der Gesundheit zuträglicher, Biere sich besten Fleisses angelegen seyn zu lassen; als wodurch sothane Klagen sich zum Theil von selbst erledigen würden. Wird bey Fort-

hängigen Proceſſe, wozu die Interessenten in der Resolution *ad Gravamina* auf dem Landtag 1775. angewiesen worden, nicht zugleich dieser Rath befolget, so ist wirklich alles Gravaminiren auf Landtügen vergeblich.

66.

Wenn indess auch in manchen Städten wirklich weniger, als vor 100 Jahren, gebrauet, und dadurch nicht die Stadt, sondern die nur einen Theil der Bürgerschaft ausmachende Brauer-Zunft in Abnahme gerathen seyn sollte, so würde solches keine außerordentliche, oder in jenen angeblichen Beeinträchtigungen ihren Grund habende Erscheinung seyn. Eine Menge Menschen, so vordem Bier getrunken, besonders diejenigen, so sich etwas vornehmeres zu seyn dünken, haben sich in neueren Zeiten vom Bier ab- und an das Wasser gewöhnet, dagegen hat sich auch der Gebrauch des Caffé, der sonst nur in vornehmeren Häusern statt fand, bis zu den niedrigsten Volks-Klassen ausgebreitet. Ins-
be-

besondere hat sich auch der Geschmack an schweren und bittern Bieren sehr vermindert, deren Vertrieb vordem eine starke Nahrung für einige Städte war.

Zwar haben alle diese Umstände in den neuesten Zeiten keine Verminderung des Städtischen Brau-Urbars bewürket.

Die Tranksteuer-Register, die man einzusehen Gelegenheit gehabt hat, und die jeder Städtische Deputirte bey künftigem Landtage einsehen kann, erweisen vielmehr ein ansehnliches Steigen.

Denn in den Jahren 1790. 91. 92. 93. sind bey sämmtlichen Städten derer sieben Creisse hiesiger alten Erblande, mit Einschluss des Stifts Wurzen und der Grafschaft Stollberg 325,832. Vals; in den Jahren 1794. 95. 96. 97. hingegen 373,412. Vals gebrauet worden.

In den lezten 4 Jahren sind zwar 14. Städte um 717. Vals gefallen, hingegen 131. Städte um 48,297. Vals gestiegen: Welches denn im Ganzen ein *Plus* von 47,580.

Vals gewähret, bey dem hoffentlich vorerst keine weitere Klage über Abnahme der Brau-Nahrung statt finden wird.

Indefs könnte doch wol der Fall möglich seyn, dafs ein und andere Stadt ein beträchtliches weniger brauete, als sie zur Zeit der ersten Schatzung gebrauet hat, und dafs dahero die damals ihren brauberechtigten Häusern, oder ihrem Brau-Urbar überhaupt auferlegte Steuer-Schocke mit ihrer gegenwärtigen Brau-Nahrung in keinem Verhältnifs stünden. Könnte sie solches, und, dafs sie auch bey eingeführten guten Brau-Anstalten dennoch ihre Brauerey nicht wiederum zu dem vormaligen Flor zu erheben vermocht habe, erweislich machen, so würde sie nicht unbillig eine Revision und Moderation der Brau-Urbar-Schocke suchen können. Wie es denn auch nicht unbillig ist, dafs das Dorfbier, wo dessen Eingang in die Städte erlaubt wird, gewissen Abgaben, zum Besten des Städtischen Brau-Urbars, unterworfen werde.

67.

Von der Rubrick der öffentlichen Abgaben kommt Herr C. A. A. S. 73. auf die Dienstbesetzungen. Ohnerachtet der tiefen Verbeugungen, die er hin und wieder, z. B. S. 68. und 77. dem Adel machet, blicken doch seine gehässige Gefinnungen gegen dessen Vorzüge allenthalben hervor.

Mit Recht würde er sich, wie S. 82. geschehen, über den Reichthum des Adels beschweren, wenn solcher auf dessen Befreyung von allen Abgaben gegründet wäre. Allein der Verfassung nach ist der Adel seines Standes halber von gar keinen öffentlichen Abgaben, und als Besitzer von Rittergütern nur von den Grundsteuern, wegen derer dazu gehörigen, von Alters her unbeschockten lehnbaren Grundstücke, und von der Trank- auch Fleisch-Steuer wegen seiner Haus-Consumtion, befreyet: Und wie weit es mit dem vorgebildeten Reichthum gehe, ist am besten bey dem Lehnhofe zu erfahren.

Gleichergestalt würde es allerdings höchst ungerecht seyn, wenn auf einen Taugenichts, Wollüstling oder Dummkopf Adellicher Geburt, die Ehre, das Ansehen und die Belohnungen seines würdigen Vorfahren unbedingt übergehen sollten, wie S. 80. der Fall vorausgesetzt wird. Allein wenn gleich der Adelige Taugenichts etc. den Namen und die erworbenen Güter seiner Vorfahren erbet, so gut als der Bürgerliche Taugenichts etc. den Namen und die Güter der seinigen: So gehen doch Ehre, Achtung und Belohnung im Staat keinesweges durch Erbrecht über, wie die Beyspiele so mancher ganz unbedeutender Nachkommen großer Männer täglich zeigen.

Der Verfasser gestehet auch S. 119. selbst ein, daß der sonst so verschrieene Adelstolz sich bey unserem Adel je länger, je mehr, verliere. Wozu also die Anmerkung über die Erziehung der Adelligen Jugend? und wozu die Anführung derer Hindostanischen *Rajas*, S. 120., wodurch er nichts mehr beweiset, als daß er in Hindostan eben so we-

wenig, als in seinem Vaterland, zu Hause ist. Sonst würde er aus *Kleucker's* Abhandlungen über die Geschichte und Alterthümer von Asien, im IV. Buch haben lernen können, daß es sehr unschicklich sey, die Indischen *Parias* (nicht *Pavias*) mit Teutschen Bürgern und Bauern in Vergleichung zu stellen; da solche, als ausgestossene und unehrliche Menschen, von den 4. geehrten Casten, derer *Brahmanen* oder Geistlichen, derer *Kshedriads* oder Krieger, (woraus die Fürsten und *Rajas*, ohne einigen Anspruch auf 16. Ahnen, genommen worden) derer *Waischie'r*, so vom Ackerbau, Viehzucht und Handel leben, und derer *Schudrie'r*, so Künste und Handwerker treiben, gleich viel verachtet werden.

68.

Der Unterschied zwischen Adel, Bürger und Bauern ist einmal in der Landes-Verfassung gegründet.

Soll solcher nicht in leeren Worten beruhen, so muß jeder Stand gewisse Vor-

züge haben, in die der andere nicht eingreifen darf. Will also der Bürger sich nicht mit dem Bauer gleichstellen, noch von selbigem in seine Rechte eingreifen lassen, so muß er auch dem Adel seine Vorrechte lassen.

Worinnen bestehen aber diese? In der Freyheit von Abgaben gewiß nicht. S. §. 67. Also in dem Erscheinen auf Landtäggen, wozu bey dem *Corpore* der Ritterschaft, außer dem Besitz eines hierzu qualificirenden Rittergutes, der Beweis von 8. Adelichen Ahnen von Vater und Mutter gehöret. Da bekanntermaassen sehr viele und beträchtliche Rittergüter sich in den Händen solcher Besitzer befinden, die diesen Beweis nicht führen können, und die gleichwolen weit mehr Interesse an der Erhaltung der Wolfahrt des Landes haben, als mancher Besitzer einer kleinen Ritterhufe; so würde der alte Adel denenselben die Aufnahme in seine Genossenschaft zu verweigern keine Ursache haben, wenn nicht das Decret vom 15. Merz 1700. (*Cod. Aug.*

Aug. I. S. 367.) und die darauf sich gründende fast hundertjährige Observanz im Wege stünde.

69.

Doch da Herr C. A. A. vermuthlich kein Ritterguth besitzt, so übergehet er diesen Vorzug ganz mit Stillschweigen, und findet sich S. 74. nur darüber zu klagen berechtigt, daß der Adel nicht nur, als Stand, das Vorrecht der Verwaltung der hohen und wichtigeren Staats-Bedienungen verlange, sondern auch sich in die geringeren Einnehmer- und Aufseher-Stellen, wenn sie nur einträglich seyen, eindringe.

Unter den hohen Staats-Bedienungen, so dem Adel, als Stand, eigen sind, dürften wol mit Beyfall der Wahrheit keine andere, als die eigentliche Hofdienste, zu verstehen seyn. Vernünftige Männer vom Bürger- Stand haben sich schon mehrere Jahre her das Ansehen gegeben, als ob sie die Ehre, in den Vorzimmern der Fürsten aufzuwarten, vielmehr bemitleideten.

Schwerlich werden sie sich also nunmehr bis zum Neide darüber erniedrigen wollen.

Die wichtigeren, mit Behandlung der Geschäfte verbundenen Staats-Bedienungen sind so wenig bey uns, als in andern Teutschen Staaten, jemals ein Eigenthum des Adels gewesen. Es war vielmehr einmal eine Zeit, wo die gelehrteren *Doctores* den sich mehr den Kriegs- und Hofdiensten widmenden Adel beynahe ganz von der Beforgung der Staats-Geschäfte verdrungen hätten. Bey der Unterschrift der Urkunden des Westphälischen Friedens, der wichtigsten Staats-Verhandlung des vorigen Jahrhunderts finden sich unter den Chur- und Fürstlichen Gesandten, gegen 4 Gräfliche und Adelige, 9 Bürgerliche Nahmen. Hat seit der Zeit der Adel sich mehr auf die Wissenschaften geleyet, so verdienet er doch gewislich deshalb keinen Vorwurf.

Indess haben doch je und allemal bey uns Männer von bürgerlicher Herkunft im *Ministerio* und allen übrigen *Collegiis* gesessen, und sind nicht allein für ihre Person
sogar

sogar auf Landtügen zugelassen, sondern auch zum Theil Stammväter von Geschlechtern worden, die nunmehr Landtagsfähig sind. Selbst das obangezogene Decret von 1700. erkläret wirkliche Geheime Räthe von bürgerlicher Herkunft für Landtagsfähig. Die Raths- und Gerichts-Collegia werden ihrer Verfassung nach zur Helfte, und nunmehr zum Theil über die Helfte mit Räthen bürgerlichen Standes besetzt. Wie mag also S. 83, so ganz der Wahrheit ins Angesicht zuwider, behauptet werden, daß alle Stellen, vom Rath an bis zum Vice-Supernumerar - Copisten, von Adelichen und durch Adelige besetzt werden? Übrigens möchte man den Herrn C. A. A., der sich sonst ziemlich deutlich merken läßet, daß er ein Chur-Sachse sey, und Chur-Sachsen vorzüglich zum Augenmerk habe, wol fragen, wo er zu Hause sey, und was er sich eigentlich dabey gedacht habe, wenn er S. 75. ausrufet: Leider ist es bey uns so weit gekommen, daß mancher Fürst das Verdienst von bürgerlicher Geburt nur in
so

so ferne kennen lernet, als seine Günstlinge für gut finden, es ihm sehen zu lassen. Bey uns in Chur-Sachsen haben wir nur Einen Fürsten, der aber mit eigenen Augen siehet, und Beweise genung gegeben hat, daß Er auch Bürgerliches Verdienst zu schätzen wisse: der aber, weil Er gerecht und ohnpartheyisch ist, auch Adeliches Verdienst nicht zurücksetzet; und nicht alle Staats-Bedienungen Bürgerlichen, die sich selbst dazu fähig halten, und darnach, wie der Verfasser S. 88. seufzen, anvertrauet: ja der auch alsdenn nicht ungerecht handelt, wenn er, wie S. 74. geklaget wird, unterweilen bedürftige von Adel mit geringeren Diensten, die ihren Kräften angemessen sind, versorget: Da im Gegentheile bey der Armee, der eigentlichen Bestimmung des Adels, über 130 bürgerliche Officiers, — die von neuem Adel, ingleichen die Ingenieur - Artillerie - und Pontonnier - Corps ohngerechnet, — angestellet sind: Wie in BACHENSCHWANZENS Stand der Armee auf

das

das Jahr 1797. leichtlich nachgezählet werden kann.

70.

Mehreren Grund möchte noch die Klage S. 89. wegen allzugeringer Befoldungen für sich haben. Der Werth des Geldes ist seit 50 Jahren Landkundigermaaßen gefallen, und der Preis aller Lebensbedürfnisse dergestalt gestiegen, daß mit demjenigen, wovon man vormals reichlich leben konnte, gegenwärtig gar schwerlich auszukommen ist. Bey uns hat der Landesherr es nicht daran fehlen lassen, mehrere neue Befoldungen, besonders zu Beförderung der Gerechtigkeits - Pflege zu stiften. Allein freylich gewähren weder die alten noch die neuen den Dienern des Staats ein dergestaltiges Auskommen, daß davon, wie vordem, auch noch etwas zurückgeleget werden könnte.

Welcher Staat ist aber auch wol im Stande, alle diejenigen, so sich bey unserer so hoch gestiegenen Cultur auf die *Studia*,
mit

mit unter auch nur auf die Schreiberey, legen, anzustellen, und, wenn sie angestellt sind, nach ihrem vollen Bedürfnüß zu versorgen? Es gehet keine Stelle auf, sie sey groß oder klein, so finden sich zwanzig Candidaten dazu, die, demjenigen, was Herr C. A. A. S. 92. behaupten will, gerade entgegen, ihre Anstellung, als die allergrößte Gnade, nicht des Staats, sondern des Landesfürsten, ansehen. Man sagt ihnen im voraus, daß, bey der Menge der ihnen noch vorgehenden Supernumerarien, die Einrückung in eine ordentliche Besoldung erst in mehreren Jahren an sie kommen könne. Immittellst nehmen sie doch die Stelle mit Freuden an. Nun siehet sich der junge Mann um, wie andere, so mit ihm gleichen oder auch höheren Standes sind — denn höheren thut man es noch lieber nach, als niedrigeren, um selbst auch höher geschätzt zu werden — sich aufführen, wie sie logirt, meublirt und gekleidet sind, kurz, was sie äußerlich für Aufwand, es geschehe nun mit eigenem oder fremden Gel-

Gelde, machen. Alles das muß er auch haben; es gehöret zu den Bedürfnissen einer stillschweigenden Convention, S. 91, ohne welche man zwar ehemals recht wol, als ein ehrlicher Mann, fortkommen konnte, welche aber gegenwärtig ohnentbehrlich worden sind.

Nun verliebt er sich auch wol, und würde sich höchst unglücklich dünken, wenn er nicht bald zum Besitz seiner Geliebten käme; da doch bey der jetzigen Ausbreitung des Menschen-Geschlechts das göttliche Gebot, *Gen. I, 28.* nicht mehr allgemein ist, sondern nur diejenigen angehet, die die Pflichten eines Hausvaters erfüllen, und Frau und Kinder ernähren können. Die junge Frau wünschet elegant, gleich andern ihren Bekannten, und ja nicht geringer meublirt und angezogen zu seyn. Es muß auch, ohne größere Einnahme zu haben, ein größeres Quartier gemiethet werden, und statt zweyer Feuer, womit sich vor hundert Jahren sehr erhabene Männer mit ihrer ganzen Familie behalfen, unterhält man deren, bey

bey immer höher ansteigenden Holz-Preisen fünf oder sechs. Alles das gehöret zu der oberwähnten stillschweigenden Convention, gegen welche niemand sich einschränken zu können glaubet; wovon aber die ohnfehlbare Folge der Untergang entweder derer, die sich nicht wider den Strom zu schwimmen getrauen, und ihrer Familien, oder des Staats selbst ist, wenn dessen Regent schwach genug ist, sich von begünstigten Rathgebern zu einer solchen Verschwendung führen zu lassen, wobey sie selbst und ihre Untergünstlinge ihre volle Rechnung finden.

71.

Zum Aufwand für die Hofhaltung werden S. 100. sehr zur Ungebühr die Appanagen der nachgebornen Prinzen gerechnet: gleich, als ob selbige nicht aus Schuldigkeit, sondern aus Gnaden und um des Wolstandes willen gereicht würden. Teutsche Regenten hatten Eigenthum, ehe sie die Landeshoheit erlangten, ehe der neuere Begriff von Staaten ausgebildet ward. Dieses Eigen-

genthum war ihr freyes erworbenes Gut, oder vom Kaifer empfangenes Lehn: Keinesweges aber ein von ihren Unterthanen ihnen zum Behuf der Regierungs-Lasten ausgelehtes *Domanium*. An diesem Eigenthum hatten die nachgebornen Söhne eben soviel Recht, als der älteste, bis man in neueren Zeiten das Recht der Erstgeburt einführte, dabey aber nothwendig auf eine Entschädigung der Nachgebornen denken mußte, die ihrem Standesmäßigen Unterhalt angemessen wäre. Über den jährlichen Betrag dieser Entschädigung muß ihnen ebenso wol die freye Disposition zustehen, als jedem anderem Privatmann über sein Vermögen, und der Landesherr kann ihnen dasjenige, was nicht von seiner Gnade abhängt, um deswillen, daß sie in den Geistlichen Stand oder fremde Kriegsdienste getreten sind, oder ihren Wohnort außer Landes erwählet haben, mit Recht weder einziehen, noch vermindern, im Fall nicht die Geschlechts-Verträge oder Haufs-Verfassungen etwas besonderes enthalten.

Dafs bey gegenwärtiger Lage von Teutschland man nicht erst im Nothfall eine Land - Gemeinde zusammen berufen könne, um über die Fragen S. 103. 104. zu berathschlagen: Ob man eine Armee halten, und wie stark selbige seyn solle? Ob nicht Land - Militz hinlänglich? Oder ob man sich nicht lieber gar in die Arme eines mächtigeren Nachbars blindlings werfen solle? Alles das fällt zu sehr in die Augen, um erst weitläuftigerer Ausführung zu bedürfen. Diese Gegenstände sind am wenigsten dazu geeignet, dafs *quilibet ex populo* dabey eine Stimme haben könne; aus der ganz natürlichen Ursache, weil nur wenige die nöthigen *data* haben können, um darüber zu urtheilen. Deswegen überläßet man solche sogar in Freystaaten der ausübenden Gewalt: Und in Monarchischen Verfassungen tranet billig jeder vernünftige Unterthan seinem Regenten zu, dafs er zum Schutz und Vertheidigung des Vaterlandes die bestmögliche Mittel wählen werde.

Er

Er kann dieses mit desto größerer Zuversicht thun, wenn er schon mehrere Beweise von der Weisheit und Fürsorge des Regenten erhalten hat; Ohne daß es dazu der wolmeinenden Vorschläge ohnberufener Rathgeber bedurft hätte. Bey dem aber, was er dabey für seine Person und in Ansehung der dazu zu entrichtenden Abgaben zu denken hat, kann er sich sicher an die uralte, durch die Erfahrung so vieler Jahrhunderte bewährte, Grund - Maxime halten: *Si vis pacem, para bellum.* Gemeine Klugheit wird ihn belehren, daß es besser sey, zum Unterhalt einer eigenen Armee, die noch dazu das Geld, das sie kostet, wieder im Lande verzehret, freywillig zu steuern, als sich von jedem Feinde ohngestraft ausplündern zu lassen; welches, der traurigen Erfahrung mehrerer Länder nach, allemal zuerst und fortdaurend geschiehet, wenn auch der Feind eine von manchem unruhigen Kopf gewünschte neue Ordnung der Dinge einführet.

Dafs indess, wenn Land-Stände einmal in einem Lande vorhanden, und versammelt sind, ihrer Stimm-Freyheit kein verhafster, und ihre Gegenwart unnütz machender Zwang angeleget werden müsse, wird wol niemand bezweifeln. Zwar kann man unmöglich alle die Sätze, so zu dem Ende Herr C. A. A. S. 109 — 111 aus der Fülle seines Herzens, und mit ohnbezweifelnder Zuversicht, ausschüttet, in ihrem ganzen Umfang für wahr annehmen, bis es ihm gefallen wird, die Beweise davon darzulegen. Denn auch im Staats-Recht ist die Regel wahr; *Turpe est ICto, sine lege loqui*: Und deswegen lassen sich dergleichen Abhandlungen nicht so leichte verfassen, als wol mancher denket.

Vor Einführung der Stehenden Armeen führten die Fürsten ihre Kriege mit Beyhülfe ihrer Ritterschaft und ihrer Bürger, und da war es wol der Natur der Sache gemäß, dafs sie mit denenjenigen zu Rathe giengen, deren Haut es kosten sollte. In
neue

neueren Zeiten hingegen, wo beyde nur Geld beysteuern, möchte es wol schwer fallen, in allen Ländern, wo noch Land-Stände sind, Landes-Verträge und Reversalien, wo die „Landesherrn denen Land-„Ständen, sich mit ihnen über das *Exercitium juris belli, armorum et foederum, sequelae militaris etc.* und überhaupt die „*quoad statum publicum et politicum* zu ergreifenden Maasregeln zu berathen, „feyerlich versprochen, oder Vorgänge, „wo sie solches wirklich gethan haben, „aufzufinden.

Bis dahin muß man des Verfassers Vorgeben von alter Teutscher Freyheit und ursprünglicher Landes-Verfassung auf seinem Unwerth beruhen lassen.

Neulinge in der Geschichte von Teutschland verwechseln gar zu gern die Wahl-Fürsten der Cherusker, Katten und Sachsen mit den heutigen Reichs-Fürsten, und träumen von Teutscher Freyheit, die doch schon unter den Carolingern erloschen war. Sie möchten gern die Einwohner der ver-

schiedenen Teutschen Länder zu eben so viel freyen, durch einen *Contrat social* mit ihrem Regenten verbundenen, Nationen erheben: und vergessen, daß selbige durch Herzoge und Grafen, so die Könige und Kaiser gesetzt hatten, in deren Namen regieret wurden, und in Kriegs-Zeiten deren Panier folgten.

Erst nachdem diese zu mehrerer und erblicher Gewalt gelanget, und dabey des Beystandes ihrer Untersassen nöthig gehabt, ist nach und nach die neuere Verfassung, und Zuziehung der Landes-Eigenthümer und Städte zu den öffentlichen Angelegenheiten entstanden, die aber dabey keine Nation, sondern niemand, als sich selbst, repräsentiret haben.

74.

Dem sey aber wie ihm wolle, so haben doch Landschaftliche *Corpora*, auch so, wie sie gegenwärtig nach festgesetzter und in den Kaiserlichen Wahl-Capitulationen bestätigter Landes-Hoheit vorhanden sind, noch

noch immer ein ganz ohnverkenntbares Interesse an der Wolfahrt des Vaterlandes: und es würde ihnen dahero, wenn selbiges in Gefahr wäre, und sie keine würkfame Maasregeln zu deren Abwendung getroffen sähen, wol nicht verdacht werden können, wenn sie, auch ohne Beziehung auf ein Bewilligungs-Recht, und ohne an der Regierung Theil nehmen zu wollen, bescheidene Bitten und Vorstellungen *pro domo sua* an den Regenten gelangen ließen. Die Stände des S. 112 gedachten Reichs-Fürsten hatten dahero nicht unrecht, wenn sie beym Anfang der Französischen Revolution baten, daß denen Emigrirten in dasigem Lande kein Sammelplatz noch Rüstung gestattet werden möchte. Allein besagter Reichs-Fürst verdienet um deswillen, daß er ihren wolgemeinten Rath nicht statt finden lassen, noch lange nicht des Verfassers ungerechten Tadel, und das daraus entstandene Unglück. Stand es denn etwa in seiner Willkühr, die bey ihm versammelten Kräfte, die seine eigenen überstiegen, durch Bitten

oder Befehl wegzuschaffen, da selbige von der Leitung zweyer mächtiger Höfe abhingen, die sie damals zu ihren grossen Endzwecken brauchen wollten?

75.

Ein von vorigem etwas unterschiedener Fall ist, wenn ein einzelner Land-Stand in der Ständischen Versammlung ein Votum abgiebt, oder einen Antrag macht, der etwa der Meinung der Regierung nicht gemäfs, und daher unangenehm seyn möchte. Es ist dem Zweck gegenwärtiger Schrift nicht angemessen, über das S. 112. angeführte auswärtige Beyspiel des Hofrichters VON BERLEPSCH abzusprechen; dessen an die Stände des Fürstenthums Callenberg abgegebenen Antrags ohnbehutsame Bekanntmachung in einem öffentlichen Journal, die Veranlassung zu so unangenehmen Folgen für den Verfasser gegeben hat. Der ganze Vorgang liegt nunmehr dem *Publico* vor Augen: Es wird aber wol schwerlich die Stimme, weder des *Publici*, noch eines ein-

einzelnen Schriftstellers darüber entscheiden.

Indessen wird es weder ohnerlaubt, noch ohndienlich seyn, aus diesem und andern Vorgängen ein paar allgemeine Regeln zu abstrahiren.

Zuförderst hat ein weiser und gerechter Landes-Fürst nie Ursach, sich für seinen Land-Ständen zu fürchten.

Mithin hat er auch nicht nöthig, von demjenigen Notiz zu nehmen, was einer oder der andere unter ihnen in der Versammlung redet oder schreibet. Sollte irgend einer zu weit gehen, und Sachen auf die Bahn bringen, so die Rechte der Land-Stände übersteigen, oder wider die hergebrachte Landes-Verfassung streiten, so werden sich allemal ältere und erfahrnere Mitglieder in der Versammlung finden, die ihn hierunter zurecht weisen. Unsere Landes-Versammlungen sind ganz dazu organisiret, um durch ruhige Überlegung, und nicht durch stürmische Factionen, geleitet zu werden.

Zur Vorbereitung eines jeden hauptsächlichlichen Gegenstandes wird von dem Engerem Ausschuss der Ritterschaft eine besondere Deputation von 7 aus den 7 Creissen der Ritterschaft erwählet, welche sich mit den Abgeordneten der 7 Creiss-Städte zusammensetzet, eines gemeinschaftlichen *Voti* vereiniget, und solches hernachmals, der Ordnung gemäfs, an die *Corpora* der Landes-Versammlung bringet, um der allgemeinen Berathschlagung unterworfen zu werden. Hat also ein einzelner Land-Stand einen schriftlichen Aufsatz gefertigt, um etwas anzubringen, das er zum gemeinen Besten dienlich erachtet, so muß er es bey diesen Deputationen anbringen, damit es durch selbige zur Berathschlagung in den verschiedenen *Corporibus* reife. Will er außer dieser Ordnung seinen Aufsatz in seinem *Corpore* zur Proposition bringen, so rufet ihn das Directorium desselben *Corporis* mit Recht zur Ordnung des Tages zurück, weil weder der Gegenstand seines Aufsatzes an der Reihe der Berathschlagung,

gung, noch er selbst an der Ordnung zu votiren ist. Will er sich nicht weissen lassen, läffet vielmehr seinen Aufsatz unter seinen Mit-Ständen herumgehen, so entdeckt er seine Absicht deutlich, sich einen Anhang zu machen, und die Berathschlungen nach seiner Willkühr zu leiten. Er überschreitet dadurch die Landtags-Ordnung, und die Gränzen der Stimm-Freyheit, und verdienet, von der Obern Behörde zurecht gewiesen zu werden.

Gerathen aber vollends Abschriften seines Aufsatzes ins Publicum, und erregen bey Leuten, die von dem Zusammenhang nicht vollständig unterrichtet sind, unangenehme Eindrücke, so höret die Sache gänzlich auf, zu den Landtags-Verhandlungen zu gehören, und verfället unter die Competenz der Policey, welche zu erkennen hat, in wiefern öffentlich geäußerte Meinungen zu dulden oder zu ahnden sind.

76.

Wer also ein bey verschlossenen Thüren einer Landes-Versammlung übergebenes

nes Votum hernachmals öffentlich bekannt macht, thut solches wahrscheinlich deswegen, weil er damit nicht den erwarteten allgemeinen Beyfall gefunden hat; und mag sich dahero wohl prüfen, ob nicht, statt des vorgebildeten gemeinen Bestens, Eigenlob, Behauptung einer Meinung, die nicht die allgemeine ist, und Bildung einer Parthey, die künftighin ihm solche durchsetzen helfen soll, sein Zweck sey. Wenigstens kann er es der ausübenden Gewalt im Staat nicht verargen, wenn selbige ihn für einen *hominem novarum rerum cupidum* ansiehet.

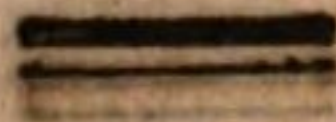
Eben so derjenige, so, nach des Herrn C. A. A. ohnmasgeblichem Antrag, S. 114. und 115., die in manchem Betracht sehr bedenkliche Bemühung über sich nehmen wollte, das Volk mit der Staats-Verfassung innigst bekannt zu machen, und über deren möglichste Annäherung zu dem Gesichtspunkte eines gesellschaftlichen Vertrags der lieben Jugend *Collegia* zu lesen.

Das

Das Volk in den verschiedenen Ländern des Teutschen Staats-Cörpers ist so unwissend nicht, daß ihm das Wesentliche der Verfassung seines Vaterlandes ein Geheimnüs seyn sollte. Es kennet seinen Landesherrn, und dessen nachgesetzte *Collegia*. Es weiß, wo es sich in bedürfenden Fällen Rechts und Rathes erholen kann. Es weiß, worinnen seine Abgaben und Schuldigkeiten bestehen, und läßet sich deren keine neue aufbürden, wenn es nicht vollkommen überzeugt ist, daß derjenige, so ihm solche auflegen will, Recht dazu habe.

Bey dem allen ihm von einem *Contrat social* und der möglichsten Annäherung an die Idee davon vorpredigen wollen, möchte dem größten Haufen sehr unverständlich, für Leute aber, die es verstehen, sehr ungesalzen seyn. Letztere wissen aus der Geschichte, daß es schwerlich ein Land in Teutschland gebe, in welchem der Ursprung der bürgerlichen Gesellschaft, und des dermaligen Verhältnüßes zwischen Land-

des.



desherrn und Unterthanen in einem *Contrat social* zu suchen sey. Sie wissen, daß man sich dem ohnerachtet in diesen Verhältnüssen ganz wol, oder doch gar leidlich befinden könne: Und daß, wenn auch manchem Mitglied der Gesellschaft ein und anderes unleidlich vorkommen sollte, es dennoch klüger sey, solches zu tragen, als um einer Abänderung willen sein Eigenthum und alles, was dem Menschen lieb und schätzbar ist, in Gefahr zu setzen: Wie die traurigen Beyspiele bey anderen Nationen, selbst mit dem Untergang mehrerer von denen, so die ersten Triebfedern der Veränderung gewesen waren, gezeiget haben.

KANT schreibt daher sehr richtig, in seinen metaphysischen Anfangs-Gründen der Rechtslehre, S. 173.

„Der Ursprung der obersten Gewalt ist
„für das Volk, das unter derselben stehet,
„in praktischer Absicht ohnerforschlich;
„das ist, der Unterthan soll nicht über die-
„sen Ursprung, als ein noch in Ansehung
„des

„des schuldigen Gehorsams zu bezweifeln-
„des Recht, werkthätig vernünfteln. Denn
„da das Volk, um rechtskräftig über die
„oberste Staats-Gewalt zu urtheilen, schon
„als unter einen allgemein gesetzgebenden
„Willen vereint angesehen werden muß,
„so kann und darf es nicht anders urthei-
„len, als das gegenwärtige Staats-Ober-
„haupt es will. Ob ursprünglich ein wirk-
„licher Vertrag der Unterwerfung unter
„denselben, als ein *Factum*, vorhergegan-
„gen, oder ob die Gewalt vorhergieng, und
„das Gesetz nur hinten nach gekommen
„sey, oder auch in dieser Ordnung sich ha-
„be folgen sollen: Das sind für das Volk,
„das nun schon unter dem bürgerlichem
„Gesetze stehet, ganz zweckleere und doch
„den Staat mit Gefahr bedrohende Ver-
„nünfteleyen. Denn wollte der Unterthan,
„der den letzten Ursprung nun ergrübelt
„hätte, sich jener jezt herrschenden Auto-
„rität widersetzen, so würde er nach den
„Gesetzen derselben, das ist, mit allem
„Recht, bestraft, vertilgt, oder als Vogelfrey
„ausgestoßen werden.”

Hier-

Hierzu kommt aber auch noch der Erfahrung-Satz, daß diejenigen Staaten, wo jedes einzelne Mitglied sich mit dem Nachdenken über die Verfassung, deren Handhabung und Verbesserung, tagtäglich beschäftigt, deswegen zwar wohl unruhiger, aber keinesweges glücklicher und dauerhafter, als andere, sind.

Die Griechischen Freystaaten, besonders Athen, waren von der Art. Jeder Handwerker bildete sich ein, zum Gesetzgeber geboren zu seyn; und gab in den Volks-Versammlungen seine Stimme zu öffentlichen Staats-Angelegenheiten, ohne zu wähen, daß er dabey im Grunde doch nichts weiter, als das Werkzeug ehrgeiziger und unruhiger Demagogen war.

Die eingebildete Herrlichkeit dauerte fort, bis Macedoniens monarchische Geißel über diese Freystaaten geschwungen ward, hernachmals aber die noch weit härtere Geißel der Römischen Republic sie sämmtlich danieder schlug, und ihnen keine andere

dere Freyheit, als die Freyheit zu reden, übrig liess.

77.

Gehorsam gegen die heiligen Gesetze des Vaterlands ist also die Pflicht des guten Bürgers und Patrioten: nicht Grübeleley über deren Ursprung und mögliche Verbesserung. Darüber nachzudenken, überlässt er willig denenjenigen, denen das schwere Amt der Gesetzgebung anvertrauet ist, und begnügt sich mit dem Schutze, den ihm die Gesetze, wie sie gegenwärtig vorhanden sind, in seinem Eigenthum und Gewerbe gewähren. — Das ist eine harte Rede, wer kann sie hören? *Joh. 27, 60.* Ganz aristokratisch! ganz den beliebten Grundsätzen von ohnveräußerlichen Rechten des Volks, stets nach einem besserem Zustande zu streben, entgegen!

Blinder Gehorsam! Wer wird sich noch unterstehen, den zu predigen, bey dem hellen Lichte, das der hohe Genius der Zeit um sich her verbreitet?

O

Wer

Wer fordert aber auch von euch blinden Gehorsam, liebe Mitbürger? Ihr könnet, ihr sollet vielmehr mit kaltem Blut, und mit dem ernstlichsten Nachdenken untersuchen und prüfen, was zu eurem Frieden dienet, damit ihr euch nicht durch glänzende Vor Spiegelungen selbstflüchtiger Volksredner und Schriftsteller hinreißen lasset. Was ihr hierbey am ersten zu fragen habt, ist dieses: Ist euch wohl? Genießet ihr desjenigen Grads von Glück, der eurer Lage angemessen ist? Kurz, habt ihr dasjenige, was im Gebet des Herrn unter dem Namen des täglichen Brodes begriffen wird? Dieses, und mehr nicht, ist uns erlaubt, im Zeitlichen von Gott zu bitten. Wer ein mehreres, nicht bey fortgelezter treueifriger Würksamkeit in seinem Beruf aus den Händen der Vorsehung mit Gelassenheit erwarten, sondern auf außerordentlichen Wegen erstürmen will, hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn er, statt des gehofften Glücks theilhaft zu werden, sich ins Unglück stürzt.

Was

Was heisset denn aber täglich Brod? fragt D. LUTHER in seinem kleinen *Catechismo*: und beantwortet solche Fragen dergestalt: Alles, was zur Leibes-Nahrung und Nothdurft gehöret, als Essen, Trinken, Kleider, Schue, Haufs, Hof, Acker Vieh, fromm Gemahl, fromme Kinder, fromm Gesinde, fromme und getreue Oberherren, gut Regiment, gut Wetter, Friede, Gefundheit, Zucht, Ehre, gute Freunde, getreue Nachbarn und desgleichen. Es verstehet sich von selbst, das dieses Verzeichnüß nur beyspiels- und bedingungsweise verfaßet ist. Nicht alle gute Bürger können Weib und Kind, und so auch nicht alle Haufs und Hof haben. Sie sind aber um deswillen, das sie ein und anderes Stück aus diesem Verzeichnüß, so sich vielleicht für ihre Lage nicht schicket, entbehren, um nichts unglücklicher, wenn sie nur sonst so viel haben, als zu eines jeden Nahrung und Nothdurft gehöret.

Es ist der Mühe werth, hierbey auch noch des biedern LUTHERS Erklärung der

4ten Bitte in seinem großen *Catechismo* zu Hülfe zu nehmen; in welchem ohnehin mehr gute Lehre und gründliche Betrachtung stehet, als wol mancher hochweiser Schriftgelehrter unserer Zeiten sich träumen läßet, der ihn nicht gelesen, oder vorlängst bey Seite geleyet hat. So schreibt der biedere Mann und rechtschaffene Patriot, ob er wol zu seiner Zeit, wenn es auf Bekenntniß der Wahrheit ankam, keinen König noch Fürsten schonte: „Es gehöret zum
„täglichen Brod nicht allein, daß unser Leib
„sein Futter, Decke und andere Nothdurft
„habe, sondern auch, daß wir unter den
„Leuten, mit welchen wir leben und um-
„gehen, in täglichem Handel und Wandel
„mit Ruhe und Friede hinkommen. Sum-
„ma, alles, was beyde, häußlich und nach-
„barlich, oder bürgerlich Wesen und Re-
„giment belanget. Denn, wo diese zwey
„gehindert werden, daß sie nicht gehen,
„wie sie sollen, da ist auch des Lebens Noth-
„durft gehindert, daß sie endlich nicht
„kann erhalten werden. Und ist wol hier-
„bey

„bey das allernöthigste, für weltliche Obrig-
 „keit und Regiment zu bitten, als durch
 „welches uns Gott allermeist unser täglich
 „Brod, und alles Gemach dieses Lebens er-
 „hält. Denn ob wir gleich aller Güter die
 „Fülle von Gott haben überkommen, so
 „können wir doch desselben keines behal-
 „ten, noch sicher und frölich brauchen, wo
 „er uns nicht ein beständig, friedlich
 „Regiment gäbe. Denn, wo Unfried,
 „Hader und Krieg ist, da ist das tägliche
 „Brod schon genommen.“ So weit D. Lu-
 THER, bey welchem noch ein wenig in die
 Schule zu gehen unsere neue Staats-Künst-
 ler, so weise und stolz sie auch sind, sich
 warlich nicht schämen dürfen.

78.

Kein Volk in Europa wohnt in einem
 Schlaraffen-Lande, wo jeder, auch wol un-
 bescheidene, Wunsch eines jeden einzelnen
 Mitgliedes auf der Stelle befriediget wird.
 Es giebt allenthalben Arme, die, es sey nun
 durch Unglück, oder durch eigene Schuld,

sogar an einem Theil dessen, was im strengsten Verstand zur Leibes-Nothdurft gehöret, Gebruch leiden. Keine Regierung in der Welt ist im Stande, alle Einwohner des Staats glücklich zu machen. Wenn aber nur der grössere Theil des Volks sein tägliches Brod hat, und in seiner Lage glücklich, behaglich und sicher lebet, so wäre es wol sehr thörig, wenn er sich durch das Murren der Minorität zu Veränderungs-Versuchen wollte hinreissen lassen. Jede Regierungs-Form ist gut, wenn sie nur gut verwaltet wird; sie mag übrigens einem *Contrat social* gleich sehen, oder nicht.

Die Erfahrung bezeuget, daß man in einem despotischen Staate, wo der Regent sein wahres, allemal von der Wolfahrt des Landes ohntrennbare, Interesse versteht, eben so glücklich leben kann, als in einem aristokratischen oder demokratischen, wo das Volk doch allemal nur dem Nahmen nach zu befehlen hat, in der That aber von seinen Stellvertretern, unterweilen ziemlich unsanft, geleitet und geführt wird. Wer die-

diese Stellvertreter seyen, daran ist dem ruhigen Bürger und Landmann, der seinem Beruf nachgehet, und sein tägliches Brod im Schweiß seines Angesichts erwerben muß, sehr wenig, destomehr aber denjenigen gelegen, die selbst gerne unter die Zahl dieser Stellvertreter sich emporzuschwingen, und ihre Mitbürger am Seile führen möchten. Zur Warnung aller ehrlichen Teutschen gegen die unruhigen Zudringlichkeiten dieser Art von Leuten, kann kaum etwas stärkeres gesagt werden, als was das Französische *Directoire exécutif* denjenigen, so die neuen Mitglieder der National-Versammlung wählen sollten, in diesem 6ten Jahr der Republick zu beherzigen gegeben hat. In dem an diese seine Mitbürger erlassenen Schreiben drückt es sich, nach den gewöhnlichen Warnungen gegen das Bestreben der Königlich-Gefinnten, auch in Ansehung der entgegengesetzten Parthey der sich ausschliesslich also nennenden Patrioten folgendergestalt aus: „Soyez aussi

„scrupuleusement attentifs à déjouer la

„funeste ambition de ceux, pour qui tout
 „ordre social est une servitude: qui, sen-
 „tant bien, qu'ils sont dénués de cette force
 „morale, qui commande l'estime et la con-
 „fiance publique, parce qu'elle est le fruit
 „de la probité et du sage emploi des lumie-
 „res, ne veulent que troubles et confusion,
 „pour cacher leur nullité sous les dehors
 „populaires, et imposer à la multitude par
 „des déclamations delirantes, et regner
 „sur-tout par la terreur. — Ils ne trouvent
 „d'ordre de choses legitime, que celui, dans
 „lequel ils regnent; et partout, où ils
 „n'ont pas la faculté d'être oppresseurs,
 „ils se disent opprimés.”

Und dem Französischen *Directoire* werden unsere Teutsche Brauseköpfe es doch wol glauben, daß es die Sache versteht, und die wahren Bewegungsgründe dererjenigen kennet, die an allen Verfassungen etwas zu tadeln finden, weil sie nicht selbst dabey zu befehlen haben.

Eben dieses *Directoire* trägt, wie schon oben gedacht worden, kein Bedenken, in dem

dem angeblich freyesten Lande, das sogar das Muster der Freyheit für alle andere Länder abgeben soll, alle *Clubs*, sobald sie die Verbesserung der Staats-Verfassung zu ihrem Gegenstand machen, sperren zu lassen, und alle Journale, von denen es einen nachtheiligen Einfluß auf die öffentliche Meinung besorget, zu unterdrücken, deren Urheber aber außer Landes zu schaffen.

Wie mögen also Bewunderer der Französischen Constitution es anderen Regenten und Regierungen übel deuten, wenn sie zum Besten der ihrer Fürsorge anvertrauten Völker sich gleicher Mittel bedienen, und besonders der gerühmten Pressfreyheit Ziel und Maasse setzen?

79.

Dafs in einem wolgeordnetem Staat, wo der Regent sich bewußt ist, alles gethan zu haben, was zur Glückseligkeit des Volks nöthig ist, und wo er dahero auch auf dessen Vertrauen mit Recht Anspruch machet — dafs in einem solchen Staat der Regent hinwiederum, wie Herr C. A. A. S.

132. will, in die Gefinnungen seines Volks gerechtes Zutrauen setze, ist billig, und der Natur der Sache gemäfs.

Für einen guten Regenten kann, wie PLINIUS in seinem *Panegyrico* c. *LXXIV*, richtig bemerkt, nichts ehrenvolleres seyn, als der Zuruf des Römischen Senats an *Trajanum*: *Crede nobis, crede tibi!* Eben dieser *Trajanus* hat (*Paneg.* c. *XXXIV*.) guten Fürsten ein Beyspiel gegeben, wie die niederträchtige Art von Menschen behandelt zu werden verdiene, die sich mit ohnerwiesenen und ohnerweislichen Angaben zu dem Ohre der Fürsten dränget, um gegen Belohnung, oder auch aus blofser Schaden-Freude ihre Mitbürger anzuschwärzen, oder auch wol die ganze Nation verdächtig zu machen.

Die grofse Masse der Nation, die sich unter einem Regenten glücklich fühlet, ist gewifs gut, und nicht einfältig genug, um ihren gegenwärtigen Wolstand bey dem Wagestück einer durch Umwälzung der Staats-Verfassung, die ihr meistens unbekannt,

kannt, oder doch gleichgültig ist, zu suchenden möglichen Verbesserung aufs Spiel setzen zu wollen.

Das hindert aber nicht, daß sich nicht einzelne Misvergnügte finden sollten, die nicht anders, als in der Veränderung der jezigen Lage der Dinge, ihr Glück zu machen hoffen können, und die sich dahero alle Mittel für erlaubt halten, um durch ausgestreute falsche Grundsätze die öffentliche Meinung zu verderben oder doch zu verwirren. Wäre der Geist der Zeit nicht überhaupt auf Veränderungen gestimmt, so würden dergleichen unruhige Köpfe allerdings nur Verachtung und Mitleiden verdienen.

Da aber die Erfahrung gelehret hat, wie viel Unheil durch die ihnen gestattete Freyheit, alles beliebige zu schreiben und drucken zu lassen, in andern Ländern gestiftet worden, so wird es zu einer Pflicht der Regierung, für die Ruhe anderer treuen und stillen Bürger des Staats ernstlich zu wachen, auf die Neuerungsflüchtigen genaue
Acht

Acht zu haben, und gegen ihre Unternehmungen, nach Befinden, gelindere oder strengere Maasregeln vorzukehren.

80.

Dem eigenem Vorgeben dieser Art Leute nach ist der böse Saamen schon überall ausgestreuet, und alle Staaten, von Westen bis zum Osten, sind zu Revolutionen reif. Der Luft-Creis von Europa ist mit schwarzen Donner-Wolken erfüllet, und die alten Gebäude der bisherigen Staats-Verfassungen drohen überall den Einsturz. Vielleicht trachten die Unglücks-Propheten durch dergleichen Ankündigungen nur dahin, sich wichtig zu machen, und durch die Vorspiegelung eines bereits habenden starken Anhangs sich persönliche Sicherheit zu verschaffen. Vielleicht ist auch wol hin und wieder etwas wahres in ihren unglückschwangeren Ahndungen: Und wer kann wissen, wo die Göttliche Vorsehung, die am Ende doch selbst dem Ocean Gränzen gesetzt hat, jener Fluth ihr Ziel gesteckt habe, die über so viele Länder daher brauset,

set,

set, und alle alte Verfassungen vor sich her niederreißet?

*In segetem veluti cum flamma furentibus
Austris*

*Incidit, aut rapidus montano flumine
torrens*

*Sternit agros, sternit sata laeta, boum-
que labores,*

*Praecipitesque trahit sylvas: stupet in-
scius alto*

Accipiens sonitum saxi de vertice pastor.

VIRGIL.

Die erste Pflicht des wahren Patrioten in ein oder anderem Fall ist allemal, dem Grundsatz getreu zu bleiben: *Non desperandum de Republica.*

Er wird dahero nie zu Kleinmuth und Zaghaftigkeit anrathen, viel weniger selbst das Beyspiel dazu geben.

Er wird sich zwar eifrigst dahin bestreben, damit jeder Schein der Ungerechtigkeit gegen jedermann, wes Standes er sey, vermieden werde.

Er

Er wird aber auch bey jeder Gelegenheit seinen Mitbürgern deutlich zu machen suchen, wie sehr sie Urfach haben, mit ihrem gegenwärtigem Zustand zufrieden zu seyn, und keine Veränderung zu wünschen, nachdem die Göttliche Vorsehung ihnen, vor so vielen andern, Sicherheit, Segen und Wohlstand verliehen hat. Er wird daher ihnen ohnablässig Gehorsam gegen die Gesetze des Vaterlandes und Ohnverletzlichkeit des Eigenthums einzuschärfen suchen: Und, wenn die Regierung gegen diejenigen, so hierunter die öffentliche Meinung zu verderben suchen, ernste und nachdrückliche Maasregeln ergreift, so wird er ihr deswegen Beyfall und Verehrung zollen.

Gerechtigkeit ist der Thronen Stütze: Kein Stand im Staat, kein einzelner Bürger muß vor dem andern begünstiget werden. Der ruhige Bürger kann aber auch mit Recht fordern, bey dem Seinigem geschützt, und in seinem Besitzstand nicht um neu aufkommender Meinungen willen gestöret zu werden.

Wegen Gewährung dieses Schutzes gegen einheimische Friedens-Störer kann eine weise Regierung, so die Liebe ihrer Unterthanen, und daneben eine treue Armee, auch gute Ordnung in den Finanzen für sich hat, nie verlegen seyn.

Gegen auswärtige Feinde aber wird die Göttliche Vorsehung, die zeither in so vielen

len Gelegenheiten sichtbarlich ihre Hand über unser Vaterland gehalten hat, auch fernerhin schützen, so lange nicht die Nation den Gott ihrer Väter verlasset, und das Gefühl der Tugend und Sittlichkeit verlieret. Bis dahin wird hoffentlich nie die Reihe an uns kommen, gleich so vielen anderen Völkern, die vordem auch glücklich waren, auszurufen:

*Venit summa dies, et ineluctabile fatum
Dardaniae: Fuimus Troës; fuit Ilium,
et ingens*

*Gloria Teucrorum: Feros omnia Jupiter
Argos*

*Transtulit: Incensa Danaï dominantur
in urbe.*

Sollte indess von der Vorsehung dereinst ein anderes beschlossen werden, so ist die Pflicht des Patrioten, wenn er alle Kräfte zur Erhaltung des Vaterlandes und seiner glücklichen Verfassung vergebens aufgewendet hat, aus Gehorsam gegen dessen heilige Gesetze allenfalls, wie Leonidas, wenn gegen Perfer — oder wie Phocion, wenn gegen irre geleitete Volkshaufen zu kämpfen ist — zu sterben, sobald es Amt und Beruf erfordert, oder auch ein grosses Beyspiel dem gemeinen Wesen, und der besseren Nachkommenschaft nützlich werden kann.

Der Tod ist für den Patrioten eine Wohlthat, wenn das Vaterland zu Grunde gehet.
Wird

Wird ihm aber auch diese Wolthat verweigert, so wird er sich in Geduld zu fassen, und mit ausdaurender Standhaftigkeit, wenn er nicht mehr Gutes zu thun vermag, wenigstens sich dahin zu bearbeiten wissen, damit die Summe des Bösen möglichst vermindert werde.

Er wird an der Hofnung besserer Zeiten, dem letzten Trost der leidenden Menschheit, nicht verzweifeln.

Eben die Allmacht und Weisheit des obersten Welt-Regierers, so aus dem wüsten Chaos, durch Wirkung und Gegenwirkung streitender Elemente, diese Erde, den schönen Wohnplatz des Menschen - Geschlechts, hervorgebracht hat, kann und wird auch den stürmischen Elementen des politischen Chaos, dem Mißbrauch der aufs höchste gestiegenen Cultur und des daher entstandenen übermäßigen Luxus, dem übel zusammenhangenden Gewirre neuer Meinungen, und hauptsächlich den wütenden Leidenschaften der Selbstsucht, zu seiner Zeit Ziel und Maass setzen; Und aus der höchsten Zerrüttung der bürgerlichen Ordnung wird eine neue bessere Ordnung der Dinge zur Vervollkommnung des zum gemeinen Menschen - Verstand zurückkehrenden Menschen - Geschlechts hervorgehen.

Wurmb, Friedrich Ludwig von

Das Grabmal des Leonidas Allen chur-sächssischen Patrioten gewidmet

[Dresden] 1798

J.publ.g. 53#Beibd.1

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10558478-7

VD18 10386912-003